

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.10/Oktober 1986

17. Jahrgang

3 DM

- Chile
- Pakistan
- Äthiopien
- Ökologie



**Boykottiert
Apartheid!**

Inhalt

Kommentar: Bonner Ausländerhatz	3
Südafrika Der Sanktionsdruck zeigt Wirkung	4
Sanktionsplädoyer von C. Ramaphosa	5
AAB-Aufruf: Boykottiert Apartheid!	7
Nambia Was brachte die Wiener Namibiakonferenz der UNO?	8
Gespräch mit SWAPO-Präsident Sam Nujoma zur Sanktionsfrage	10
Äthiopien Jean Ziegler zu Umsiedlung, Krieg, Hunger, Dialog	12
Reportage über ein Neusiedlungsgebiet	13
Pakistan Benazir Bhutto in den Fußspuren Cory Aquinos	15
Kuweit Balanceakt eines Emirats	19
Chile Wird Pinochet Opfer einer „philippinischen Lösung“?	22
Nikaragua Ausblutung der Wirtschaft?	30
Ermordung des Brigadisten Berndt Koberstein	33
Paraguay Anfang vom Ende der Stroessner-Diktatur	34
Ökologie Folgeschwere Vernichtung der Regenwälder	36
Folgewirkung Klimakatastrophen	37
Was ist Regenwald?	38
Chipko Andolan – Beispiel einer Ökologiebewegung	39
Frieden und Dritte Welt 6-Staaten-Deklaration von Mexiko	40
Sowjetunion und Dritte Welt Dialog von Juri N. Popow und Jean Ziegler: Reproduziert die UdSSR die Weltordnung? (I)	42
Kultur Gespräch mit dem vietnamesischen Poeten Che Lan Vien	44
Mandela-Film von L. Ngakane	46
Lesermeinungen	48
BRD-Infodienst: Pazifik, BRD-Guatemala, BRD-Kamerun, Plakate, Buchtip: Che Guevara	49
Kurzinformationen: Südafrika, Libyen, Türkei, Nahost, Malaysia, Thailand, Vietnam, Korea, Peru, El Salvador, OPEC	50



Südliches Afrika

S. 3

Die Sanktionsfrage wird seit der Verhängung des Ausnahmerechts in Südafrika größer geschrieben. Wirtschaftssanktionen gegen den Apartheidstaat beschlossen im August/September d.J. die Gipfel des britischen Commonwealth und der Nicht-paktgebundenen. Selbst die EG will jetzt nachziehen.

Ist der Druck auf die Bremser in London, Bonn und Washington noch aufzuhalten? Was meinen Namibias SWAPO und Südafrikas Gewerkschafter dazu?

Pakistan

S. 15

Massenproteste für eine Demokratisierung erschüttern Zias Militärdiktatur. Mit der Verhaftung von B. Bhutto und zahlreichen anderen Oppositionsführern im August d.J. verschaffte sie sich lediglich eine Atempause. Dies und die 25-40 getöteten Demonstranten entblättern jedoch die mit Zias Verfassungsprojekt errichtete Demokratisierungsfassade.

Wie tief reicht Zias Krise? Wie steht es mit der Oppositionsbewegung?

Nikaragua

S. 30

Die erneute Bewilligung von insgesamt 400 Mio Dollar für die Contras durch die USA soll die nikaraguanische Revolution nicht nur militärisch stärker in Bedrängnis bringen. Sondern sie zielt zugleich darauf, die wirtschaftlich-soziale Notlage der Bevölkerung ins Unerträgliche zu steigern. Stefan Flaig, der 4 Monate in Nicaragua weilte, untersucht die wirtschaftlichen Folgen des Contrakriegs.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/246 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Asia Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, S. Flaig, E. M. Hinterwirth, V. Maier, I. Rein

Redaktionsschluß: 5.9.1986

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/Main., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Plambeck, Demokratische Erziehung, Team-Reisen, Weltkreis, Verein für Friedenspädagogik Tübingen, Koordinierungsbüro der Friedensbewegung, ISSA

Fotonachweis: SWAPO, V. Maier, AIB-Archiv, priv. W. Bröner, APN, NACLA, Middle East, Afrique-Asie, Dialogo Social, druck + papier

Titel: aus New Perspectives, Helsinki

Kommentar: Bonner Ausländerhatz



Es muß wie einst bei der Sklavenver- schiffung nach Amerika zugegangen sein: 155 Menschen in dunklen Laderäu- men zusammengepfercht, nur mit trockenem Brot und brackigem Wasser „versorgt“.

Keine medizinische Hilfe, keine Hygie- ne. Dafür allerdings mit dem Vorrecht ausgestattet, für diesen Transport selbst bezahlen zu dürfen – satte 700.000 DM. Seit der Odyssee der 155 Tamilen, die Ende Juli/Anfang August d.J. an Bord des Küstenmotorschiffes „Aurigae“ aus der Bundesrepublik geschmuggelt und vor der kanadischen Küste kurzerhand in Rettungsbooten ihrem Schicksal überlas- sen wurden, weiß man, was moderner Sklavenhandel alles möglich macht.

Und man versteht, was Menschen auf sich zu nehmen bereit sind, nur um aus unserem gelobten Land wieder heraus- zukommen, wo ihnen amtlich geschürter Ausländerhaß entgegenschlug und politi- sches Asyl nicht zu haben war. „Unsere Motivation war unsere Verzweiflung bei der Suche nach einer dauernden Heim- at“, erklärte denn auch ein Sprecher der Tamilen den Leidensweg der Flüchtlinge.

Der Sachverhalt ist wenig schmeichel- haft für unser Land – wie überhaupt vieles, was gegenwärtig mit der „Asyl- Debatte“ zusammenhängt. Da vergeht kaum ein Tag ohne das Reizwort Asylan- ten in den Schlagzeilen, kaum eine Nach- richtensendung ohne Bilder vom Zu- strom „unerwünschter“ Ausländer.

Glaubt man den Massenmedien, so ist die Existenz der Bundesrepublik bedroht. Da ist von einer „Asylantenflut“ die Rede, von einer „Springflut“ gar, vom „Sturm“ oder vom „Ansturm“ der Asyl- suchenden, von einer „Asylantenschwemme“. Ganz so, als ob es sich bei den Menschen, die in der Bundesrepu- blik Schutz vor Krieg und Verfolgung in ihren Heimatländern suchen, um eine Naturkatastrophe, eine Heuschrecken- plage o.ä. handelte.

Die Absicht ist klar: Ein Grundgesetz-

artikel, der aus den Erfahrungen des KZ-Regimes der Nazis notwendige Schlußfolgerungen zieht (Artikel 16: „Politisch Verfolgte genießen Asyl- recht“) soll fallen. Das Asylrecht soll so zurechtgestutzt werden, daß „uner- wünschte“ Ausländer noch bequemer abschickbar sind.

Wer nicht gerade als eingeschworener Antikommunist seinen Asylanspruch an- meldet, und noch dazu eine braune oder gar schwarze Hautfarbe als „Minderwer- tigkeitsmerkmal“ mitbringt, der darf sich der Abneigung von Politikern sicher sein, die sonst gern das Christentum für sich in Anspruch nehmen. Denn führen- de Politiker von CDU und CSU sind es vor allem, die gegenwärtig die Suppe kochen, die neonazistische Organisa- tionen schon seit Jahren anrühren.

Dabei wird dann auch noch, in altbe- kannt-antikommunistischer Manier, der DDR vorgeworfen, sie öffne die Schlei- sen und tue nichts, um unseren „freiheit- lich-demokratischen Rechtsstaat“ vor der „Asylantenflut“ zu schützen. Gro- tesk! Sind es doch gerade die, die anson- sten immer über angebliche Behinderun- gen des Berlinverkehrs schimpfen, die jetzt genau solche Behinderungen von der DDR fordern.

Gegen geltendes Recht übrigens: Denn im Viermächteabkommen vom 3. Sep- tember 1971 wurde von den Regierun- gen der UdSSR, Frankreichs, Großbrit-anniens und der USA ausdrücklich fest- gelegt, daß sich der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern durch das Territorium der DDR ohne Behinderung abzuspielen habe.

Forderungen von CDU/CSU an die DDR, „Hilfspolizist“ für Bonn zu spielen und Ausländer an der Einreise nach Westberlin zu hindern, kommt denn auch einer Aufforderung zum Bruch des Viermächteabkommens gleich.

Die amtlichen Scharfmacher scheint das wenig zu stören. Ebensowenig, wie sie sich nicht daran stören, daß ihnen bei der

Angabe über den „Zustrom“ Asylsu- chender plumpe Zahlenfälschung vorge- worfen wird.

So wies etwa der Bundesverband der Ar- beiterwohlfahrt die vom Bundesinnen- ministerium im Juli d.J. veröffentlichte Statistik, nach der sich gegenüber Mai 1985 eine Steigerung von 144.300 Asyl- suchenden ergäbe, als überhöht zurück. Tatsächlich seien in diesem Zeitraum nur etwa 97.000 Asylbewerber registriert worden.

Auch die Aussage von Innenminister Zimmermann (CSU), die Bundesrepu- blik stehe bei der Aufnahme von politi- schen Flüchtlingen an der Spitze, stimmt so nicht. Denn setzt man Gesamt- bevölkerung und Asylanten ins Verhält- nis, so liegt die BRD nach Schweden, der Schweiz, Österreich und Dänemark erst an 5. Stelle. Bei uns kommen 1.749 Ein- wohner auf einen Asylanten, in Schwe- den z.B. nur 755.

Doch wen ficht das schon an, der – wie Westberlins Innensenator Lummer (CDU) – ganz im Geiste brauner Ahn- herren von der „steigenden Asylanten- flut“, in der die „deutsche Volksgemein- schaft“ unterzugehen drohe, schwafelt. Und während sich Innenminister Zim- mermann gar soweit entblödet zu be- haupten, daß die Asylbewerber Prosti- tution, Rauschgift, Kriminalität und ein „nicht abschätzbares Terrorismuspoten- tial“ mit sich brächten, ist die Westber- liner Neonazi-Truppe „Identität und Demokratie“ schon über die Wortradika- lität hinausgegangen: Sie droht nicht mehr nur, sie schmeißt mittlerweile auch Brandsätze gegen Asylantenunterkünfte.

Die Saat der Gewalt ist aufgegangen. Grund genug für die verfassungstreuen Braunhemden, sich zur Kabinettsrunde zusammenzufinden.

Getreu dem Motto, aus Opfern Täter zu machen, wurden am 26. August d.J. wei- tere einschneidende Maßnahmen zur Be- schränkung des Asylrechts beschlossen.



Danach können Asylbewerber, die sich bereits in anderen westeuropäischen Staaten aufgehalten haben, an der Grenze zurückgewiesen werden. Ein Asylgehren hat dann als unbegründet zu gelten, „wenn Asyl nur aus wirtschaftlichen Gründen, wegen allgemeiner Notsituation oder kriegerischer Auseinandersetzungen beantragt wird“.

Desweiteren soll das Abschiebungsverfahren erleichtert sowie das Arbeitsverbot für Asylbewerber von 2 auf 5 Jahre verlängert werden (für „Ostblockflüchtlinge“ wird die Dauer auf 1 Jahr festgesetzt).

Und es sind wieder einmal bundesdeutsche Gerichte, die sich eifertig als Erfüllungsgehilfen dieser Beschlüsse andienen. So hob im August d.J. das Verwaltungsgericht Ansbach in Bayern die Anerkennung als Asylantin für eine aus Sri Lanka stammende Taminin auf, „da aus den (dortigen) Bürgerkriegsverhältnissen kein Asylanspruch ... hergeleitet werden könne“.

Die Antragstellerin – so das Gericht – habe nicht glaubhaft gemacht, daß sie in Sri Lanka wegen ihrer Volkszugehörigkeit oder politischen Überzeugung von Verfolgung betroffen gewesen sei.

Mit der jetzt angezettelten Hetze gegen Asylsuchende hoffen CDU und CSU, Wasser auf die Mühlen bei der Bundestagswahl zu leiten. Rassismus wird so zum Wahlhelfer mobilisiert. Deshalb verkünden auch Strauß und Zimmermann, die Asylfrage müsse in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gestellt werden. Doch die Asylantenhetze ist mehr als nur bloßes Ablenken von den Problemen im Lande – von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Stationierung atomarer Erstschlagswaffen.

Gefördert wird auch eine größere Aggressionsbereitschaft anderen Nationalitäten und – gekoppelt mit entsprechender Terrorismushysterie – anderen Ländern gegenüber. Bomben auf libyische Städte z. B., auch wenn sie nur schlafende Menschen treffen, lassen sich dann vielleicht noch einfacher „rechtfertigen“. Darin besteht eine Gefahr, der wir u. a. auch mit der Forderung „Hände weg vom Asylrecht!“ zu begegnen haben.

Doch auch so gilt: Menschen, die heute z. B. im Libanon, im Iran oder Irak, in Chile, Pakistan, Sri Lanka oder der Türkei für demokratische Verhältnisse, Frieden und Selbstbestimmung eintreten, die deshalb oder nur, weil sie Angehörige nationaler Minderheiten sind, verfolgt, gefoltert und mit dem Tode bedroht werden, darf das Recht auf Asyl in unserem Land nicht erschwert oder gar verbaut werden.

Dem Ausländerhaß der Rechtskräfte entgegenzutreten, muß für uns – auch 41 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus – moralische und humanitäre Verpflichtung bleiben. Georg Diederichs

Südafrika

Auf dem Londoner Minigipfel des britischen Commonwealth im August d.J. wurden erstmals weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheidregime vereinbart. Nur Margaret Thatcher mochte sich dem Votum des Siebenergipfels nicht anschließen. Dessen Bestätigung auf der Commonwealth-Generalversammlung vom September d.J. aber dürfte nicht mehr aufzuhalten sein. Dies umso weniger, als auf dem Gipfeltreffen der Nichtpaktgebundenen in Harare Anfang September d.J. (Auswertung in AIB 11/1986) umfassende Sanktionen und ein Solidaritätsfonds für die afrikanischen Frontstaaten beschlossen wurden.

Ähnlich ist die Lage in der UNO, wie die kürzliche Namibiakonferenz in Wien kundtat (siehe Bericht und Nujoma-Interview). So stehen mittlerweile London und Bonn, die Bremser der EG, und ihr konservativer Sonderverbündeter in Washington in der Sanktionsfrage ziemlich alleine.

Marianne Kolter

Der Sanktionsdruck zeigt Wirkung



Demonstration von Apartheidgegnern am Rande des Commonwealth-Minigipfels in London: „Apartheid tötet. Wir sagen: Sanktionen jetzt!“

Die Generalversammlung der 49 Staaten des Commonwealth vom Oktober 1985 in Nassau/Bahamas richtete einen kombinierten Katalog von Forderungen an die südafrikanische Regierung sowie Sanktionen bzw. Sanktionsandrohungen.

Eine Gruppe von wichtigen Persönlichkeiten (Eminent Persons Group = EPG) sollte im nächsten halben Jahr überprüfen, ob die Regierung des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter W. Botha eine echte Reformpolitik in ihrem Lande zum Wohle der Mehrheit durchführe. Nach dieser Überprüfung sollte es zu einer Entscheidung über die Verhängung von weiteren verbindlichen Sanktionen gegen Südafrika kommen.

Beschlossen wurden in Nassau die Einhaltung des Waffenembargos des UN-Sicherheitsrates von 1977, das Verbot der Lieferung von Computertechnologie an Südafrika, die für Polizei oder Militär

nutzbar seien, eine Ölexportsperrre sowie der Verzicht auf Sportveranstaltungen mit Sportlern aus Südafrika.¹

Diese Entschließung vom Oktober 1985 war ein Kompromiß, der durch die entschiedenen gegen Sanktionen gerichtete Haltung der britischen Regierung notwendig geworden war. Denn zahlreiche andere Mitgliedsländer, vor allem aus Afrika, hatten weitergehende und sofortige Maßnahmen gefordert.

In ihrem Vorschlagskatalog für eine mögliche Ausweitung der Sanktionen hatte die Generalversammlung des Commonwealth u. a. vorgesehen: Verbot neuer Investitionen sowie der Reinvestition in Südafrika gemachter Profite, des Agrarprodukteimports und der Tourismuswerbung sowie Entzug der Lande-erlaubnis der südafrikanischen Fluglinie South African Airways in den jeweiligen Staaten. Ebenso sollte jede Begünstigung der Wirtschaft für Aktivitäten in Süd-

afrika durch staatliche Hilfen eingestellt werden, hierunter fallen z.B. Doppelbesteuerungsabkommen.

Die Gruppe wichtiger Persönlichkeiten besuchte Südafrika mehrmals und hatte Gespräche mit Vertretern der Regierung und der Opposition, u.a. auch mit dem inhaftierten Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Nelson Mandela.

Die EPG hatte es sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, die Zustände in Südafrika zu beobachten, sondern einen Weg für eine friedliche Lösung des Konfliktes zu finden.

Sie nahm zu diesem Zweck Verhandlungen mit dem ANC auf, die als letztes Ergebnis eine Verhandlungsrunde zwischen dem Anti-Apartheid-Widerstand unter Einschluß des ANC und Vertretern der Regierung Botha haben sollten. Der ANC nannte hierzu drei Bedingungen: die bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und der anderen politischen Gefangenen, den Abzug von Polizei- und Militärtruppen aus den schwarzen Siedlungen sowie die Versicherung der Regierung, auf weitere Gewaltmaßnahmen zu verzichten.

Die Regierung Südafrikas zeigte jedoch keine Bereitschaft, sich auf diese Forderungen einzulassen. Sie verstärkte ganz im Gegenteil die Repression gegen die eigene Bevölkerung und die Angriffe auf die Nachbarstaaten, so daß die EPG einen Report vorlegte, in dem scharfe Kritik an der südafrikanischen Regierung geübt wird und indem man zu dem Schluß kommt, daß jetzt Sanktionen unumgänglich seien.

Noch während sich die EPG in Südafrika aufhielt, starteten südafrikanische Bomber und überfielen die Nachbarstaaten Botswana, Sambia und Zimbabwe, angeblich um ANC-Basen in diesen Ländern zu zerstören. Der Generalsekretär des Commonwealth, Sir Shridath Rampal, wertete dies als „Kriegserklärung“.²

Commonwealth als Mittler

„Letztendlich“, so die britische Africa Now vom Juni d.J., „hat Botha klar beschlossen, daß die Initiative der EPG zu erfolgreich war. Zuerst eingesetzt als Ergebnis des Widerstandes des Vereinigten Königreichs (Großbritannien) gegen die Verhängung von Sanktionen auf dem letzten Gipfel der Commonwealth-Staatschefs, wurde die EPG schließlich vom ANC als möglicher Vermittler akzeptiert, trotz der Kenntnis des ANC über die Gründe ihrer Einsetzung.“

Doch der Report der EPG, die weltweit bekannten Verhältnisse in Südafrika, die Forderungen der Betroffenen, endlich das Mittel der Sanktionen in die Waagschale gegen das Apartheidregime zu

werfen, reichten weder der britischen Regierung unter Margaret Thatcher noch ihren Verbündeten in Bonn und Washington.

So schickte der Gipfel der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Den Haag im Juni d.J. den britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe nach Südafrika und die angrenzenden Staaten mit dem Auftrag, noch weitere Kenntnisse zusammenzutragen. Entscheidungen der EG über die Verhängung von Sanktionen wurden auf den September d.J. vertagt.

Wie nicht anders zu erwarten, konnte auch Howe nur die Meldung zurückbringen, daß die Regierung Botha entschlos-

sen sei, ihre Position am Kap zu halten und nicht vor irgendwelchen Forderungen nach grundsätzlichen Veränderungen zu weichen. Dies demonstrierte die südafrikanische Regierung einmal mehr mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vom 12. Juni d.J., dem Massenverhaftungen, massive Einsätze von Polizei und Militär in den schwarzen Wohngebieten usw. folgten. Die Absicht der Regierung in Pretoria war die Verhinderung von Massenaktionen zum 10. Jahrestag des 16. Juni 1976, des sog. Schüleraufstandes von Soweto.

Malcolm Fraser, Premierminister von Australien, in der Times vom 30.6.1986



Cyrl Ramaphosa

Nichts als Vorwände, Herr Kohl!

Cyrl Ramaphosa, Generalsekretär der südafrikanischen nicht-rassistischen Bergarbeitergewerkschaft Nationalunion der Minenarbeiter (NUM), hielt sich Ende August d.J. in der Bundesrepublik auf. Er trat u.a. in Nürnberg mit der hier auszugewiesenen dokumentierten Rede auf dem SPD-Parteitag auf und traf mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit zusammen. Dieser bekräftigte die Solidarität des DGB mit der nicht-rassistischen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas und forderte die Freilassung der noch immer weit über 250 eingekerkerten Gewerkschafter.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß jetzt nationale und internationale Sanktionen gegen das Regime in Südafrika dringend und unverzüglich erforderlich seien, um weiteres Blutvergießen abzuwenden. Verstärkter diplomatischer, wirtschaftlicher und politischer Druck sei notwendig, um das Apartheidregime zu isolieren und zum Einlenken zu zwingen. „Südafrika bleibt auf der Tagesordnung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der Bundesrepublik“, versicherte Breit.

In der unterdrückten demokratischen Mehrheit unseres Landes wächst der Verdacht, daß das deutsche Volk auf der Seite des unterdrückerischen Minderheitsregimes stehe. Dies geht offenbar zurück auf die von der deutschen Bundesregierung verfolgte Politik. (...)

Unser Appell an die deutschen Arbeitnehmer und die SPD ist einfach. Wir brauchen größtmöglichen Druck auf das Apartheidregime in allen Bereichen. Am wichtigsten sind umfassende Wirtschaftssanktionen. Nach unserer Überzeugung sind Wirtschaftssanktionen das einzige friedliche Mittel, mit dem das südafrikanische Regime zu fundamentalen Veränderungen gezwungen werden kann.

Es ist klar, daß es den Gegnern von Sanktionen, wie zum Beispiel Herrn Kohl, um die Nutzung der Apartheid zur Maximierung von Profiten geht. Es gibt eine rege Diskussion, daß Sanktionen zu Arbeitslosigkeit und Not bei den schwarzen Arbeitnehmern führen werden. Wir haben keine Illusionen über ihre Auswirkungen. Aber die Unterdrückten Südafrikas leiden bereits seit Jahrhunderten.

Herr Kohl, Herr Reagan und Frau Thatcher sind gegen Sanktionen, weil sie den schwarzen Arbeitern schaden. Ihre Sorge um die schwarzen Arbeiter, die 10.000 Meilen entfernt leben, ist überraschend, wenn sie sich doch nicht um die Arbeitnehmer im eigenen Lande sorgen. Die deutschen Gewerkschaften werden von der Regierung Kohl angegriffen, seit sie im Amt ist. Die Politik seiner Regierung hat den Arbeitnehmern gescha-

det. Er aber sorgt sich mehr um Arbeiter, die er nie in seinem Leben gesehen hat.

Ein englisches Sprichwort sagt, daß man mit guten Taten am besten zu Hause beginnt; Herr Kohl aber beginnt damit 10.000 Meilen von zu Hause entfernt. Es ist deutlich, daß diese Begründung für die Ablehnung von Sanktionen nur ein Vorwand ist.

Wir fordern internationale Maßnahmen, die das Apartheid-Regime unter Druck setzen, um eine Änderung seiner Politik zu erreichen. Diplomatischer, wirtschaftlicher und politischer Druck ist notwendig, um Südafrika zu isolieren. Seinen Diplomaten darf keine Plattform geboten werden zur Desinformation; seine Mannschaften dürfen nicht an internationalen Sportereignissen teilnehmen, und alles muß unternommen werden, damit Südafrika auf der Tagesordnung der deutschen Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bleibt.

Die deutschen Arbeitnehmer sind nicht frei, wenn ihre südafrikanischen Kollegen nicht frei sind. Dies ist der universelle Aspekt des Kampfes der Arbeiterschaft. Wer stumm bleibt gegenüber Greuelthaten, macht sich zum Komplizen. (...)

Laßt dies nicht geschehen. Laßt die SPD in Solidarität mit den Menschen Südafrikas sprechen und handeln. Dies ist eine Pflicht, und es ist eure Verantwortung in Deutschland, dabei voranzugehen.

Wir in Südafrika werden nicht vergessen, wer unsere Freunde waren im Kampf für unsere Befreiung.

(Quelle: Frankfurter Rundschau, 2.9.1986)

zu Howes Mission: „Schwarze Führer sind nicht bereit Sir Geoffrey zu treffen, weil sie den Commonwealth Report – in dem gezeigt wird, daß Pretoria nicht bereit ist zu verhandeln und die Fundamente der Apartheid nicht abbaut – als das abschließende Dokument ansehen. Sie wünschen Sanktionen oder andere substantielle Maßnahmen. Sir Geoffreys Besuch wird als eine weitere Anstrengung gesehen werden, Aufschub und Entschuldigungen zu finden zur Vermeidung effektiver Aktionen...“

Kohl, Thatcher, Reagan bleiben stur

Weltweit fielen in der Zwischenzeit Sanktionsbeschlüsse von nationalen und internationalen Organisationen. Die Konferenz der Sozialistischen Internationale in Lima/Peru im Juni d.J. faßte Sanktionsbeschlüsse. Auf der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Addis Abeba im Juli d.J. wurden Sanktionen gefordert und die wichtigsten Wirtschaftspartner verurteilt, darunter erstmals auch die Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer „anhaltenden wirtschaftlichen und nuklearen Kollaboration“.³

Auch in der BRD selbst entschied sich der Rat der Evangelischen Kirche Deutschland für begrenzte Sanktionen, die Front der Gewerkschaftsgremien für Sanktionen verbreitert sich zusehends. Nicht ganz unbehelligt blieb die Einheit der Regierungskoalition von dieser Frage. Sowohl in der FDP wie auch in der CDU lassen sich vereinzelt Stimmen hören, die begrenzte Sanktionen unterstützen, im Interesse einer zukünftigen Präsenz der bundesdeutschen Wirtschaft in Südafrika.

Die Regierung und ihr Kanzler Helmut Kohl bleiben jedoch bei der prinzipiellen Ablehnung von wirtschaftlichen Maßnahmen gegen den Apartheidstaat. Dem Staatspräsidenten Südafrikas, Botha, gab die öffentlich-rechtliche ARD gar Gelegenheit, Apartheidpropaganda unwidersprochen zu betreiben.

Bankenboykottaktion in Bremen



Selbst in den USA geriet die Sanktionsdebatte auf ein neues Gleis. Senat und Kongreß entschieden sich mit großen Mehrheiten für verbindliche Sanktionen, während Präsident Ronald Reagan weiterhin nach Ausflüchten sucht.

Auch Margaret Thatcher beeindruckten die Fakten nur wenig. Ihr war und ist nur daran gelegen, verbindliche Wirtschafts- und andere Sanktionen gegen Südafrika zu verhindern. Diese Haltung behielt sie während des Minigipfels von sieben Commonwealth-Staaten in London im Juli d.J. stur bei und brachte damit fast die Grundmauern dieser Staatenallianz zum Wackeln.⁴

Kenneth Kaunda, Präsident Sambias, stellte die weitere Mitgliedschaft seines Landes im Commonwealth in Frage, wenn nicht endlich Beschlüsse zu Sanktionen im in Nassau vorgeschlagenen Ausmaß gefaßt würden. Auch die anderen Staaten, Indien, Kanada, Zimbabwe, Botswana und die Bahamas, blieben bei der Sanktionsforderung. Und im Unterschied zur letztjährigen Generalversammlung brachte dieses Treffen noch eine Ausweitung der Vorschläge trotz der britischen Ablehnung.

Ausflüchte großer Verbündeter

Beschlossen werden sollen diese Vorschläge des Minigipfels auf der Generalversammlung des Commonwealth im September d.J. Premier Thatcher hatte nur einen „freiwilligen“ Stopp für Neuinvestitionen, Reiseverkehr und eine Beteiligung an einem eventuellen EG-Beschluß zu bieten. Sie weiß natürlich, daß derartige freiwillige Verzichtserklärungen irgendwelcher Regierungen auf die Praxis der Wirtschaft recht unerhebliche Wirkungen haben.

Aber der internationale Druck wie die Diskussion in Großbritannien zur Sanktionsfrage zwingen sie zu einem solchen kosmetischen Angebot.

Auf der anderen Seite ist die Handlungsfähigkeit der Commonwealth-Staaten ebenso begrenzt wie die der Nichtpaktgebundenen oder regionaler bzw. kontinentaler Bündnisse Afrikas, solange die wichtigsten Partner Südafrikas, die USA, Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Japan, nicht zu Sanktionen zu bewegen sind.

Südafrikas Reaktion auf die Beschlüsse des Gipfels in London waren Verzögerungen des Handels im Südlichen Afrika und Lizenzgebühren für Transitprodukte aus den Nachbarstaaten. Dabei kann Südafrika die Abhängigkeit der Wirtschaften der Staaten des Südlichen Afrika z.B. von seiner Infrastruktur ausnutzen; eine Abhängigkeit, die sowohl Folge der kolonialen Geschichte dieser Region wie auch der gegenwärtigen be-

Südafrikas westliche Handelspartner

Handelsvolumen 1985 (Einfuhr und Ausfuhr) in Mrd Dollar



waffneten Auseinandersetzungen zwischen den Regierungen und von Südafrika finanzierten Banden sind. Moçambiques Transportwege werden z.B. von der von Südafrika ausgehaltenen RNM zerstört.⁵

Die großen Kollaborateure mit der Apartheid jedoch spielen Ringelreih und schieben sich je nach Bedarf den schwarzen Peter zu. Sie tun dies mit der Begründung, bis nicht alle wichtigen Wirtschaftsmächte der Welt zu einem Boykott stünden, könne es gar nichts nützen, wenn einer von ihnen aus der Phalanx der Sanktionsgegner aussichere. Hiervon nimmt sich Japan aus, das bereits begrenzte Importsanktionen beschlossen hat.

Auch die auf dem Außenministertreffen der EG am 6./7.9.1986 in London gefaßten Beschlüsse über begrenzte Sanktionen gegen Südafrika, die auf der ordentlichen EG-Außenministerkonferenz am 15./16.9.1986 verbindlich beschlossen werden sollten, reihen sich ein in diese Pendelstrategie.

Beschlossen wurden – so die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.9.1986 – das Verbot von Direktinvestitionen in Südafrika sowie des Imports von Kohle, Stahl, Eisenerz und Goldmünzen in die Länder der EG. Gleichzeitig schlugen die Außenminister ein Paket von Hilfsmaßnahmen für Oppositionsgruppen und Gewerkschaften in Südafrika und ganz allgemein für „Opfer der Apartheid“ sowie für die Frontstaaten vor, berichtet die Frankfurter Rundschau gleichen Datums. Die Freilassung Nelson Mandelas und die Aufnahme von Verhandlungen mit der schwarzen Bevölkerung wurden von der Regierung Botha gefordert. Auch die BRD, Großbritannien und Portugal, die in Den Haag Sanktionen abgelehnt hatten, haben dieses Paket unter-

stützt, das allerdings wichtige Forderungen der Sanktionsbefürworter nicht erfüllt. Teilsanktionen wären früher sicher ein Erfolg der Apartheidgegner gewesen. Doch heute gilt für sie, was auch für die sog. Reformpolitik Bothas gilt: Too little – too late; zu wenig – zu spät.

Gleichzeitig melden westliche Medien, Südafrika sei gar nicht mehr durch einen Boykott zu treffen, denn da sei ja in den letzten 10 Jahren alles gesammelt worden, was wichtig für eine entwickelte Industrie sei. Zudem stünden Staaten wie Taiwan, Südkorea usw. schon auf der Schwelle, um den verlorenen Markt zu übernehmen.⁶

All dies mag stimmen. Es mag der südafrikanischen Wirtschaft auch möglich sein, für einige Zeit mit stark eingeschränkten Wirtschaftsbeziehungen zu leben, aber ob heute tatsächlich eine nationale Wirtschaft ohne die internationalen Handelsverbindungen bestehen kann, ist doch mehr als zweifelhaft. Schließlich ist Südafrika kein Selbstversorger, vor allem nicht mit den wichtigen Gütern der Hochtechnologie oder überhaupt nur der Produktionsgüterproduktion.

Und offen bleibt dann noch die Frage, wie Südafrika seine immensen Schulden in diesem Falle zurückzahlen wollte. Diese Lücken zu füllen, sind weder volle Lagerhäuser noch sog. Schwellenländer in der Lage.

Das Argument, Südafrika könne durch Sanktionen nicht beeindruckt werden, entpuppt sich als haltlos.

Schaden für Schwarze?

Die Frage, wie wirkungsvoll Sanktionen sind, entscheidet vor allem das Ausmaß des Boykotts.⁷

Die Beweisführung der Sanktionsgegner, daß diese nichts auszurichten vermögen, verzichtet auch auf einen mit dieser Frage unbedingt zusammenhängenden Faktor: Der Widerstand in Südafrika selbst, insbesondere die Streiks und die, in der letzten Zeit vermehrt praktizierte, Wirtschaftssabotage könnten im Verbund mit wirtschaftlichen Maßnahmen von außen gegen Südafrika die Regierung in Pretoria schon zum Einlenken zwingen.

Auch die Argumente, Sanktionen schaden nur den Schwarzen oder – zur Zeit aktuell – den Nachbarstaaten, sind heuchlerisch. Denn diese haben deutlich gemacht, daß sie bereit sind, die Folgen eines umfassenden Wirtschaftsboykotts anzunehmen. Zudem können die angrenzenden Staaten darauf verweisen, daß der unerklärte Krieg, den Südafrika gegen die Völker des Südlichen Afrika führt, ihre Entwicklung schon heute

blockiert und immense Kosten verursacht.

Fazit der Politik der westlichen Wirtschaftsmächte kann nur sein: Die Interessen der Wirtschaftspartner Südafrikas sollen nicht angetastet werden.

Die Sanktionsgegner werden zum Teil durch innenpolitische Pressionen zu Zugeständnissen gezwungen. Doch hat sich in der Praxis tagtäglich erwiesen, daß sie ihre Beziehungen zum Apartheidstaat vorläufig nicht abbrechen.

Dies alles scheint die südafrikanische Regierung ermutigt zu haben, nachdem Ende 1985 einige Verunsicherung sichtbar geworden war, die im Hinblick auf ausländische Reaktionen zu verschiedenen Reformerkklärungen und Kleinstreparaturen an der Apartheid geführt hatten.

Diese Reaktionen läßt Pretoria heute nicht mehr erkennen, was sicherlich die

Frage aufwirft, ob hier nicht die Haltung gegen Sanktionen und die für Südafrika erfolgreichen Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Bankern bedeutsam wären.

Dieses Verhalten Pretorias spricht allerdings eindeutig gegen die behauptete Unempfindlichkeit der Regierung Botha, was internationale Sanktionen angeht. Folgerung für Apartheidgegner in- und außerhalb Südafrikas kann daher nur sein, Sanktionen durch Druck auf die Regierungen in Washington, London und Bonn durchzusetzen.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Rundschau (FR), 6.8.1986
- 2) Africa Now, London, Juni 1986
- 3) FR, 31.7.1986
- 4) Vgl. Time, New York, 4.8.1986
- 5) Zur Abhängigkeit der Frontstaaten vgl. New African, London, Juli 1986
- 6) Vgl. Le Monde, Paris, 2.8.1986 und Die Zeit, 8.8.1986
- 7) Vgl. ebenda, 1.8.1986

Aufruf der AAB Boykottiert Apartheid! Freiheit für Südafrika, Namibia!

Auf Initiative der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) haben bundesdeutsche Unterstützer des Befreiungskampfes in Südafrika und Namibia zu einer zentralen Demonstration für umfassende Sanktionen gegen das Apartheidregime am 29. November 1986 in Bonn aufgerufen. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Die Debatte über Sanktionen gegen Apartheid hat heute auch die treuesten Verbündeten Pretorias erfaßt. Nicht länger können sich Staaten wie vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Großbritannien der jahrzehntealten Forderung der Sprecher der unterdrückten Völker Namibias und Südafrikas nach einem Boykott gegen Apartheid entziehen.

Wir wollen, daß nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird! Wir wollen, daß umfassende, bindende Sanktionen gegen das rassistische, weiße Minderheitsregime in Südafrika beschlossen und durchgeführt werden! Teilsanktionen sind keine Antwort auf den Ruf der Betroffenen in Südafrika und Namibia nach einem Boykott. Sie beweisen zwar den Fortschritt und die Stärke des Befreiungskampfes in diesen beiden Ländern, doch Teilsanktionen verhindern letztlich nicht die weitere Unterstützung dieses weltweit geächteten Staates. Die vollständige Isolierung des Apartheidregimes ist das Gebot der Stunde!

Vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Großbritannien haben den Apartheidstaat über Jahrzehnte hinweg systematisch gestärkt. Bis zum heutigen Tag, trotz täglich wachsender Zahlen von Toten unter Ausnahmezustand und Kriegsrecht, arbeiten sie mit ihm wirtschaftlich, militärisch, politisch und kulturell zusammen. Gäbe es nicht diese Unterstützung, Apartheid wäre längst zerstört, Millionen Namibianer und Südafrikaner wären nicht länger ihrer Menschenwürde beraubt, Tausende von ihnen gerettet worden, Nelson Mandela und

alle anderen politischen Gefangenen in Namibia und Südafrika wären längst frei.

Doch das rassistische Südafrika, das

- Namibia seit 1966 illegal besetzt hält;
- sich ermächtigt hat, souveräne Staaten im Südlichen Afrika nach eigenem Belieben überfallen und Menschen dort töten zu dürfen;

- mit immer massiver werdendem Terror den wachsenden Widerstand des südafrikanischen Volkes brechen will,

bezieht aus der Bundesrepublik Militärhubschrauber von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Militärlastwagen von Daimler-Benz, Umschuldungszusagen in Milliardenhöhe und unzählige Handelsgüter von strategischer Bedeutung. Die Bundesrepublik ist Südafrikas Lieferant Nr. 1. Jeder Export, jeder Kredit, jede Investition ist ein Stein in der Mauer der Apartheid.

Der Boykott gegen Apartheid ist die wirksamste bundesdeutsche Unterstützung für den Befreiungskampf der Völker Südafrikas und Namibias. Millionen unterdrückter, kämpfender Südafrikaner und Namibianer, Schüler und Studenten, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Frauen, Bürgerrechtler, deren Befreiungskampf unter der weltweit anerkannten Führung von ANC und SWAPO steht, fordern die Bundesrepublik auf: **BOYKOTTIERT APARTHEID!**

„Der Tod, den wir in der Folge des Kampfes erleiden, ist ein Opfer, zu dem wir bereit sind. Wir bitten nicht um Mitleid. Wir bitten um Unterstützung von denen, die sich in unserer Lage wohl genauso gezwungen sehen würden wie wir, den Schmerz der Apartheid zu beenden... Jeder Tag, der vergeht und an dem keine Gegenaktionen unternommen werden, ist ein Tag mehr in der Aufrechterhaltung dieses Verbrechens gegen die Menschlichkeit... Was wir fordern, was wir seit Jahrzehnten schon fordern, sind:

UMFASSENDE UND BINDENDE SANKTIONEN – JETZT!!!

(Oliver Tambo, ANC-Präsident, 23.6.1986)

Am 27. Juli d.J. fand in Windhoek, im Anschluß an landesweite Protestkundgebungen gegen die südafrikanischen Besatzer und ihre Mitte 1985 eingesetzte „Interimsregierung“, die größte Massenkundgebung seit Jahren in Namibia statt. Sie stand im Zeichen der Unterstützung für die Befreiungsbewegung Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und für deren Aufruf, das Jahr 1986 zum „Jahr der allgemeinen Mobilisierung und entscheidenden Aktion für den endgültigen Sieg“ (siehe AIB 7/1986, S. 7-10) zu machen. In der ersten Jahreshälfte verzeichnete denn auch die SWAPO-Guerilla den stärksten Aktivitätszuwachs seit Beginn des bewaffneten Kampfes (1966). So wurden u.a. 59 größere Sabotageaktionen und 42 Angriffe auf Militäreinrichtungen durchgeführt sowie 9 Flugzeuge der Rassistenarmee abgeschossen.

Wie der internationale Druck auf Pretoria und seine Westalliierten entsprechend verstärkt werden kann, stand im Vordergrund unseres Gesprächs mit SWAPO-Präsident Sam Nujoma und der im Juli d.J. in Wien durchgeführten Namibia-Konferenz, die Vene Maier bilanziert.

Vene Maier Namibia ... bis zum letzten Stein?

Am Ende der UNO-Konferenz zur sofortigen Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit wogte in so mancher Brust die Empörung.

Die Schlußerklärung, meinte beispielsweise ein US-Journalist, spräche „die Sprache der Kommunisten“. Sie enthielte Elemente, die „nicht human“ wären und deswegen „von den westlichen Staaten kaum geschluckt werden“.

Es mußte sich ein Journalist aufregen, denn eine offizielle Delegation der USA wurde erst gar nicht zur Konferenz geschickt, die vom 7.-11. Juli 1986 in der Wiener Hofburg stattfand.

Durch Abwesenheit glänzten auch Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland. Sie wußten, warum. Sie ziehen mit ihrer konsequenten Unterstützung der Rassisten in Pretoria internationale Ablehnung auf sich, sie können auf einer solchen Konferenz nur Kritik ernten.

Kernpunkt Ausbeutung von...

Der Journalist empörte sich stellvertretend. „Nicht human“ fand er, daß in die Schlußdokumente der Punkt über die Rechtmäßigkeit des bewaffneten Kampfes aufgenommen wurde. Angesichts der Politik der südafrikanischen Rassisten und deren massiver Unterstützung durch das reaktionäre Dreieck Washington-London-Bonn bleibt dem namibischen Volk schon längst keine andere Wahl, als

sich mit dem Gewehr in der Hand zu wehren und über den bewaffneten Kampf zum Sieg zu kommen.

Durch die Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre hat sich dieser Weg als der einzig wirksame erwiesen: Freiwillig, aus humanen Gründen oder aus Gründen der Respektierung mehrerer UNO-Beschlüsse verzichten weder die Rassisten noch die Kapitalisten auf die enormen Schätze, die sie in Namibia mit seinen Naturreichtümern vorfinden.

Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), hat in unserem Interview (s.w.u.) exakt gesagt, worum es in Nami-

bia geht: um die Ausbeutung.

Die Naturreichtümer in Namibias Boden sollen solange geplündert werden, wie es die Verhältnisse zulassen. Und noch sind die Verhältnisse ausgezeichnet.

Mineralische Rohstoffe machen 85% des Gesamtexportes Namibias aus. Das Land erwirtschaftet sich durch die Bodenschätze rund die Hälfte seines Bruttonationalproduktes.

Ebenso wird daraus die Hälfte der Steuereinnahmen bestritten. Trotzdem: nirgends zahlen die südafrikanischen und internationalen Konzerne so wenig Steuern wie in Namibia, auch im Rassistenstaat Südafrika selbst kommen sie nicht so billig davon.

Die größten Stücke des Kuchens teilen sich drei große Gesellschaften: Consolidated Diamond Mines (CDM) beutet die Diamanten aus; die Rio Tinto Zinc (RTZ) kümmert sich um den Abbau des Urans und die Tsumeb Corporation baut Cadmium, Kupfer und ähnliche Rohstoffe ab. Diese drei Gesellschaften beherrschen 90% der Rohstoffproduktion. Zwei davon werden von der Anglo-American/De-Beers-Gruppe (dem größten südafrikanischen Konzern) und eine vom südafrikanischen Staat direkt kontrolliert. Gleichzeitig sind in alle drei Gesellschaften internationale Konzerne involviert. (Studie des UN-Instituts für Namibia, 1986)

...Diamanten, Uran, Cadmium usw.

Insgesamt — so Kubas Außenminister Isidoro Maluierca — beuten in Namibia 88 ausländische Konzerne die Reichtümer des Landes aus. 35 davon sind südafrikanischen Ursprungs, 25 kommen aus Großbritannien, 15 aus den USA, acht aus der BRD, drei aus Frankreich und zwei aus Kanada. Die Abbaulizenzen erhalten alle von Pretoria bzw. der

Von der SWAPO initiierte Massenkundgebung am 27. 7. 1986 in Windhoek



illegalen Verwaltung in Windhoek.

Internationalen Berechnungen zufolge sind die Bodenschätze Namibias in rund 40 Jahren abgebaut, wenn im selben Maße wie bisher ausgebeutet wird. Gleichzeitig aber – und darauf weist auch Sam Nujoma ausdrücklich hin – steigert die CDM den Diamantenabbau in auffälliger Weise, „um noch schnell in großem Stil auszubeuten, was noch geht“.

Wunsch und Ziel der Konzerne ist es, aus Namibia bis zum letzten Stein alles herauszuholen, was sich zu Profit machen läßt. Die starre Politik der südafrikanischen Rassisten gefährdet freilich mittlerweile die guten Geschäfte. Risse werden sichtbar zwischen den ökonomischen Interessen und der politischen Herrschaft, die Widersprüche treten teilweise offen zutage.

Rückendeckung für die SWAPO

Auch der Präsident der Anglo American Corporation, Gavin Relly, wird unter dem Eindruck der internationalen Proteste und aus Angst vor radikalen Umwälzungen zum Antirassisten und kritisiert die Politik des Apartheidregimes, dem er vorwirft, durch seine Haltung das Land in den Bürgerkrieg und einen internationalen Boykott zu treiben.

Ob Namibia bis zum letzten Stein ausgebeutet wird, oder vorher seine Unabhängigkeit erlangt, hängt nicht zuletzt vom internationalen Druck, von der Isolierung Südafrikas ab.

Die Wiener Konferenz war auf diesem Weg sicher ein wesentlicher, ein markanter Schritt. Die Abschlußdokumente ließen an Deutlichkeit keinen Wunsch offen. Wichtig dabei war die neuerliche Ablehnung der namibischen „Turnhallen-Allianz“ und die Feststellung, daß ausschließlich die Vereinten Nationen mit Verwaltungsbefugnissen ausgestattet sind.

Einnützig geriet auch die Ablehnung des sog. Angola-Junktims, das eine Lösung der Namibia-Frage vom Abzug kubanischer Truppen aus Angola abhängig machen will. Und natürlich betonte die Konferenz die volle Legitimität des Befreiungskampfes und die Solidarität mit der SWAPO, die die einzig anerkannte Vertretung der Bevölkerung Namibias darstellt. Ausdrücklich wurde festgehalten, daß die Hilfe und Unterstützung für die SWAPO verstärkt werden müsse, weil dies der einzige Weg sei, um die Befreiung des Landes sicherzustellen.

Daß sich diese Haltung mit jener der USA oder Großbritanniens nicht deckt, ist kein Wunder. Aber sowohl die westlichen Länder wie auch der Rassistenstaat Südafrika werden diesen Brocken wohl schlucken müssen...

Deklaration der Wiener UN-Konferenz

(...) Die Konferenz betont, daß entsprechend den Resolutionen 2145 (XXI) vom 27. Oktober 1966 und 2248 (S-V) vom 19. Mai 1967 der Vollversammlung Namibia der direkten Verantwortung der Vereinten Nationen untersteht, welche die Organisation durch den Namibiarat der Vereinten Nationen ausübt, die legale Verwaltungsautorität für das Territorium bis zu dessen Unabhängigkeit. Sie unterstreicht ihre Unterstützung für die Anstrengungen des Namibiarates der Vereinten Nationen, das ihm übertragene Mandat wahrzunehmen.

Die Konferenz bekräftigt die Rechtmäßigkeit des Kampfes des namibischen Volkes mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, um Südafrikas Aggression zu beenden und Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit in einem vereinten Namibia zu erlangen. Sie drückt ihre feste Solidarität mit dem Volk von Namibia in dessen Befreiungskampf unter der Führung der SWAPO aus, appelliert an die internationale Gemeinschaft, dem namibischen Volk und seiner Befreiungsbewegung SWAPO verstärkte allseitige Unterstützung zu gewähren.

Die Konferenz würdigt die SWAPO für deren Flexibilität und Standhaftigkeit und für die Zusammenarbeit, die sie im Zusammenhang mit den Bemühungen, eine friedliche Verhandlungsregelung in der Namibiafrage zu fördern, auf politischem und diplomatischem Feld entfaltet.

Die Konferenz verurteilt die Benützung des Territoriums von Namibia durch Südafrika als Aufmarschbasis für dessen Aggression und Subversion gegen afrikanische Nachbarstaaten. In diesem Zusammenhang prangert sie Südafrikas jüngste Aggressionsakte gegen die Volksrepublik Angola, gegen Botswana, Sambia und Zimbabwe an. Sie erklärt, daß Südafrikas Politik der Aggression und Destabilisierung nicht nur den Frieden und die Stabilität in der Region des Südlichen Afrika unterminiert, sondern auch eine Gefahr für den internationalen Frieden und die Sicherheit bildet. Die Konferenz ist überzeugt, daß Südafrikas Aggressionsakte Maßnahmen gegen das Regime entsprechend Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen erforderlich machen.

Die Konferenz ist überzeugt, daß der Plan der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias, verkörpert in den Sicherheitsratsresolutionen 385 (1976) und 435 (1978), die einzige international akzeptierte Grundlage für eine friedliche Übereinkunft in der Namibiafrage darstellt. Sie fordert deren unverzügliche Verwirklichung ohne Vorbedingungen oder Modifizierung.

In diesem Zusammenhang verurteilt die Konferenz scharf anhaltende Versuche der Vereinigten Staaten und Südafrikas, ein Junktim oder eine Parallelität zwischen der Unabhängigkeit Namibias und irgendwelchen nicht dazugehörigen irrelevanten Dingen, insbesondere der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola, herzustellen. Sie betont, daß solche Versuche unternommen werden, um die Unabhängigkeit Namibias weiter zu verzögern und daß sie eine grobe und ungerechtfertigte Einnischung in die inneren Angelegenheiten Angolas darstellen. Sie weist alle Versuche zurück, die Namibia-

frage zu verzerren und diese als Teil der globalen Ost-West-Konfrontation hinzustellen, anstatt als eine Frage der Entkolonialisierung, die entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker gelöst werden muß.

Die Konferenz verurteilt Südafrika scharf wegen der Einsetzung einer sog. Übergangsregierung in Namibia am 17. Juni 1985. Mit Befriedigung konstatiert sie die allseitige und kategorische Ablehnung durch die internationale Gemeinschaft, insbesondere einschließlich des Sicherheitsrates, der durch seine Resolution 566 (1985) vom 19. Juni 1985 erklärt hat, daß Südafrikas Aktion einen direkten Affront und eine eindeutige Verletzung der Resolutionen des Rates, insbesondere der Resolution 435 (1978) und 439 (1978), darstellt.

Die Konferenz erklärt diese Maßnahmen Südafrikas bezüglich Namibias für null und nichtig und bestätigt, daß dieses neue Manöver einzig dazu dienen soll, Pretorias Würgegriff, in dem es das Territorium hält, durch die Schaffung von Marionetteninstitutionen zu verstärken, um es seinen Interessen dienstbar zu machen. Sie verurteilt ferner alle anderen betrügerischen Verfassungs- und politischen Projekte, mit welchen das Rassistenregime von Südafrika versucht, seine koloniale Beherrschung Namibias zu verewigen.

Die Konferenz bekräftigt, daß die natürlichen Ressourcen Namibias unverletzliches Erbe des Volkes sind. Sie drückt ihre tiefe Beunruhigung über den rapiden Raubbau an diesen Ressourcen als Ergebnis der Ausplünderung durch Südafrika und Vertreter anderer ausländischer ökonomischer Interessen aus, die gegen die entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen und das Dekret Nr. 1 zum Schutz der natürlichen Ressourcen von Namibia verstoßen. Sie verurteilt die Aktivitäten aller Vertreter ausländischer ökonomischer und anderer Interessen in Namibia, welche eines der Haupthindernisse für Namibias Unabhängigkeit bilden.

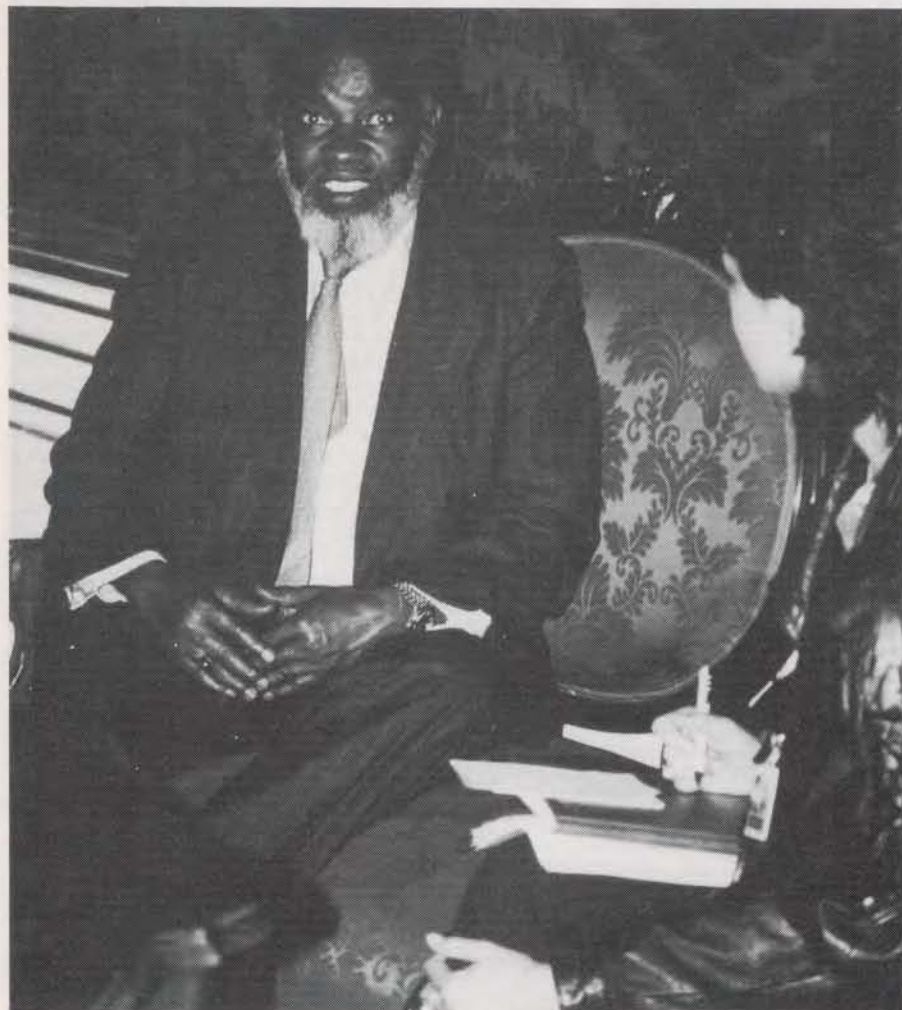
Die Konferenz verurteilt die anhaltende Kollaboration gewisser westlicher Staaten, Israels und anderer Staaten unter Verletzung von Resolutionen und Beschlüssen der Vereinten Nationen mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf politischem, ökonomischem, militärischem und atomarem Gebiet. Sie ist überzeugt, daß eine solche Kollaboration die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gegen das Apartheidregime unterminiert und dazu beiträgt, die illegale Okkupation Namibias durch das Regime zu verewigen.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß alle Staaten, Organe und Spezialorganisationen der Vereinten Nationen, alle zwischenstaatlichen Organisationen sowie Einzelpersonlichkeiten ihre politische, diplomatische, militärische und materielle Unterstützung für das namibische Volk und seine Befreiungsbewegung SWAPO im Hinblick auf die Förderung des Kampfes des namibischen Volkes für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in dieser entscheidenden Phase unbedingt verstärken müssen.

(Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 8/1986)

Interview mit Sam Nujoma

Sanktionen – Ergänzung des Befreiungskampfes!



Sam Nujoma, Mitbegründer und Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), nahm im Juli d.J. an der internationalen Namibia-Konferenz in Wien teil. Für das AIB befragten ihn Eva-Maria Hinterwirth und Vene Maier nach dem Stellenwert der Sanktionsfrage für die SWAPO und nach dem Stand ihres Befreiungskampfes.

AIB: Herr Präsident, der Ruf nach wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber der Republik Südafrika wird lauter und lauter. Was würde ein derartiger Boykott für die Entwicklung des Befreiungskampfes in Namibia bedeuten?

S. NUJOMA: Die Forderung nach umfassenden ökonomischen Sanktionen gegenüber dem faschistischen Neonazi-Regime von Botha in Südafrika würde de facto eine Ergänzung des bewaffneten Befreiungskampfes in Namibia und eine Ergänzung des Kampfes der unterdrückten Völker in Südafrika bedeuten.

Wir wissen auch, daß einige Länder gegen ökonomische Sanktionen sind, mit dem Argument, ein Boykott würde sich gegen die schwarze Bevölkerung richten – in Südafrika und in den Frontstaaten.

Wir glauben, daß alle, die an Freiheit, Gerechtigkeit und an die Gleichheit der Menschen glauben, diese Aktion unterstützen sollten. Südafrika ist ein faschistisches Regime. Ob sich der Faschismus nun gegen Weiße oder gegen Schwarze richtet – er muß mit allen Mitteln bekämpft werden!

Wahr ist aber vielmehr das Gegenteil: die Schwarzen in Namibia und in Südafrika besitzen nichts, sie sind versklavt. Und daher würden sie auch nichts durch einen wirtschaftlichen Boykott verlieren.

Es sind einzig und allein die Faschisten und die multinationalen Konzerne, die von ökonomischen Sanktionen betroffen wären. Und die, die sich immer wieder dagegen wenden – das ist die Reagan-Administration in Washington, das ist die Regierung Thatcher in Großbritannien –, vertreten dabei lediglich ihre eigenen ökonomischen und strategischen Interessen.

Also, ich glaube nicht, daß das Argument, ein ökonomischer Boykott beträfe nur die schwarze Bevölkerung, aufrechterhalten werden kann. Das ist doch nur eine Ausrede, eine Entschuldigung, um den gerechten Kampf der unterdrückten Menschen in Namibia und in Südafrika nicht zu unterstützen.

Ausbeutung großen Stils

AIB: Was bedeutet konkret die ökonomische Ausbeutung Namibias für die schwarze Bevölkerung?

S. NUJOMA: Namibia besitzt riesige Mengen an Diamanten, um nur ein Beispiel zu nennen.

Würde nun Namibia seine Unabhängigkeit erhalten, gäbe es für Südafrika und die Multis keine Diamanten mehr. So wird heute noch schnell im großen Stil ausgebeutet, was noch geht, aber natürlich bekommen die namibischen Menschen davon nichts.

Dann gibt es zum Beispiel bis heute keine Pflichtschulen in Namibia für die schwarze Bevölkerung, nur für die Weißen.

Es gibt keine medizinische Versorgung für die Schwarzen, lediglich für die Weißen. Schwarze werden mit einem Hungerlohn abgespeist. Daran sieht man doch sehr deutlich den Ausbeutungsgrad Namibias und seine Auswirkungen.

Dazu kommt noch die politische Verfolgung. Massen von namibischen Men-



Namibisches Bergwerk von Oranjemund

schen und Führungspersönlichkeiten der Befreiungsbewegung verschwinden spurlos. Das südafrikanische Regime hat Schwadronen, ähnlich jenen der Nazi-Hitler-SS, die im Lande herumstreifen, auf unsere Leute schießen, ihr Eigentum zerstören, Frauen vergewaltigen, die Kinder gewaltsam rekrutieren. Sie greifen sie vor Schulen auf und bringen sie in ihre Militärbasen und trainieren sie. Die Situation in Namibia ist im Augenblick außer Kontrolle. Verbunden ist das ganze dann noch mit einer Vielzahl repressiver Gesetze zur politischen Unterdrückung der namibischen Bevölkerung. Aber gleichzeitig gibt es in Namibia jetzt ein politisches Atemholen für Freiheit und Unabhängigkeit innerhalb der Bevölkerung.

AIB: Was wird von der SWAPO von dieser hier in Wien abgehaltenen UNO-Konferenz zur sofortigen Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit erwartet?

S. NUJOMA: Die Konferenz findet in einem sehr kritischen Moment des Befreiungskampfes in Namibia statt. Es ist eine sehr gute Konferenz, viele bedeutende Persönlichkeiten und Außenminister, Delegierte aus Lateinamerika, Asien, Afrika und Europa sind hier vertreten.

Saboteure BRD, USA, England

Es ist dies ein Signal, daß sich die internationale Staatengemeinschaft mit dieser Frage auseinandersetzt, daß sie besorgt ist wegen der Unterdrückung und Ausbeutung, wegen der Morde, der Folterungen.

AIB: Wie konkret gestaltet sich nun auf der Konferenz eine zukünftige Zusammenarbeit auf Regierungsebene, etwa in Form eines internationalen Aktionsprogrammes?

S. NUJOMA: Nun, es gibt eine konstante allgemeine Unterstützung, materielle Hilfe für die SWAPO.

Es gibt und gab ständige politische und diplomatische Fürsprache. Regierungen und die Anti-Apartheid-Bewegung unterstützen den Befreiungskampf von Europa aus.

Und wir sehen uns hier einer überwältigenden Solidaritätswelle gegenüber in unserem Kampf um Unabhängigkeit. Wir fühlen uns so nicht mehr alleine — wir haben Freunde in weit entfernten Ländern, Tausende von Kilometern entfernt.

Z.B. hat die Regierung Dänemarks dieses Jahr ihre Konsularbotschaft in Südafrika geschlossen, und sie hat auch die Verträge storniert, die sie im Handel mit Südafrika bereits abgeschlossen hatte. Das ist ein riesiger Ausdruck der konkreten Solidarität für uns.

Nur die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der USA und Großbritanniens führen jetzt im UNO-Sicherheitsrat Sabotage durch gegen die Bemühungen der Vereinten Nationen.

Sie sind gegen ökonomische Sanktionen. Einige dieser Länder verfolgen zweideutige bzw. unklare Positionen, die Briten und die Westdeutschen nehmen hier lediglich eine selbstaufgelegte Beobachterposition ein, die Amerikaner natürlich auch. Was sie auf keinen Fall wollen, ist, unsere Sache zu unterstützen, das ist klar.

Aber trotzdem — auf dieser Konferenz ist der Ausdruck der Unterstützung und Solidarität überwältigend.

AIB: Wie beurteilt die SWAPO das sog. Angola-Junktim, also das Verbinden der Frage der Unabhängigkeit Namibias mit der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola?

S. NUJOMA: Nun, das ist eindeutig eine Taktik der Reagan-Administration. Das nennen sie dann „konstruktives Engagement“.

Das sollte dann die US-Legitimierung sein, daß Namibia nicht in die Unabhängigkeit entlassen werden darf.

Dabei ist es ebenso klar, daß die Imperialisten um das Gold, das Uran, das Kupfer, um all die Bodenschätze, die sie aus Namibia derzeit herausholen, bangen, und nicht etwa um die Menschenrechte der unterdrückten Bevölkerung Namibias.

Sieg durch Gewehre oder Wahlen

Das überrascht uns aber nicht — überall haben die USA doch den Kolonialismus gestützt, sogar den Faschismus eines Botha in Südafrika. Was wir machen müssen, das ist, unseren Kampf zu intensivieren. Wenn wir mit den Faschisten umgehen müssen, dann in der Sprache, die sie verstehen.

AIB: Was würde die Lösung des Namibia-Konflikts für den afrikanischen Kontinent im ganzen bedeuten, für die Befreiungsbewegungen in Afrika, für bereits befreite Länder?

S. NUJOMA: Ich glaube, die Länder Afrikas, die die Fesseln des Kolonialismus gesprengt haben, sollten uns Ermutigung sein im Kampf um unsere Unabhängigkeit. Die Ziele dieser Länder, das sind unsere eigenen.

Namibias Unabhängigkeit, so wie wir es sehen, ist unvermeidbar. Wir haben die letzten 20 Jahre gekämpft und es gibt absolut keinen Zweifel daran, daß die namibische Bevölkerung überzeugt davon ist, daß sie sich selbst befreien muß, und daß unsere Unabhängigkeit früher oder später auch erreicht sein wird.

Entweder durch Gewehre oder durch Wahlen — aber Namibia wird frei sein.

edition südliches afrika SACHBUCH



Christoph Sodemann
GESETZE DER APARTHEID
Bonn 1986, 224 Seiten, DM 17,80
edition südliches afrika 17

Ein Standardwerk über die südafrikanische Rassen- und Sicherheitsgesetzgebung.

Wesentlich für das Herrschaftssystem der weißen Minderheit in Südafrika ist der Rassismus; rassistische Verhaltensweisen von Individuen und Gruppen sind zwar eine weitverbreitete Erscheinungsform der Gegenwart, doch im System der Apartheid ist der Rassismus institutionalisiert. Diese rechtliche Festschreibung des Rassismus ist Gegenstand des Buches, nach dessen Lektüre sich der Leser ein Urteil über die sog. 'Reformen' der Apartheid machen kann.

**Bezug: über den Buchhandel
oder direkt bei:
Issa, Blücherstr. 14
5300 Bonn 1**

Äthiopien

In anderthalb Jahren wurden in Äthiopien 650.000 Menschen aus den Dürregebieten des Nordens in fruchtbare Gebiete im Süden und Südwesten des Landes umgesiedelt. Weitere 2,8 Mio Personen sind in Dörfern zusammengefaßt worden. Dieses Programm zur Bekämpfung des Hungers wird bisher nur von wenigen Hilfsorganisationen unterstützt, da es angeblich unter Zwang durchgesetzt wird, Familien auseinandergerissen werden und die Operationsgebiete der Separatisten Eritreas und Tigres entvölkern soll. Jean Ziegler, Professor für Soziologie in Genf und Repräsentant der Sozialistischen Internationale, besuchte im Sommer d.J. Äthiopien. Er berichtet, was von den Vorwürfen zu halten ist.

Jean Ziegler

Krieg, Hunger, Dialog..



Umsiedler bei der Ernte: Selbsternährung wird möglich

Der schwarze Boden von Shoa, der Boden der Hochebenen ist voller Wasser. Nach 5 Jahren einer mörderischen Trockenheit ist der Regen endlich wiedergekehrt.

Purpurrote Blitze zerreißen die Wolkenberge. Plötzlich, gegen Abend, bricht der Sturm los: Von einem starken Wind getrieben, ergießen sich die Wassermassen auf die Dächer der Hütten und die Wellblechunterkünfte längs des Weges.

12 Stunden dauert die Reise, um von Addis Abeba aus die Hauptstadt der Provinz Kaffa (die im 14. Jahrhundert dem Kaffee den Namen gab, der in ganz Europa von arabischen Händlern populär gemacht wurde) Ghimma zu erreichen. In der Regenzeit ist Äthiopien ein Land überwältigender Schönheit.

Nach noch einem Tag auf Wegen, die durch Savannen und Dschungel führen, erreichen wir Gambela, die große Ebene im Westen, ein Grenzgebiet zum Sudan von 26.000 qkm. Eine weitverstreute und buntgemischte Bevölkerung: die Anuak, Jäger und Fischer, die entlang des Baro-Flusses neben den Nuer leben,

Hirten, die mit den Jahreszeiten vom Sudan nach Äthiopien ziehen.

Dieses Gebiet ist der Ort eines der umfangreichsten Umsiedlungsprogramme von Hungerflüchtlings: Riesige Maschinen des Landwirtschaftsministeriums haben den Dschungel auf einem Gebiet von mehr als 6.000 ha gerodet. 52.000 Menschen, die aus den Todeszonen von Tigre und Wollo kamen, wo die Trockenheit teilweise die Erde und die Pflanzen zerstört hat, leben jetzt in ca. 60 Dörfern, die unter Mangobäumen verstreut sind.

Ab September 1986 werden sie Selbstversorger sein: Es deutet sich an, daß die Ernte von Mais, Sorghum, Kartoffeln und Hirse hervorragend werden wird.

Jede Familie besitzt ein Stück Land von 1 ha Fläche, wovon die Hälfte für die private Familienproduktion bestimmt ist und die andere Hälfte in der Kooperative bearbeitet wird. Süßwasserbrunnen mit einer Tiefe von 40 m wurden gegraben. Im Aufbau befindliche Schulen und Krankenhäuser funktionieren so gut als möglich. 9 Monate nach ihrer Ankunft

leben die Familien langsam wieder auf. Ich weiß, daß das Programm zur Umsiedlung der Bevölkerung aus den Katastrophengebieten der Hochebenen des Nordens zu den unendlichen fruchtbaren Böden des Südens und Westens, die fast menschenleer sind, in Europa heftige Kritik ausgelöst hat. Bis heute wurden 650.000 Personen umgesiedelt. Freiwillig?

Mohamoudia Gaas, ein Afar-Intellektueller, der vor 37 Jahren an der Wüstenküste des Roten Meeres geboren wurde, ist erster Sekretär der Arbeiterpartei Äthiopiens (Einheits- und Staatspartei) in Gambela. Er gibt zu, daß Fehler gemacht wurden.

Umsiedlungen hätten in der Eile und manchmal unter Bedingungen der Unordnung und Gewalt stattgefunden. Eine Sonderkommission hält sich der Reihe nach in jedem Dorf auf: Wenn ein Bauer, eine Frau, ein Kind von seiner bzw. ihrer Familie getrennt wurde, verläßt er (sie) das Dorf und kehrt zu seiner (ihrer) Familie zurück.

Fehler werden revidiert

Ich hatte Äthiopien im Januar 1985 besucht: Ich hatte dort die Todeslager von Makelle und Koren gesehen.

Der ausgelaugte, staubige Boden war hart wie Stein. Trotz aller Kritik bin ich davon überzeugt, daß die Umsiedlung der Bevölkerung der einzige Weg ist, um das Leben der Betroffenen zu sichern. Äthiopien konnte nicht passiv auf die nächste und wahrscheinliche Katastrophe warten.¹

Im großen Büro mit purpurroten Vorhängen im ersten Stockwerk des Gebäudes des Zentralkomitees in Addis Abeba empfängt mich der Präsident Mengistu – lebendiger Blick, sicherer Charme und außergewöhnliche Aufmerksamkeit für den Besucher – während fast 3 Stunden. Das Läuten der Glocken der nahen Kathedrale untermalt unsere Unterhaltung. Eine vollkommen freie Unterhaltung. Mengistu spricht zuerst über das Bündnis Äthiopiens mit der Sowjetunion: „Es besteht, es ist fest und es wird uns durch die Bedingungen aufgezwungen. Aber wir sind ein unabhängiges Land. Der Beweis: Äthiopien sucht jetzt den Dialog, die Zusammenarbeit mit den



progressiven Kräften Europas. Und u.a. mit der Sozialistischen Internationale." Ich attackiere mit dem Krieg in Eritrea: Dieser Krieg ist für mich eine unannehmbarbare Tragödie ohne militärischen Ausweg.

Der Staatschef antwortet ausführlich: Die nationale Einheit ist für ihn nicht verhandelbar. Abgesehen von der Einheit kann jede andere Lösung (innere Autonomie usw.) Gegenstand von Diskussionen zwischen den kriegführenden Parteien sein.

Autonomie ist möglich

Geheime Treffen haben in Aden im Frühjahr 1985 stattgefunden. Ohne Ergebnis. Werden andere Treffen stattfinden? Der Staatschef äußert sich nicht. Aber er schließt sie auch nicht aus.

Ich fasse zusammen: Äthiopien, ein riesiges Land von 1 Mio qkm und von mehr als 40 Mio Menschen bewohnt – in ihrer großen Mehrheit Bauern –, durchlebt seit 1974 eine der radikalsten Revolutionen, die die Dritte Welt gekannt hat. Der abrupte Bruch mit Jahrhunderten des Feudalismus wirft in den Köpfen und im gesellschaftlichen Leben der Leute unermeßliche Probleme auf.

Sollen die Demokratien Westeuropas unter dem Vorwand des Antikommunismus weiterhin jeden konstruktiven Dialog mit diesem Land, das eine tausendjährige Geschichte und Tradition hat, ablehnen?

Die politische Erfahrung Europas, seine Technologie, sein Kapital können Äthiopien sehr dabei helfen, eine demokratische, menschliche und gleichgewichtige Gesellschaft aufzubauen.

Im Herbst 1986 wird Äthiopien seine erste Verfassung annehmen, die ersten Wahlen zu einem Nationalkongreß durchführen und die ersten autonomen Regionen seiner Volksgruppen gründen. Es sucht heute intensiv den Dialog, die Zusammenarbeit mit Westeuropa. Man darf sie nicht verweigern.

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 382/21.9.1986, S.53)

Anmerkung:

1) Eine ähnliche Anmerkung scheint mir richtig zu sein für das Programm der Dorfgründungen: Die Mehrzahl der 82 Volksgruppen des Landes leben in verstreuten Unterkünften. Wenn die Regierung die unerläßlichen sozialen Infrastrukturen (Schulen, Gesundheitszentren, Brunnen, Straßen usw.) aufbauen will, ist es notwendig, daß sich soviel Familien wie möglich damit einverstanden erklären, sich in erbauten Dörfern aus Stroh und Holz zusammenzutun, hinter einem Schutzvorhang aus neu gepflanzten Bäumen, rund um einen Brunnen und einige minimale soziale Einrichtungen.



Gemeinsamer Tukulbau im Neusiedlungsgebiet Dembidollo

Reportage von Eva-Maria Hinterwirth Umsiedlung nach Dembidollo

Wir nehmen dieselbe Straße wie vor 6 Monaten. Tausende von Äthiopiern auf ihrem Weg in ein neues Leben. Unser Ziel ist Dembidollo, ein kleines äthiopisches Dorf an der sudanesischen Grenze, eine gute Autotagesreise entfernt von Nekemte, der Provinzhauptstadt von Wollega.

Es ist dort das zweite große Umsiedlungsgebiet, das wir besuchen. Die rund 250 km werden wir mit einem Jeep zurücklegen müssen, 9 Stunden im Auto.

Genug Teff in Wollega

Um 6 Uhr früh – nach 2 Stunden Fahrt – bricht die Sonne durch, wir sehen die Landschaft. Jetzt im Frühjahr sind die kleinen Felder schon abgeerntet, das Teff, Hauptnahrungsquelle der meisten Äthiopiern, ist zu Haufen aufgeschichtet, mit einem Steinzaun umgeben.

Wollega ist eine reiche, fruchtbare Provinz. Das 2000 m hohe Bergland schafft für die Bauern günstige Bedingungen. Es fällt genug Regen, zweimal pro Jahr kann zumindest geerntet werden – Teff, Sorghum, Weizen, aber auch Kartoffeln, Tomaten, Mais.

Vor den verstreut liegenden Tukuls, den aus Holz, Stroh und Lehm gebauten traditionel-

len Einraumhütten der Äthiopiern, beginnen die Frauen ihre Tagesarbeit: zwischen zwei großen Steinen wird Teff gemahlen, der Teig für das weiche Fladenbrot Injera vorbereitet; riesige Tonkrüge auf den Rücken geschmalt. Teilweise einige Kilometer entfernt liegt die nächste Wasserstelle.

Immer wieder sehen wir diese Brunnen, um die Frauen stehen, warten, bis sie an die Reihe kommen, Wäschestücke am Boden zum Trocknen ausgebreitet. Es werden mehr Menschen auf der staubigen Straße; der gesamte Handel liegt auch in Äthiopien traditionell bei den Frauen, mit Körben voll Gemüse, oft noch ein Kleinkind auf den Rücken gebunden, machen sie sich früh auf zum Markt.

Wir nähern uns dem Umsiedlungsgebiet bei Dembidollo. Die Landstraße hat sich verändert. Dieser Teil Wollegas ist fast nicht mehr besiedelt – wir fahren durch halbtropische Wälder, scheuchen Affenherden auf. Vereinzelt nur mehr Menschen auf der Straße.

Stundenlang fahren wir durch roten Sand, der über das Auto schwappt. Die Fenster müssen geschlossen bleiben, trotzdem dringt der feine Staub überall ein und bildet einen roten Film. Hinter uns lassen wir riesige Sandwolken.

Vor uns lichtet sich der Wald, abgelöst von fast undurchdringlichem Buschwerk, halb verdorrt durch die Sonne. Es hat um die Mittagszeit 35 Grad. Wir denken an unseren Besuch im vorherigen Umsiedlungsgebiet bei Horro Gudru.

Da war die erste Station eine Schule, ein Holzbau mit sechs Kojen, für die erste bis sechste Pflichtschulklasse, die Frontseite ist bei jeder Klasse offen. 200 Kinder lernen lesen, schreiben, englisch: „Yes, we are!“ hören wir schon 50 m entfernt aus der vierten Klasse.

Klinikstationen in Dörfern

Mesele Takele ist sieben Jahre alt, seit 6 Monaten wohnt er schon im neuen Umsiedlungsgebiet.

Wie es ihm hier gefällt? „Sehr gut, wir haben genug zu essen.“ Und seine Eltern? „Ich habe keine Eltern mehr, sie sind gestorben.“ Sie starben in Wollo, einer der am schwersten von der Dürre heimgesuchten Provinzen im Norden Äthiopiens.

Die meisten Kinder kommen wie Mesele aus dem von der Regierung errichteten Versorgungslager Korem. Jetzt kümmern sich andere Eltern um ihn. Schon nach diesen ersten 6-8 Monaten reicht die erste Ernte bis zu 70% aus, die Tausenden von Neusiedlern zu ernähren.

Der Rest wird von der Regierung angeliefert – aus eigenen Ressourcen. Die Regierung kauft aus den fruchtbaren Provinzen alles überschüssige Getreide auf und verteilt es unter denen, die es brauchen.

Auch sonst ist die Unterstützung der Umsiedler durch das Landwirtschaftsministerium, die Bauernvereinigung EPA und die staatliche Hilfsorganisation RRC beachtlich. Für die insgesamt 40.000 Bauern aus Wollo, die jetzt im Gebiet um Dembidollo leben, waren die bestmöglichen Bedingungen geschaffen worden.

Das Buschwerk wurde gerodet, zum Teil für den Tukulbau verwendet, mit 40 Traktoren das Land zum Bebauen vorbereitet. Lange bevor wir die ersten der 20 neuen Dörfer sehen, fahren wir an riesigen Feldern vorbei. Die Lagerhallen sind jetzt nach der Ernte voll, die Traktoren aus dem sowjetisch-äthiopischen Gemeinschaftswerk in Naza-

reth stehen für die nächste Aussaat bereit.

Auch Traktoren sind etwas Neues für die Bauern, genauso wie die Lagerhaltung. „Wenn man vergleicht, in welchem Zustand die Menschen noch vor 6, 8 Monaten waren, als sie aus den Dürregebieten kamen, und wie sie jetzt auf den Feldern arbeiten – es ist ein immenser Unterschied“, sagt uns Anna Toulouse, die französische Ärztin, die das Klinikzentrum betreut.

Seit 7 Monaten ist die 27-jährige von der 1936 unter der Volksfrontregierung gegründeten Hilfsorganisation Secour Populaire Française (SPF) in Dembidollo.

SPF hat das Klinikzentrum provisorisch aufgebaut – ein größeres ist geplant: „Wir haben hier im Gebiet dieses Zentrum und 8 Klinikstationen in den Dörfern.“

Wie viele Assistenten hat Anna Toulouse hier bei sich? Wie viele Stunden täglich arbeitet sie? „Wir sind hier 20 Leute, neben sechs medizinischen Assistenten noch drei Krankenschwestern, Sanitäter, ein Ernährungsverantwortlicher, ein Laborant, Köchinnen und – nicht zu vergessen – zwei Wäscher. Die Wäscher zählen hier zu den wichtigsten Leuten.“ Die Arbeitsstunden sind ungezählt.

Tukuls für 40.000 Dürreopfer

Anna Toulouse zeigt uns das Zentrum: Die drei Zelte, in denen jeweils 12 Betten Platz haben, sind voll belegt – hauptsächlich mit Kindern und Frauen, ein gerade 12 Stunden altes Baby beginnt zu schreien, sobald die Ärztin es vom Körper der Mutter weghebt. „Man hört, es ist ein starkes Baby“, lacht Anna, „nicht mehr so schwach wie die Neugeborenen noch vor einem halben Jahr.“

Die konnten nur mit Mühe am Leben erhalten bleiben, allzu abgemagert und unterernährt waren die Mütter. Heute sind es nicht mehr die für die Menschen katastrophalen Dürreauswirkungen, die im Klinikzentrum behandelt werden müssen, sondern in der Mehrzahl Schnittverletzungen, Arbeitsunfälle. Die Wunden sind infiziert und oft erst wenn die Bauernvereinigung die Verletzten ins Hospital schickt, kommen sie ins Zentrum.

„Auch ärztliche Versorgung ist neu für die Menschen“, erklärt uns Anna. „Früher, in

ihrer unwegsamen Heimat, war ein Arzt immer noch selten.“ Was ist ihre Meinung zum Umsiedlungsprogramm der äthiopischen Regierung? „Früher sind die Menschen an Hunger gestorben, jetzt arbeiten sie wieder. Jetzt sind sie gesund. Das ist wohl das Wichtigste.“ Das Umsiedlungsgebiet bei Dembidollo umfasst 30.000 ha Land.

Hauptanbaupflanze ist wie zumeist in Äthiopien Teff und Ölsaaten. 40.000 Menschen aus der Dürreprovinz Wollo leben heute hier. Stolz zeigen sie uns alles Neue: ein Handwerkerzentrum mit einem Weber, einem Schmied, den Gerichtssaal – eine quadratische Hütte.

Eine der großen Wendungen, die die Revolution in Äthiopien gebracht hat, war, daß die Gerichtsbarkeit an die Basis verlegt wurde; jede Bauernvereinigung – der äthiopische Bauernverband vertritt von den insgesamt 42 Mio Äthiopiern mehr als 37 Mio – hat in ihrem Dorf oder Gebiet einen eigenen lokalen Gerichtshof.

Die Neusiedler zeigen uns aber auch ihre neue, mit Diesel betriebene Getreidemühle, die das langwierige und anstrengende Teffmahlen mit den Steinen ersetzt. Oder ihre auf dem Dorfplatz aufgestellten Pfosten, hinter denen sich jeden Morgen die Arbeitsbrigaden aufstellen. Eine solche Gruppe umfaßt 25 Leute, Männer und Frauen. Oder die erst 2 Monate alte Versammlungshalle. Hier werden die Arbeitspläne mit der Bauernvereinigung diskutiert, hier organisieren der Jugend- und der Frauenverband ihre Treffen; Massenorganisationen, die in jedem Dorf aktiv sind.

Oder das Musterfeld, mit dem den Bauern gezeigt wird, Gemüse zu ziehen. Hinter ihren Tukuls sollen die Familien Gärten anlegen – der Hauptbedarf wird kollektiv gedeckt, aber Mais, Tomaten und Zwiebeln sollen die Bauern selbst anbauen.

In einer einzigartigen Zweimonatskampagne hat der äthiopische Jugendverband im vergangenen Sommer 40.000 Tukuls in verschiedenen Umsiedlungsgebieten gebaut. Solche Tukuls sind zum Großteil noch nach der traditionellen Bauart konstruiert: Ein Raum, die Familie teilt sich mit dem Kleinvieh den relativ spärlichen Platz. Gekocht wird im Tukul.

Dazwischen finden sich aber schon die modernen Tukuls: Unterteilt in drei Räume, 40 m² groß mit Extraküche und Sickergrube. Es gibt auch schon richtige Bewässerungsanlagen: Zwischen den Tukuls haben die Bauern Gräben gezogen, um ihre Gärten zu halten. Auf Pfählen errichtet stehen Zwergtukuls, die privaten Getreidespeicher. Hinter einer Gruppe von Hütten ein quadratischer Bau – die Hühner, Ziegen, Schafe werden aus dem Wohnbereich gebracht.

„Wir gehen Schritt für Schritt vor“, sagt uns der Parteiverantwortliche des Dorfes Nummer 11. „Es ist für die Bauern im Vergleich zu vorher eine große Umstellung. Aber nach jedem Schritt, den sie selbst gehen, sollen sie bessere Bedingungen vorfinden. Haben sie sich entschlossen, einen eigenen Gemüsegarten anzulegen, so helfen ihnen die zahlreichen Experten des Bauernverbandes, den Garten auch zu bewässern.“

Den ganzen Tag verbringen wir im Umsiedlungsgebiet Dembidollo. Durch eines der 20 Dörfer begleitet uns die fünfjährige Yilala. Sie ist es auch, die uns mit großen, glänzenden Augen etwas zeigen will: Im Kindergarten des Dorfes sind die Kleinen dabei, aus Lehm und Stroh Buchstaben zu formen. Dutzende von Oromoschriftzeichen sind schon fertig, liegen zum Trocknen in der Sonne. Damit fangen sie zu lernen an.



Verteilung staatlicher Lebensmittel an Umsiedler

Mit einem Kahlschlag gegen die oppositionelle Kampagne, mit der freie Wahlen noch im Jahr 1986 erzwungen werden sollten, hat sich das Diktaturregime Zia ul-Haq zwar eine Atempause verschafft. Doch ob die Inhaftierung der Symbolfigur Benazir Bhutto und von ca. 2.000 anderen Diktaturgegnern sowie die Massakrierung von mehr als 25 Demonstranten Mitte August d.J. den Massenwiderstand auf Dauer zu ersticken vermag, muß bezweifelt werden.

Lothar A. Heinrich

Benazir Bhutto auf den Spuren Aquinos?



Benazir Bhutto, die nach 25 Tagen Haft wieder freigelassen wurde, vor einem Gemälde ihres 1979 exekutierten Vaters

Offene Rechtsdiktaturen scheinen in der sog. Dritten Welt zur Zeit etwas aus der Mode gekommen zu sein. Das populärste Muster für ihre Beseitigung ist heute die philippinische „Revolution“. Gerade in Pakistan, einem relativ entwickelten Dritte-Welt-Land, das für den US-Imperialismus wie die Philippinen eine große strategische Bedeutung hat, hat Corazon Aquino eine Nachahmerin in Gestalt von Benazir Bhutto gefunden.

Profitierte Cory Aquino beim Volk nicht zuletzt von dem Mythos ihres durch Marcos-Getreue ermordeten Mannes Benigno Aquino, so stützt sich Benazir Bhutto auf den ihres Vaters Zulfikar Ali Bhutto. Er wurde als legal gewählter Präsident 1977 von der Armee unter ihrem Oberbefehlshaber General Zia ul-Haq gestürzt und 2 Jahre später hingerichtet.

Im April d.J. konnte Benazir Bhutto nach mehreren Jahren des Exils nach Pakistan zurückkehren.

Bei ihrer Rundreise durch die wichtigsten Städte des Landes, die von der von ihrem Vater gegründeten Pakistanischen Volkspartei (PPP) vorbereitet worden war, wurde sie von hunderttausenden Pakistanis begeistert empfangen. Die Pariser *Le Monde* berichtete darüber am 13./14. April 1986 unter der Überschrift „Benazir Bhutto auf dem Weg zur Wiedererlangung der Macht“.

Triumphale Rückkehr

Daß das Militärregime unter Zia ul-Haq kaum eine Basis im Volk hat, ist ziemlich offensichtlich. Einige wirtschaftliche Erfolge, wie die jährliche Wachstumsrate von durchschnittlich 7% in den letzten Jahren¹ oder die letzten recht guten Ernten, werden durch andere Faktoren, die insbesondere die werktätige Bevölkerung treffen, mehr als wettgemacht.

Die Tatsache, daß allein 1/3 des Budgets für militärische Zwecke ausgegeben wird, trägt mit dazu bei, daß das Zahlungsbilanz-Defizit wächst, die Inflation steigt und die Rupie immer weiter fällt. Die Schulden dieses Landes, in dem jährlich rund 70.000 Menschen nur an Tuberkulose sterben, haben die Höhe von 350 US-Dollar (\$) pro Kopf erreicht. Pakistan, das sich besonderer finanzieller Unterstützung seitens der USA und anderer imperialistischer Länder wie der BRD erfreut, wird in den nächsten Jahren nicht weniger als 1 Mrd \$ alter Schulden und 3 Mrd \$ Schuldzinsen zurückzahlen haben.²

Dies ist die eine Seite der offenen Kollaboration mit den USA. Die andere ist die Unterdrückung demokratischer Freiheiten und Menschenrechte, die sich im Verbot der politischen Parteien, Massenverhaftungen, Folter und politischen Morden sowie in der ökonomischen und politischen Ausgrenzung der Minderheitsnationen manifestiert. Sie werden keineswegs durch die kruden Islamisierungsmaßnahmen wettgemacht, die zudem ihrerseits bei großen Teilen der im übrigen praktisch ausschließlich islamischen Bevölkerung auf Opposition stoßen.

Zias Verfassungstrick

Vor allem die Ausschaltung der Parteien war es, die vor über 3 Jahren zur Bildung des losen Parteienbündnisses Bewegung für die Wiederherstellung der Demokratie (MRD) geführt hatte. Diese hatte 1983 mit einer von weiteren Kräften flankierten Kampagne des zivilen Ungehorsams den bisherigen Höhepunkt ihrer Aktivitäten erreicht und das Regime in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß herausgefordert.

Das Militärregime reagierte zunächst mit brutaler Unterdrückung und leitete schließlich eine spezifische Art von „Demokratisierung“ in die Wege.

Es ließ sich mit den einschlägig bekanntesten Methoden vom Volk eine Verfassung bestätigen, die den Weg zur Wahl einer Zivilregierung unter Ministerpräsident Muhammad Khan Junejo öffnete, gleichzeitig jedoch auch zu einer fortgesetzten Ausschaltung der politischen Parteien und dazu, daß Zia bis 1990 Staatspräsident bleiben soll.

Benazir Bhuttos Rückkehr nach Pakistan fällt zweifellos in den Rahmen dieser „Demokratisierung“. Deren enge Grenzen wurden allerdings unterstrichen, als Ende Mai 1986 der Sprecher der Nationalversammlung, Fakhar Imam, der Zia zwischen 1981 und 1983 immerhin als Minister gedient hatte, in die Wüste geschickt wurde. Er hatte es gewagt, sich dagegen zu wenden, daß sich Minister-

präsident Junejo und 48 weitere Mitglieder des Hauses verfassungswidrig der neugegründeten Pakistanischen Moslemischen Liga (PLM) anzuschließen hatten.³

Daß Benazir Bhutto einen Prozeß auslösen wird, der dieses Demokratisierungsmanöver des Regimes zunichte und dem Regime über Neuwahlen bis Anfang 1987 den Garaus machen wird, ist ungeachtet der einschlägigen Ankündigungen der Bhutto-Tochter und ihrer Anhänger, die es lieben, offen Parallelen zur philippinischen Präsidentin zu ziehen, eher unwahrscheinlich. Dies gilt auch dann, wenn die in Karatschi erscheinende Monatszeitschrift Herald mit ihrer Einschätzung recht haben sollte, daß das Volk die PPP wählen würde, ließe man es nur.

Handicaps der MRD-Kampagne

In der Tat werden die Faktoren, die brei- teste Volksmassen in Opposition zum Regime gebracht haben und sie erneut zur Wahl der PPP bewegen könnten, durch andere Faktoren wettgemacht, die es der Opposition verwehren, freie Wahlen zu erzwingen.

Zum einen ist da der Charakter der MRD und der ihr angehörenden PPP. Die MRD ist ein Bündnis von überwiegend rechts angesiedelten Parteien, deren einziger gemeinsamer Faktor ihr Wunsch nach Wahlen ist, an denen sich ihre Führer beteiligen können.

Die wichtigsten Mitgliedsparteien, mit Ausnahme der PPP, hatten seinerzeit im Rahmen der Pakistanischen Nationalallianz (PNA) den Sturz Bhuttos über das Eingreifen der Armee betrieben. Die Kampagne von 1983 wurde von manchen Führern dieser alten Parteien bestenfalls halbherzig unterstützt. Einige, wie Asghar Khan, der Chef der Tehreek-e Istiqlal, zogen damals geheime Separatverhandlungen mit dem Regime vor.

Die MRD-Kampagne zeigte vor allem aber, daß die Massenbasis dieser bürgerlichen Parteien einschließlich der PPP sehr viel kleiner war, als von ihnen behauptet. Die militanten Massenaktionen wurden in der Tat zunehmend vor allem von linken Organisationen getragen, und hier besonders von der Sindhi Awami Tehreek (SAT), einer sozialrevolutionären und nationalistischen Partei im Sind, dem Hauptzentrum der Opposition.⁴ Die PPP ist eine bürgerliche Partei, die wegen ihrer populistischen Ideologie oft als sozialdemokratisch bezeichnet wird. Ihre Regierungszeit (1972-77) war durch ein hohes Maß an linker Demagogie und proimperialistischer Praxis gekennzeichnet. Während die Linke innerhalb der Partei nach dem Machtantritt systema-

tisch ausgeschaltet wurde, wurde die beherrschende Position der z.T. halbfeudalen Großgrundbesitzer, aus deren Reihen auch die Bhuttos kommen, nicht angetastet.⁵ Sie stellten damals 70% der Abgeordneten.

Zu den dunklen Seiten der autokratischen Bhutto-Herrschaft gehört auch die mehrjährige blutige Militärkampagne gegen das belutschische Volk.⁶ An ihr war mit General Tikka Khan an führender Stelle einer der Offiziere beteiligt, die sich bereits zuvor im Krieg gegen das damalige Ostpakistan (heute Bangladesh) durch ihre Grausamkeit hervorgetan hatten. Tikka Khan gehört zu den wichtigsten Persönlichkeiten der MRD. Auf der einen Seite ist es klar, daß die alten Gegensätze zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien, insbesondere zwischen Luftmarschall Ashar Khan und Benazir Bhutto, ein gedeihliches Zusammenleben nach dem Sturz des gegenwärtigen Regimes ausschließen.

Asghar Khan hat schließlich nach Benazirs Rückkehr auch schon offen vor dem „Bhuttoismus“ gewarnt, dessen Wiedergeburt er nicht erlauben werde. Benazir Bhutto hat ihrerseits deutlich

Schläge eines Tikka Khan ihren Nutzen davon hätten? ”

Während es also in Hinblick auf die Bereitschaft der Bevölkerung, zu volksfestartigen Massenkundgebungen zu kommen und wenn möglich ein Kreuz hinter den Namen Bhutto zu machen, durchaus Parallelen zwischen Benazir und Cory gibt, hören diese bereits auf, wenn man sieht, daß in Pakistan die Front der bürgerlichen Opposition schon vor dem Sieg zerfällt.

Darüber hinaus ist die Opposition mit zwei weiteren negativen Faktoren konfrontiert, die den Vergleich mit den Philippinen vollends verbieten. In Pakistan ist die Marginalisierung der Belutschen, der Sindhis und in geringerem Maße der Paschtunen gegenüber den Punjabis und Urdu-sprachigen Einwanderern aus Indien derart kraß, daß die Frage des Fortbestandes des Landes eine immer zentralere Rolle einnimmt. Die Hauptlast des Widerstandes wurde daher 1983 von den Sindhis getragen.

Auch weil die meisten MRD-Parteien einschließlich der PPP kein Verständnis für die Notwendigkeit einer auf Selbstbestimmung beruhenden wirklichen



Bei Protestaktionen gegen die Inhaftierung B. Bhuttos lieferten Demonstranten der Polizei in Karatschi tagelang Straßenkämpfe

gemacht, daß es bei eventuellen Wahlen keine gemeinsame MRD-Liste geben werde. Wenn auch die PPP trotzdem, angesichts des Fehlens einer einheitlichen linken Alternative, wohl bei Wahlen die siegreiche Partei wäre, ist sie noch lange nicht die Partei, für die die Volksmassen notfalls ihr Leben geben würden. Unmittelbar nach der 83er MRD-Kampagne schrieb die Zeitschrift Pakistan Progressive: „Wer würde schließlich sterben wollen, nur damit Leute vom

Gleichberechtigung der vier Nationen des Landes haben, ging die Initiative bei den damaligen Massenaktionen zunehmend auf die nationalistischen Linksparteien außerhalb des Punjab über, nicht zuletzt auf die erwähnte SAT.

Gleichzeitig waren die MRD-Parteien nicht in der Lage, im politischen Zentrum des Landes, im Punjab, wo 67% der Bevölkerung leben, eine kontinuierliche Volksbewegung zustande zu bringen. Der zweite Tür die Machtergreifung der

bürgerlichen Opposition ausschlaggebende Faktor ist die Position der USA und der Nachbarn Pakistans. Dieses Land ist heute zusammen mit Israel und der Türkei, und noch vor Ägypten, Eckpfeiler der imperialistischen Militärstruktur in der Region.

Diese Position verdankt es der Tatsache, daß es seit langem über eine entsprechend große und kampferfahrene Armee verfügt, um schon heute in rund einem Dutzend proimperialistischer Länder der Region im Einsatz zu sein. Durch den Sturz des Schah-Regimes (1979), vor allem aber nach der Revolution in Afghanistan wuchs der Stellenwert Pakistans für den Imperialismus bedeutend.

Besonders auf dem Hintergrund des Afghanistan-Problems wird das pakistanische Regime nicht nur von den USA unterstützt, sondern von einer breiten Koalition konterrevolutionärer Kräfte. Es bestehen hervorragende Arbeitsbeziehungen mit dem türkischen Militär-Establishment, dem Khomeini-Regime und der saudischen Monarchie.

Gleichzeitig hat es nicht nur seine Freundschaft und strategischen Beziehungen zur VR China bewahrt, sondern für pakistanische Verhältnisse relativ entspannte Beziehungen zum „Erzfeind“ Indien aufgebaut.⁷ Dennoch sind 15 von 19 pakistanische Divisionen und 200 von 350 Kampfflugzeugen nicht etwa an der Grenze zu Afghanistan, sondern an der zu Indien konzentriert.

Militärischer Vorposten

Außerdem gewährt Pakistan radikalen Sikh-Nationalisten Unterstützung.⁸ Dies wohl weniger in der sicher illusorischen Hoffnung, daß diesen die Schaffung eines neuen Staates namens „Khalistan“ gelingen könnte, als vielmehr als Antwort auf die Weigerung Indiens, sich in die konterrevolutionäre Front gegen die afghanische Revolution einzureihen.

Der gemeinsame Nenner dieser guten Beziehungen ist die Rolle, die Pakistan als Hinterland der afghanischen Konterrevolution spielt. Pakistan ist nicht nur bei der US-Einkreisungspolitik gegenüber der UdSSR ein Frontstaat, sondern auch im Kampf zwischen dem Sozialismus und dem organisierten proimperialistischen Islam in Gestalt der Islamischen Gipfelkonferenz.

Da die Rolle Pakistans dabei an hervorragender Stelle militärischer Natur ist, sind all diese Staaten an der fortgesetzten Militarisierung des Landes interessiert, und damit auch an einer starken Zentralmacht, die die nationalen Bestrebungen der Minderheitsnationen unterdrücken kann. Nach Feststellung der linken Opposition verfügen die USA zur



Zeit über vier Militärbasen im Land – in Gawadar, Jewni, Panjgar und Passani.

Die USA werden auch deshalb kaum eine Alternative zum gegenwärtigen Regime unterstützen, die die weitere Existenz dieser im übrigen außerhalb des Punjab gelegenen Basen sowie die Aufrechterhaltung der beschriebenen Funktion des Landes nicht zweifelsfrei gewährleistet. Es sei denn, sie sähen sich mit einer zweifelsfrei antiimperialistischen drohenden Revolution konfrontiert.

Benazir Bhutto ist zwar vor der Rückkehr nach Pakistan zunächst in die USA und sogar nach Mekka gereist. Und sie steht bei der pakistanischen Linken – auch der ihrer eigenen Partei – im Ruch, trotz anderslautender Slogans im Grunde ebenso US-freundlich zu sein wie Zia.

Benazir ebenso US-freundlich?

Man kann sagen, daß sich dieser Verdacht durch ein von ihr gewährtes Interview vom 10.7.1986 schon fast zur Gewißheit verwandelt hat. Bei dieser Gelegenheit erklärte sie, daß sie zwar die Militärausgaben des Landes für viel zu hoch halte, daß sie aber im Falle ihrer Machtübernahme die US-Militärhilfe, die für die Jahre 1987-93 mit 4,02 Mrd \$ geplant ist, willkommen heiße.

Sie wollte sich auch nicht dazu äußern, ob ihre Regierung die US-Hilfe für die von Pakistan aus operierende afghanische Konterrevolution unterbinden werde. Gleichzeitig rief sie die USA, mit denen sie angeblich in der gemeinsamen Sorge um Stabilität verbunden sei, dazu auf, ihren Einfluß im Interesse der

Demokratie wirksam zu machen.⁹

Andererseits hat schon die Regierungszeit ihres Vaters deutlich gemacht, daß die links verpackte populistische Demagogie auch Kräfte freisetzt, die eine Politik nötig machen, die – so proimperialistisch sie unter dem Strich auch ist – im Einzelnen doch zu Problemen mit den imperialistischen Schutzherrn führen kann.¹⁰ Daß Benazir zur Beruhigung ihrer Anhänger an der Basis noch schnell eine Stippvisite in Moskau folgen ließ, ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Wenn die USA auf den Philippinen ihren langjährigen Freund Marcos fallen ließen, dann, weil sie für nicht allzuferne Zukunft eine linke und nationalistische Machtübernahme befürchteten und weil sie Marcos abservieren konnten, ohne ihre Beziehungen zur philippinischen Bourgeoisie und vor allem zur Armee zu gefährden. Zia ul-Haq herrscht jedoch nicht alleine, sondern als Primus inter Pares seiner Offizierskollegen.

Darüber hinaus ist die Linke in Pakistan noch keine Kraft, die sich mit jener auf den Philippinen vergleichen könnte (siehe AIB-SH 2/1986). Ihre Hochburgen liegen in den Provinzen Belutschistan und vor allem Sindh.

Abgesehen von der grundsätzlichen Einschätzung, daß es darauf ankomme, eine sich entwickelnde Opposition möglichst schon im embryonalen Stadium zu zerschlagen, ist es sicher auch die besonders explosive Kombination von nationalem und Klassenkampf, die die pakistanische Armee – praktisch ausschließlich aus Punjabis und einigen Paschtunen bestehend – gerade im Sindh zu einem besonders brutalen Vorgehen ermuntert hat.

Nach den negativen Erfahrungen mit Ostpakistan und in geringerem Maße mit Belutschistan, wo die Regierung Bhutto mehrere Jahre brauchte, um die linke Volksbefreiungsfront Belutschistans niederzukämpfen¹¹, hat das Militärregime den Sind praktisch seit dem Putsch unter Ausnahmezustand gestellt und in diesem Rahmen alleine in den ersten beiden Jahren dort über 30.000 Menschen verhaftet.

1983 wurden sofort zuerst paramilitärische Einheiten und dann solche der regulären Armee in den Sind geschickt, während im Punjab bei z.T. größeren Einzeldemonstrationen nur die Polizei eingesetzt wurde. Während hier bewußt auf den Einsatz von Schußwaffen verzichtet wurde, war deren Einsatz im Sind – selbst in kleinen Dörfern – alltäglich. Ganze Dörfer wurden niedergebrannt. Tausende wurden ins Gefängnis geworfen, Hunderte täglich gefoltert.

Ganze Regionen wurden Opfer von „Search and Destroy“-Operationen der Armee, bei denen Kampfhubschrauber zum Einsatz kamen. Das hat jedoch nicht verhindert, daß auch heute im Sind – vor allem in ländlichen Gebieten – Guerillaaktionen an der Tagesordnung sind.¹²

Linksfronten im Kommen

So bedeutend diese Entwicklung ist, kann jedoch nicht übersehen werden, daß selbst im Sind ein großer Teil der Bevölkerung keine Sindhis mehr sind, daß alle drei Minderheitsnationen weniger als 1/3 der Gesamtbevölkerung ausmachen und daß die linke Opposition noch nicht die notwendige Einheit und damit Schlagkraft erreicht hat. In dieser Hinsicht gibt es allerdings positive Entwicklungen.

So haben die über 2 Jahre dauernden Gespräche zwischen fünf überwiegend linken und regionalen Parteien im April d.J. zur Bildung der Awami Nationalpartei geführt. An den Gesprächen waren die Pakistanische Nationalpartei aus Belutschistan, die Pakistanische Arbeiter- und Bauernpartei (MKP) aus dem Nordwest-Grenzdistrikt (Paschtunistan), die ebenfalls vor allem dort aktive linksbürgerliche Nationaldemokratische Partei (NDP), die zwar gesamt-pakistanische aber schwerpunktmäßig im Sind aktive Qaumi Mahaz-e Azadi (QMA) und die Pakistan Awami Tehreek, ein Zusammenschluß der SAT mit kleineren nicht-sindhie Parteien, beteiligt. Lediglich die QMA, die ihren Gegensatz zur NDP nicht hintanstellen konnte, blieb außerhalb der neuen Partei.

Im vergangenen Jahr wurde außerdem von verschiedenen bekannten Persönlichkeiten die Sindh-Belutsch-Paschtu-

nische Front gegründet, die sich für eine pakistanische Konföderation einsetzt, deren Grundlage die Gleichheit, und d.h. Selbstbestimmungsrecht der vier in Pakistan lebenden Nationen, ist, eine Forderung, die im wesentlichen auch von den fünf zuvor genannten Parteien erhoben wird.

Ob es dabei bleibt, oder ob schließlich eine völlige Trennung vom Punjab angestrebt wird, hängt wesentlich von der zukünftigen Haltung der dortigen Bevölkerung, von ihrer Beteiligung am gemeinsamen Kampf auch für die nationalen Rechte, ab. Selbst jene Kräfte in der PPP, die das Nationalitätenproblem erkennen und selbst Sindh, Belutschen oder Paschtunen sind, sind heute noch nicht zu einer Lösung bereit, die über einen besseren Autonomiestatus hinausgeht.

Radikaleres Gesicht für die PPP?

In dem Maße, in dem sich die nationalistischen Tendenzen in den drei Provinzen verstärken, wird auch die militärische Unterdrückung bisher nicht gekannte Ausmaße annehmen. Die Strafaktion, die die Armee Anfang Dezember 1985 gegen die Paschtunen-Stämme der Afridi und Shinwari durchgeführt hat, geben davon einen Vorgeschmack.¹³ Die weitere Stärkung des militärischen Faktors in der pakistanischen Politik ist eine der notwendigen Folgen.

Um in dieser Situation die Machtfrage stellen zu können, müßte die PPP, gestützt auf ihre linken Kader, eine völlig andere Partei werden.

Die jüngsten Bemühungen Benazir Bhuttos, der Partei durch die Absetzung einiger alter Turbane der Parteihierarchie ein neues Gesicht zu geben, wurde von rechten Flügelleuten um Ghulam Mustafa Jatoi Ende August d.J. in Lahore mit der Abspaltung zur Neuen Volkspartei beantwortet. Bei geringen programmatischen Unterschieden zur PPP wird der Jatoi-Partei eine weit größere Kompromißwilligkeit gegenüber dem Zia-Regime nachgesagt.

Auch schlossen sich der von Benazir Mitte August d.J. ausgerufenen nationalen Kampagne nicht alle Teile des Bündnisses MRD an. Daß innerhalb einer Woche 25-40 Opponenten bei Straßenschlachten getötet wurden und zahlreiche MRD-Führer inhaftiert wurden,¹⁴ dürfte den nicht ganz so hohen Mobilisierungsgrad der Protestbewegung erklären.

Umgekehrt hat die überharte Gegenreaktion der Regierung Junejo deren demokratische Fassade stark entblättert. Und eine Radikalisierung der Volksbewegung könnte Benazir dahin drängen, sich künftig stärker auf Verbündete zur Linken zu stützen.

Anmerkungen:

- 1) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 19.7.1986
- 2) Pakistan – Toing the Washington Line, in: International Affairs (IA), Nr. 2/1986
- 3) FEER, 19.7.1986
- 4) Rebellion of 1983, in: Pakistan Progressive (PP), Oshkosh/Wisconsin (USA) 1984, Jg. 6, Nr.1
Sindhi Awami Tehreek, in: Pakistan Democratic Forum (PDF), Political Analysis Series, New York, Nr. 1, September 1983
- 5) G. Kleinen, Bhutto in der Sackgasse, Dritte Welt Magazin (3WM), Bonn, Nr. 5/1977
R. Dhunjibhoy, Pakistan: Landreform und was von ihr zu halten ist, in: 3WM, Juni-September 1975
- 6) G. Kleinen, in: 3WM, Nr. 5/1977
- 7) Siehe Anmerkung 4
- 8) IA, Nr. 2/1986
- 9) International Herald Tribune (IHT), Paris, 12./13.7.1986
- 10) Mutuil Abidi, Warum Bhutto sterben mußte, in: 3WM, Nr. 4/1979
- 11) A. Dastarc/R. Lersen, Der Kampf gegen die verlorene Autonomie Balutschistans, in: 3WM, Nr. 11-12/1976
- 12) Siehe: Anmerkung 4
Feroz Ahmed, Sind: National and Democratic Struggle, in: PDF, April 1984
Le Monde, Paris, 25.3.1986
- 13) Neue Zeit, Moskau, Nr. 4/1986
- 14) Schätzungen nach: Time, New York, 1.9.1986 und FEER, 28.8.1986



Friedenskampagne '86

Großdemonstration
am 11. Okt.
in Hasselbach/Hunsrück

**FÜR EINE NEUE POLITIK
ABRÜSTEN JETZT!**

Frieden braucht Bewegung

Wir brauchen Abrüstung. Die Bundesrepublik muß dafür eigene konkrete Schritte unternehmen. Parteien und Politiker haben Abrüstung bisher noch nicht zuwege gebracht. Deshalb müssen Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv werden:

- Unterschreibt die Friedenserklärung!
- Kommt zur großen Friedensdemonstration am 11.10. in Hasselbach/Hunsrück!
- Unterstützt die Friedensbewegung mit einer Spende!
- Mischt Euch in den Wahlkampf ein und fordert von den Parteien konkrete Aussagen!

Die Unterschriftenlisten (Höhe DIN A 1) und weiteres Informationsmaterial gibt es beim Koordinierungsbüro der Friedensbewegung, Bornheimer Str.20, 5300 Bonn 1, Tel. 0228 / 69 29 04. Bestellschein anfordern!

Seit im Februar d.J. iranische Truppen das Schatt Al-Arab, den Mündungsfluß von Euphrat und Tigris, überquerten, herrscht in Kuwait Alarmstimmung. Nachts hört man in dem kleinen Ölscheichtum zuweilen den Kanonendonner der nur noch 50 km entfernten Front. Unmittelbar nach der Eroberung der irakischen Halbinsel Fao begrüßte die iranische Heeresleitung Kuwait mit einem etwas zynischen Unterton als neuen Nachbarn. Seitdem wächst die Angst der Kuwaitis irgendwann einmal selber von dem Mullah-Regime überrollt zu werden. Mit dem Hinweis auf den sich nähernden Krieg Iran-Irak löste das kuweitische Staatsoberhaupt Scheich Jaber Al-Khalifah Al-Sabah am 3. Juli d.J. das einzige Parlament in einer der Golfmonarchien auf, setzte Teile der Verfassung außer Kraft und schränkte die Pressefreiheit erheblich ein. Das zuvor, am 1. Juli, aufgelöste Kabinett wurde am 12. Juli neu installiert – unter Ausschluß lediglich eines Regierungsmitglieds, des Erziehungsministers Hassan al-Ibrahim, der als Protegé der Nationalisten und Feind der Fundamentalisten galt.

Ivesa Lübben-Pistofidis Balanceakt Al-Sabahs

Kuweits außenpolitische Beziehungen zu seinen drei großen Nachbarn Iran, Irak und Saudi Arabien, von denen keiner die Unabhängigkeit des kleinen Golflandes wirklich respektiert, gleicht einem ständigen Balanceakt. Durch den vor der Haustür tobenden Golfkrieg und durch die exponierte strategische Lage Kuweits wird er noch verkompliziert. Teheran hatte nach der Machtübernahme der Mullahs gehofft, in der schiitischen Gemeinde Kuwait – ca. 1/3 der Kuwaitis bekennen sich zur schiitischen Glaubensrichtung des Islam – einen willfährigen Helfershelfer bei der Weiterverbreitung der „islamischen Revolution“ zu finden.

Konfliktstoff mit Iran, Irak...

Aber die kuweitischen Schiiten, denen es wirtschaftlich sehr viel besser geht als ihren iranischen Glaubensbrüdern und denen ein weit gefächertes Netz an kostenlosen sozialen Dienstleistungen zur Verfügung steht, sind dem islamischen Fundamentalismus iranischer Prägung wenig zugeneigt. Stattdessen wurde Kuwait zum Schauplatz einer ganzen Serie von Terroranschlägen, die Beobachter der irakischen Dawaa-Partei, einer von Teheran unterstützten schiitischen Untergrundorganisation zuschreiben.

Sowohl das Khomeini-Regime als auch die irakische schiitische Opposition werfen dem kuweitischen Herrscherhaus die einseitige Unterstützung Bagdads im iranisch-irakischen Krieg vor. Tatsächlich wickelt der Irak einen Großteil seines Nachschubs über die kuweitischen Häfen ab. Und seit Kriegsbeginn erhielt



Kuweits Emir Jaber Al-Sabah blickt skeptisch, seit iranische Truppen (u. beim Passieren irakischer Kanäle) sich in Fao, d. h. in Reichweite Bubiyan, festsetzen



das Regime in Bagdad Hilfsgelder im Umfang von 10 Mrd Dollar aus Kuwait. Allerdings sollte man daraus nicht auf ein ungetrübtes Verhältnis der Kuwaitis zu ihrem großen Nachbarn im Norden schließen. Das Motiv für die großzügigen Hilfszahlungen an den Irak liegt in der Furcht vor der iranischen Theokratie und vor deren Absicht, die islamische Revolution in den ganzen Golf zu exportieren.

tieren.

Auf der anderen Seite sieht sich Kuwait ebenso mit irakischen Hegemonialbestrebungen konfrontiert. In den Augen des Hussein-Regimes ist Kuwait nämlich noch immer wie in den Zeiten des osmanischen Reiches Teil der irakischen Südprovinz Bosrah.

Die Irakis weigern sich bis heute, in Verhandlungen mit Kuwait die Grenzen zwischen beiden Ländern genau zu definieren. Vor allem auf die beiden Inseln Bubiyan und Warbeh, von denen aus sich die Zufahrt in den irakischen Kriegshafen Umm-Qasr kontrollieren läßt, hat der Irak ein Auge geworfen.

Auch das Verhältnis zwischen Kuwait und Saudi Arabien ist nicht unproblematisch. Das wird besonders deutlich an den Auseinandersetzungen im Golf-Kooperationsrat (GCC).

Der GCC wurde im Februar 1981 von sechs Golfländern – Saudi Arabien, Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrein, Katar und Kuwait – mit dem Ziel der Harmonisierung der Wirtschaftsentwicklung sowie der „Abwendung innerer und äußerer Gefahren“ gegründet.

...und im Golfrat

Nach dem Sturz des Schah-Regimes (1979) sahen sich die arabischen Golfmonarchien veranlaßt, „die Flucht nach vorn anzutreten und durch die Schaffung eines multinationalen und integrativen Organs den sozialökonomischen Widersprüchen ihre Brisanz zu nehmen

und der Bedrohung ihrer inneren und äußeren Sicherheit wenn möglich kollektiv entgegenzutreten“.¹ Wie das allerdings zu erreichen ist, darüber gehen die Ansichten auch innerhalb des GCC weit auseinander.

Saudi Arabien will den GCC in ein eng mit den USA verbündetes Militär- und Sicherheitsbündnis verwandeln. Die Saudis sehen in der gemeinsamen Golftrup-

pe, die unter dem Namen „Peninsula Shield“ seit Oktober 1985 im Nordosten Saudi Arabiens stationiert ist, ein arabisches Pendant zur US-amerikanischen Schnellen Eingreiftruppe (RDF).

Mögliche Einsätze dieser Schnellen Eingreiftruppe der Golfstaaten sollen eng mit dem US-Zentralkommando, dem amerikanischen Oberkommando der RDF für Südwestasien, abgestimmt werden.

Damit würde die Golfeinsatztruppe zu einem faktischen Vorposten der USA in der Region werden. Genauso sieht es auch George Crist, der Oberkommandierende des Zentralkommandos. „Die Golfländer haben mit dem Aufbau einer Truppe begonnen, die in der Lage ist, einen Vorstoß in Richtung Kuwait abzublocken. Es mag hypothetisch klingen, aber ich gehe davon aus, daß wir einer solchen Truppe in Situationen, die sie nicht mehr meistern kann, gerne beistehen würden.“²

Kuwait ist im Gegensatz zu den anderen Golfmonarchien das einzige Land, das bislang nicht bereit war, sich bedingungslos den Hegemonialbestrebungen Washingtons zu unterwerfen und das traditionell gute Beziehungen zur Sowjetunion unterhält. Zum Verdruß der USA bezog es sowjetische Flugabwehrraketen im Wert von über 300 Mio Dollar, nachdem das Weiße Haus die Lieferung von Stinger-Raketen verweigert hatte.

Kuwait hat immer wieder vor den Gefahren einer US-Intervention als Folge der Ausweitung des Krieges Iran-Irak gewarnt. Es hat trotz seiner Unterstützung des Irak mehrfach an Vermittlungsmissionen zwischen den beiden Kriegsgegnern teilgenommen.

Im Gegensatz zu Saudi Arabien sehen die Kuwaitis in der gemeinsamen Verteidigungstruppe eher ein Instrument, mit dem einer US-Intervention zuvorzukommen sei, denn ein Heilswerkzeug des Pentagoninterventionismus.

Der Grund für die im Verhältnis zu den anderen Golfländern ausgewogenere Position Kuweits ist ein relativ demokra-



Nationalprogressiver Parlamentarier A. Al-Khatib

tisches politisches Klima, eine freie Presse und ein Mindestmaß bürgerlich-demokratischer Rechte.

Kuwait hat als einzige der Golfmonarchien ein Parlament – allerdings nur mit beratender Funktion. Aber immerhin war es so der fortschrittlichen Opposition im Lande möglich, sich zu artikulieren und – wenn auch in begrenztem Maße – auf die Regierung Druck auszuüben.

Besonders die Parlamentswahlen im Februar 1985 schienen durch den Einzug Ahmad Al-Khatibs und drei seiner Gefolgsleute in die kuweitische Volksvertretung ein neues Kapitel kuweitischer Parlamentsgeschichte zu eröffnen. Ahmad Al-Khatib war in den 50er Jahren gemeinsam mit George Habbasch einer der Begründer der Arabischen Nationalbewegung, aus der später Organisationen wie die Volksfront zur Befreiung Palästinas, die südjemenitische Sozialistische Partei, die omanische PFLO und andere Linksparteien, vor allem auf der Arabischen Halbinsel hervorgingen.

Auch wenn nur 56.848 Kuwaitis bei einer Gesamtbevölkerung von 1,7 Mio wahlberechtigt waren (Männer über 21,

die nachweisen können, daß ihre Familie schon vor 1920 in Kuwait ansässig war³), spiegelt dieses Wahlergebnis doch das politische Klima in Kuwait wider. So kommentierte die Zeitschrift *Africa Asia*: „Der Einzug der Nationalisten sowie eine gemäßigte Repräsentation innerhalb des religiösen Lagers können zu einer Änderung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse führen – dahingehend, daß es unmöglich sein wird, die Stimme der nationalen Opposition und ihre Forderung nach Reform zu überhören.“⁴

Gerade die Tatsache, daß sowohl sunnitische wie auch schiitische Fundamentalisten bei den letzten Wahlen erhebliche Einbußen haben einstecken müssen, macht die von der El-Sabah-Familie bei der Parlamentsauflösung vorgeschobenen Angst vor dem sich ausbreitenden Fundamentalismus zur Farce.

Die Entscheidung der Kuwaitis, nach einer Serie von Terroranschlägen, gegen den islamischen Fundamentalismus zeugt von deren relativ weit entwickeltem demokratischem und nationalem Bewußtsein und machte das Parlament eher zu einem Moment der Stabilität.

Aber es geht um etwas anderes. Der jetzt erfolgte Schritt zum Abbau demokratischer Rechte macht den Weg frei für eine engere Anlehnung Kuweits an die saudische Monarchie.

Infizierungsängste der Saudis

Schon einmal, im Jahr 1976, hatte die kuweitische Herrscherfamilie ihr „demokratisches Experiment“ unterbrochen – auch damals aufgrund maßgeblichen Drucks seitens der Saudis, „denen die Freiheiten des Parlaments und der Zeitungen in Kuwait zu weit gingen – es könnte ja der Funke der Freiheit von dem kleinen Nachbarn auf das große saudische Königreich überfliegen.“⁵

Saudi Arabien macht die kuweitische Opposition zudem verantwortlich für das bisherige Scheitern eines gemeinsamen Sicherheitspaktes der GCC-Staaten. Nach den saudischen Vorschlägen soll ein solches Sicherheitsabkommen jedem der Golfstaaten weitgehende Interventionsrechte in die jeweils inneren Angelegenheiten der anderen Staaten einräumen. So hätten beispielsweise Polizei und Militär jedes Mitgliedslandes das Recht, Oppositionelle über die Landesgrenzen hinaus in die anderen Golfländer zu verfolgen.

Angesichts der Kräfteverhältnisse auf der Arabischen Halbinsel wie auch der geografischen Gegebenheiten wird das kaum bedeuten, daß die Polizei von Katar oder Bahrein tausende Kilometer weit nach Riad oder Jiddah entsandt werden wird.

Parlamentswahlen 1985: vor einem Wahllokal in Kuwait-Stadt



Ein solches Sicherheitsabkommen wäre eine Einladung an die Saudis, wo immer es ihnen beliebt, Oppositionelle zu verfolgen, zu spionieren und immer dort zu intervenieren, wo das Prinzip monarchistisch-absolutistischer Herrschaft infrage gestellt wird.⁶

Aber auch der kuwaitischen Herrscherfamilie selbst war das Parlament zunehmend ein Dorn im Auge.

Besonders nach dem Zusammenbruch der Al-Manakh-Börse⁷ 1982, der den kuwaitischen Staat über 9 Mrd Dollar an Entschädigungen gekostet haben soll, forderten die Abgeordneten härtere Maßnahmen gegen Korruption und Spekulationsgeschäfte. Abgeordnete des neuen Parlaments machten sich denn auch unmittelbar nach den Wahlen daran, den Finanzskandal erneut zu durchleuchten.

Sie machten Profiteure dieses Riesenspekulationsspektakels u.a. auch in der Herrscherfamilie selber aus. Im Mai 1985 zwang der Druck der Opposition den Justizminister, einen engen Verwandten des Emirs, zum Rücktritt.

Der Nächste auf der Abschußliste sollte Öl- und Industrieminister Ali Al-Khalifeh Al-Sabah sein, der während der Manakhkrise zusätzlich das Finanzres-

3 Jahre später gab die US-Regierung dem Druck der zionistischen Lobby in den USA nach und verweigerte der Gesellschaft zuvor zugesagte Bohrrechte in Texas.

Aber beim Streit um „Santa Fe“ geht es um die kuwaitische Wirtschaftspolitik insgesamt. Kuwait hat, wie auch die meisten anderen Ölmonarchien, den Großteil der Überschüsse aus dem Ölgeschäft in den kapitalistischen Industrieländern wieder angelegt. Es trug durch dieses Recycling einerseits zur wirtschaftlichen Stärkung der kapitalistischen Welt bei. Und es wurde andererseits selbst immer abhängiger vom internationalen Finanzkapital.

Schrumpfung der Ölmilliarden

Kuwait hat heute Kapitalanlagen in den USA, in der Bundesrepublik (15% der Mercedes-Aktien etwa), in Italien, in Skandinavien und den Benelux-Ländern. Es ist heute mit 80 Mrd Dollar Auslandsguthaben nach Saudi Arabien (110 Mrd Dollar) zweitgrößtes Gläubigerland der Welt.

Die Opposition kritisiert die zunehmende Integration in das internationale Monopol- und Finanzkapital und die Gefahr der Untergrabung nationaler wirtschaftlicher Unabhängigkeit durch diese Investitionspolitik.

Stattdessen fordert sie die Verwendung der Ölmilliarden für die Diversifizierung der heimischen Wirtschaft, was dringend geboten ist. Kuwait ist immer noch völlig abhängig von den Ölexporten, während der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt bei nur 4% liegt. Selbst Lebensmittel müssen zu 94% importiert werden.

Zwar befinden sich in Kuwait 13% aller bekannten Welterdölreserven (soviel, daß es bei dem gegenwärtigen Förderniveau noch 250 Jahre von dem schwarzen Gold leben kann), zwar gehört Kuwait mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 12.000 Dollar noch immer zu den reichsten Ländern der Welt, aber auch an Kuwait ist die Ölkrise nicht völlig vorübergegangen.

Die Haushaltsausgaben für das laufende Haushaltsjahr mußten zunächst um 15%, dann noch einmal um 10% gekürzt werden. 1985 könnte das Land 27% weniger als im Vorjahr importieren. Ehrgeizige Investitionsvorhaben mußten aufgegeben werden. Darunter hat besonders die nationale Bauindustrie zu leiden, die im letzten Jahr Produktionseinbußen von mehr als 50% einstecken mußte.

Soziale Spannungen sind dadurch vorprogrammiert. Sie werden sich nicht durch das Kaltstellen der Opposition aus der Welt schaffen lassen, sondern nur durch eine gerechtere Verteilung des

Reichtums und eine nationale Wirtschaftspolitik, die die Abhängigkeit des Landes von den Öleinnahmen verringert und sich den Aufbau einer nationalen Grundstoff- und Lebensmittelindustrie zum Ziel setzt.

Anmerkungen:

- 1) G. Barthel, Der Golfkooperationsrat und die kapitalistische Entwicklung seiner Mitgliedsstaaten, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin/DDR, Nr. 6/1985, S. 1019-1025, hier S. 1020
- 2) U.S. News & World Report, Washington, 21.4.1986
- 3) Das kuwaitische Parlament zählt 50 Abgeordnete, von denen 28 die Stämme repräsentieren.
- 4) AfricAsia, 16.4.1985
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.2.1985
- 6) Bis auf Kuwait haben inzwischen alle anderen Mitgliedsländer des GCC entsprechende bilaterale Sicherheitsabkommen mit Saudi Arabien abgeschlossen.
- 7) Die Al-Manakh-Börse war ein privater Aktienmarkt, der auf nichtkuwaitische Gesellschaften in den anderen Golfländern spezialisiert war. Al-Manakh brach über Nacht zusammen und 245 Personen mußten den Bankrott anmelden, als einer der Investoren ausbezahlt werden wollte. Das führte zum Zusammenbruch einer ganzen Pyramide vordatierter Schecks, die zumeist in Papierfirmen investiert waren.



sort innehatte. Er ist ebenfalls Mitglied der königlichen Familie.

„Die radikalen Mitglieder des Parlaments“ – so der Middle East Report 1986 – „kritisieren hart Scheich Alis Ölpolitik, die darauf abzielt, die Kuwait Petroleum Company (die staatliche kuwaitische Ölgesellschaft; d. Red.) in einen integralen Ölmulti zu verwandeln... Besonders stellen sie den Kauf von 'Santa Fe' infrage, da dieses Geschäft einerseits ökonomisch ungerechtfertigt sei, andererseits Kuwait stärker US-amerikanischem Druck aussetzen würde.“

Das US-Unternehmen Santa Fe ist die größte Bohrgesellschaft der Welt. 1981 wurde sie von Kuwait aufgekauft.

AIB-Sonderheft

AIB

Sonderheft 3/86 2 DM

IRAN-IRAK
Krieg ohne Ende?

AIB-Sonderheft 3/1986

Krieg Iran – Irak

- Bilanz nach 7 Jahren Krieg
- Die imperialistischen Interessen
- Innenpolitik und Widerstand
- Die kurdische Nationalbewegung

Umfang: 28 Seiten; Preis: 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

Katja Maurer

Vor „philippinischer“ Lösung?



Begräbnis von Rodrigo Rojas, der von Soldaten verbrannt wurde; die Polizei geht gegen Trauernde vor

Am 7. September d.J. entkam Diktator Pinochet nur knapp einem Anschlag, als 12 bewaffnete Personen seine Fahrzeugkolonne beschossen. Er nahm dieses Attentat zum Anlaß, den Belagerungszustand über das ganze Land zu verhängen.

Der Grund für die Außerkraftsetzung der letzten elementaren Rechte der Chilenen liegt vor allem im Stärkezuwachs der Opposition. Zwar wurde ein Generalstreik am 4. September d.J. nur mäßig befolgt, weil die bürgerlichen Parteien ihm die Zustimmung versagten. Dennoch zeigte der vorausgegangene zweitägige Ausstand vom 2./3. Juli d.J., der von allen oppositionellen Kräften unterstützt wurde, die Schlagkraft der Gegner Pinochets, sofern sie einheitlich handeln. Die Ereignisse, die zur erneuten Verschärfung der Repression des Regimes führten, zeichnet Katja Maurer nach.

Im ersten Augenblick hielten es die Passanten für einen gelungenen Werbetrick, als es auf der zentralen Einkaufsstraße in Santiago bunte Bälle regnete. Die Plastikbälle waren mit der Aufschrift versehen: „Trete gegen...“. Daneben prangte ein karrierter Kopf irgendeines Junta-Mitglieds.

In wenigen Minuten verwandelte sich der Paseo Ahumado in ein Fußballfeld. Wer wollte schon die Gelegenheit verpassen, Pinochet, wenigstens auf diesem Weg eins überzugeben. Noch ehe die Polizei eingreifen konnte flogen Papierdrachen aus den Fenstern der umliegenden Häuser, die den Generalstreik vom 2. und 3. Juli d.J. ankündigten, forderten Sprechchöre ein Ende der Diktatur.

Der Generalstreik war ein Zeichen für die Stärke und die Schwäche der chilenischen Opposition zugleich.

Aufgerufen hatte dazu die Asamblea de la Civilidad, die Bürgerversammlung, das bisher breiteste Einheitsgremium der oppositionellen sozialen Organisationen. Hier reicht der Konsens von der Mapuche-Organisation Ad-Mapu, der Gewerk-

schaftszentrale Nacionales Kommando der Werktätigen (CNT) und deren wenig einflußreicher Konkurrenzorganisation Demokratische Union der Werktätigen (UDT), die vom US-amerikanischen AFL-CIO gefördert wird, bis hin zu den verschiedensten Berufsverbänden, darunter Ärzte, Akademiker und Fuhrunternehmer.

Die Asamblea repräsentiert nicht nur eine neue Qualität der Einheit – immerhin vereinigt sie Organisationen, die sich vor dem Putsch bis aufs Messer bekriegten. Sie hat bisher die Hoffnungen, die mit ihrer Gründung verbunden waren, im Gegensatz zu den dahinsiechenden bürgerlichen Oppositionsbündnissen auch tatsächlich bestätigt.

Auf ihrer Gründungsversammlung im April d.J. hatte sie die Demanda de Chile, den chilenischen Forderungskatalog, verabschiedet, der die Rückkehr zur Demokratie zum Inhalt hat. Abgesprochen war, die Forderungen der Diktatur zu übergeben, und wenn keine Reaktion erfolgen sollte, den Generalstreik auszurufen.

An diese Abmachung hat man sich gehalten, das hat die Glaubwürdigkeit dieses politisch alle Kräfte der Opposition vereinigenden Bündnisses beträchtlich erhöht.

Der Generalstreik selbst wurde zur bisher machtvollsten Protestkundgebung der Chilenen. Er war der vorläufige Höhepunkt einer Vielzahl kleiner und größerer Protestaktionen, die selbst im chilenischen Sommer, der bisher immer für eine Pause in der Aktionstätigkeit der Opposition gesorgt hatte, die Diktatur beständig in Atem hielten.

Neben den Einwohnern der Elendsviertel (pobladores) waren es vor allen Dingen die Frauen- und Studentenorganisationen, die sich durch ein Höchstmaß an Einheit und deshalb durch besondere Schlagkraft auszeichnen, sowie die Ärzte und Akademiker, die durch Widerstandsaktionen in der ersten Jahreshälfte von sich reden machten. Der Erfolg des Generalstreiks ist vorwiegend hierin begründet.

Der Streik lief, weil er außerordentliche Unterstützung unter den Mittelschichten erhielt. Die Fuhrunternehmer beispielsweise beteiligten sich massiv. Der öffentliche Transport war nicht nur in Santiago, sondern im ganzen Land an beiden Streiktagen weitgehend lahmgelegt. Machtvolle Aktionen fanden gleichzeitig an den Universitäten und in den Poblaciones statt. Die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR) verübte in beiden Tagen insgesamt 75 Sprengstoffanschläge (zur FPMR siehe: AIB 10/1984). Und die Mapuche-Indianer führten seit langen Jahren erstmals wieder große Landbesetzungen durch und verteidigten sie in einem harten Kampf mehrere Tage lang gegen Polizei und Militär.

Es kam auch zu Arbeitsniederlegungen in den Betrieben. Die Organisatoren sprachen von 50% Beteiligung für Santiago. In den Schlüsselindustrien, dem Kupferbergbau im Norden und der Erdölförderung im Süden fanden Protestversammlungen statt, die allerdings schnell vom Militär unterdrückt wurden. Die Kupferminen waren in diesen Tagen militärisch belagert.

Die Organisatoren hatten schon vorher mit einem solchen Ergebnis gerechnet. Die Repression der Militärs und der

Druck der Arbeitslosigkeit machen Gewerkschaftsarbeit zu einer der schwierigsten Aufgaben in Chile. Eben darin liegt noch immer einer der entscheidenden Schwächen der chilenischen Opposition (siehe Interview mit A. Martinez in: AIB 8-9/1986).

Trotz dieser Probleme bleibt die chilenische Opposition bei der Feststellung, daß das Jahr 1986 ein entscheidendes, wenn nicht das entscheidende Jahr sei. Maßstab dafür ist nicht nur der bisher höchste Grad an Massenmobilisierung. Die gegenwärtige politische Situation ist wohl am zutreffendsten mit Anarchie und zeitweiligem Machtvakuum zu charakterisieren. Dazu tragen die verschiedensten Protestaktionen und die zunehmenden Attentate der bewaffneten Gruppen bei.

Deutlicher als je zuvor treten deshalb die Widersprüche in den Reihen der herrschenden Kreise zutage. So hat die Nationalpartei, die Pinochet seit dem Putsch die Stange hielt, nach dem Generalstreik den Christdemokraten eine Übereinkunft vorgeschlagen, um nach 1989 die Militärdiktatur durch eine demokratische Regierung abzulösen.

Nicht nur innerhalb der Armee, sondern selbst innerhalb der Junta artikulieren sich Widerstände gegen die Politik von Pinochet immer offener. Als der Diktator am 11. Juli d.J. ankündigte, er wolle auch nach 1989, wenn laut Verfassung die Diktatur einen Kandidaten für weitere 8 Jahre Präsidentschaft zur Abstimmung stellt, im Amt bleiben, widersprachen ihm die drei anderen Juntamitglieder mehr oder weniger deutlich.

Anscheinend ist man auch in der Militärspitze überzeugt, daß die Diktatur nicht mehr von langer Dauer sein wird. Ein

rechtzeitiges Absetzen von Pinochet könnte dazu beitragen, daß bei einer Rückkehr zur Demokratie die führenden Offiziere ungeschoren bleiben.

Zu den Widersprüchen in der Führung, trägt auch die Tatsache bei, daß die Armee als solche – und nicht nur der Geheimdienst und die Carabineros – in letzter Zeit unter verstärktem Beschuß geraten ist. Dies gilt vor allem, seit am 2. Juli d.J. Soldaten den Studenten Rodrigo Rojas und seine Begleiterin Carmen Quintana mit Benzin übergossen und anzündeten. Rojas erlag wenige Tage später seinen Verletzungen. Seitdem reißen die Forderungen aus dem In- und Ausland, die Verantwortlichen zu bestrafen, nicht mehr ab.

Symptomatisch für den eingengten Spielraum des Regimes ist auch die Tatsache, daß Mitte August d.J. ein Richter in Santiago Haftbefehl gegen 40 Personen (in der Mehrheit Offiziere) erließ, denen vorgeworfen wird, am Verschwindenlassen von 10 Kommunisten in den Jahren 1975-76 beteiligt zu sein.

Armee unter Beschuß

Ein Versuch der Diktatur ihre Existenz zu legitimieren und die Armee bei der Stange zu halten, ging Anfang August d.J. gründlich daneben.

Innerhalb von 10 Tagen sollen sechs Waffenlager der FPMR mit tausend Gewehren und Tonnen Dynamit gefunden worden sein. Sie seien von sowjetischen Fischerbooten nach Chile gebracht worden, ließ die Diktatur verlauten.

Doch nicht nur die US-Regierung, die weltweit den Kampf gegen den sowjetisch geförderten „Terrorismus“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, ließ diese Behauptung kalt. Nach einer Umfrage glauben nur 2 von 10 Chilenen an die Existenz der Waffenlager. Journalisten, die berichteten, daß an den Fundorten Hubschrauber und Lastwagen der Streitkräfte beobachtet worden seien, aus denen man große Kisten ausgeladen habe, wurden kurzerhand verhaftet.

Besonders schmerzhaft für die Diktatur und die Streitkräfte war schließlich, daß die FPMR am 18. August d.J. erstmals einen Militärangehörigen entführte. Trotz eines Aufgebots von 8.000 Soldaten, Polizisten und Geheimdienstleuten konnte das Versteck der Entführer nicht ausgemacht werden. Der Oberst Mario Haerberle wurde nach 3 Tagen unbehelligt wieder freigelassen.

Die Lage der Diktatur verschlechtert sich zudem durch ihre wachsende außenpolitische Isolierung.

Erstmals in der 13jährigen Geschichte des Pinochet-Regimes stimmten die USA im März d.J. in der Menschenrechtskommission der UNO gegen Pinochet. Sie



11. September: Glückwunsch zum Jahrestag

lösten ihren alten Botschafter und Pinochet-Freund Theberger ab.

Der neue US-Vertreter, Harry Barnes, der im November 1985 sein Amt antrat, erweist sich dagegen als geschickter Lavierer zwischen den Fronten. Er verfügt sowohl über Einfluß bei den Christdemokraten als auch in der Umgebung von Pinochet.

Anscheinend hat sich in Washington die Erkenntnis durchgesetzt, daß Pinochet bis 1989 nicht mehr zu halten ist, und daß alles daran gesetzt werden muß, eine reibungslose Machtübergabe an bürgerlich-demokratische Kräfte in die Wege zu leiten, bei der die Armee unangetastet bleibt. Dabei gilt es zuallererst die Christdemokraten davon abzuhalten, auf eine verstärkte Massenmobilisierung zu setzen und sich mit der Linken, vor allem den Kommunisten, zu verbünden.

Gleichzeitig muß schnell gehandelt werden, weil die Politik der Massenmobilisierung, wie sie von den Linken betrieben wird, immer mehr Anhänger findet. Um Christdemokraten schließlich von der Alternative eines Machtwechsels durch den Druck der USA zu überzeugen, verstärkt Washington seine symbolische Opposition gegen Pinochet.

Der Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten Elliott Abrams machte deutlich, wo es langgehen soll: „Die Taktiken die bereits in Haiti und den Philippinen Erfolg hatten, müssen ebenfalls in Chile gelingen, um diesem Land zu helfen in Richtung Demokratie voranzukommen.“

Am 30. Juli d.J. drohte Abrams der Diktatur gar, daß die USA gegen Kredite für die Diktatur in Höhe von insgesamt 550 Mio Dollar beim Internationalen Währungsfonds und der Interamerikanischen Entwicklungsbank stimmen würden. Botschafter Barnes schließlich beteiligte sich zusammen mit anderen Diplomaten (mit Ausnahme des bundesdeutschen Vertreters) demonstrativ an der Beerdigung von Rodrigo Rojas.

Zwar ist es ihm bisher gelungen die Christdemokraten von einem Bündnis mit der Linken abzuhalten, aber bei Pinochet hat er nur erreicht, daß er seine Ankündigung auch nach 1989 weiterregieren zu wollen, zurücknahm.



Jeglicher Protest wird sofort gewaltsam erstickt

Auch der Chef des US-Kommandos Süd mit Sitz in der Panamakanalzone, General John R. Galvin, der Anfang August d.J. Pinochet und die Militärspitze aufforderte, die Parteien zu legalisieren, ein Wählerregister zu erstellen und mit der Opposition zu verhandeln, mußte unverrichteter Dinge abreisen.

Laut einem Dokument über Geheimgespräche, die er mit chilenischen Offizieren führte, das die FPMR dem entführten Obersten Haerberle abgenommen hatte, hat er vorgeschlagen, Pinochet solle bis Oktober „in allen Ehren“ das Präsidentenamt aufgeben. Unter strategischen Gesichtspunkten sei er mit dem Plan der Ausschaltung des Kommunismus gescheitert, die KP Chiles gewinne „zunehmende Macht“. Die US-Streitkräfte seien übrigens darauf vorbereitet zu intervenieren, um eine befreundete Regierung sicherzustellen.

Schützenhilfe erhielten die USA nicht nur durch die EG, die Pinochet aufforderte, die Wiederherstellung der Demokratie zu beschleunigen und in einen Dialog mit der Opposition einzutreten, sondern auch durch die internationale Christdemokratie. So weilte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler Ende Juli d.J. in Chile, um den dortigen Christdemokraten Unterstützung zuzusichern und vom Regime die Rückkehr zur Demokratie zu verlangen. Seine Bauch-

schmerzen mit Pinochet rühren jedoch nicht von der Diktatur an sich her, sondern von der Tatsache, daß sie die Kommunisten fördere. Er behauptete gar, Pinochet und die Kommunisten steckten unter einer Decke.

Jedoch schien man bis zu diesem Zeitpunkt in der bundesdeutschen Botschaft noch nicht – wie bei der CDU – den Schwenk von der Unterstützung zur Opposition gegen Pinochet mitvollzogen zu haben. So forderte Geißler von Außenminister Genscher, daß die Botschaft aktiver mit der „demokratischen“ Opposition zusammenarbeiten müsse, und tadelte den scheidenden Militärattaché Hans-Joachim Müller-Borchert.

Sorgen um die Christdemokratie

Dieser hatte anlässlich einer Ordensverleihung durch den General der Carabineros nicht nur lobende Worte für diese Foltertruppe gefunden, sondern jene kritisiert, die mit lauter Stimme die „sogenannte 'Gewalt des Staates'“, aber nicht die „Blutbäder des Terrorismus“ verurteilen würden.

Mittlerweile hat das Auswärtige Amt Horst Kullak-Ublick zum neuen Botschafter berufen, einen Mann, der die Schuld für Gewalt und Terror in Chile bei der Opposition sieht.

Geißler ging es bei seinem heftigen Auftreten in Chile nicht nur darum Wahlkampf zu machen und – wie die USA – durch eine Stellungnahme gegen Menschenrechtsverletzungen in Chile, die aggressive Politik gegen Nikaragua zu legitimieren.

Hinzu kommt auch die Sorge um die chilenische Christdemokratie. Sie ist eine der stärksten und traditionsreichsten christdemokratischen Parteien Lateinamerikas. Ihre weitere Entwicklung hat Bedeutung für den Subkontinent.

Wenn es nicht bald zu einer „philippinischen Lösung“ kommt, dann wird auch ihr nichts anderes übrigbleiben, als endgültig auf Massenmobilisierung zu setzen und sich notgedrungen auf ein offizielles Bündnis mit der Linken in Gestalt der Demokratischen Volksbewegung (MDP) einzulassen. Die Gründung der Asamblea war ja schon ein erster Schritt in diese Richtung. Ein solches Bündnis aber möchten Geißler und seine Washingtoner Freunde unter allen Umständen verhindern.

Für Ende des Jahres hat die Bürgerversammlung die Durchführung eines unbefristeten Generalstreiks angekündigt. Das setzt auch die Christdemokratie unter Druck. Sie wird sich entscheiden müssen. Ein heißer Herbst steht Chile auf jeden Fall ins Haus.



Montags wieder dabei

Es war ein schwerer Entschluß für die DKP, aus wirtschaftlichen Gründen die Montagsausgabe der **UZ** einzustellen.

Um so stolzer ist die Partei jetzt darauf, in gemeinsamer Anstrengung die Montagsausgabe, den „Roten Montag“ wieder ermöglicht zu haben.

Ab 1. Oktober 1986 finden die Abonnenten ihre **UZ** montags wieder im Briefkasten. Wer noch nicht abonniert hat, sollte es jetzt tun.

UZ-Leser wissen mehr. Auch montags.



Die **UZ** können Sie probelesen. 14 Tage kostenlos und unverbindlich. 021 01/59 03 21, Kollege Duisberg. Oder schicken Sie uns diesen Coupon.

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in

Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

10

Freiheit für Nelson Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

.....
(Ort und Datum)

.....
(Unterschrift)

.....
Solidaritätsshop Dritte Welt
Produktions · Verlags · Vertriebs GmbH



Gegen die US- Intervention

**Regelmäßig Kaffee aus Nicaragua trinken —
ein einfacher Weg der praktischen Solidarität!**

Das nicaraguanische Volk befreite sich von dem US-hörigen Somoza-Regime. Die Einkünfte aus der eigenen Arbeit fließen nicht mehr in die Kassen von Großgrundbesitzern und Konzernen. Sie kommen jetzt dem Volk selbst zugute, dienen dem Aufbau des Landes. Dabei spielt der Kaffee eine zentrale Rolle — und unsere Solidarität.

Unsere Idee: Nicaragua-Kaffee im Soli-Abonnement. Regelmäßig und pünktlich — direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen — und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig. Einfach bestellen (3/6/9/... Pfund) beim Solishop, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90 (Tel.: 069/778863).

VERTRAUENSGARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Kaffee-abo

Absender:

Neuer Preis: 45,- DM

Ich bestelle hiermit ein Solidaritätsabonnement Nicaragua-Kaffee. Es sollen regelmäßig monatlich ab Bestelldatum 3 Pfund zum Preis von DM 50,- incl. Versandkosten an die o.g. Anschrift geliefert werden. Dieser Preis ist für mindestens 2 Monate ab Bestellung garantiert. Rücktritt von dieser Bestellung ist jederzeit innerhalb einer Frist von 2 Monaten möglich. Die Zahlung erfolgt per Überweisung/Scheck/Lastschrift.

Ort/Datum

Unterschrift

VERTRAUENS GARANTIE: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche gegenüber der Solishop 3. Welt GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, in schriftlicher Form zu widerrufen. Mir ist bekannt, daß zur Wahrung der Frist die rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Ort/Datum

Unterschrift

POSTKARTE

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

Absender:

An
**Solidaritätsshop
Dritte Welt**
Hamburger Allee 52

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**

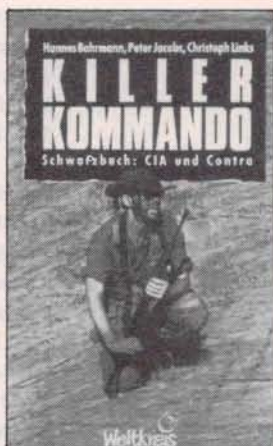
70 Pf

H. Bahrmann, P. Jacobs, C. Links

KILLERKOMMANDO

Schwarzbuch: CIA und Contra

Die Autoren stellen am Beispiel Nicaraguas die Frage nach Strukturen, Operationsweisen und Finanzierung der Konterrevolution. Sie berichten, wo ihre Kommandeure in Foltertechniken und Terrormethoden gegen das eigene Volk geschult werden. Ein Buch, das den Beweis für das internationale Zusammenspiel von CIA, Contra und politischer Reaktion liefert.



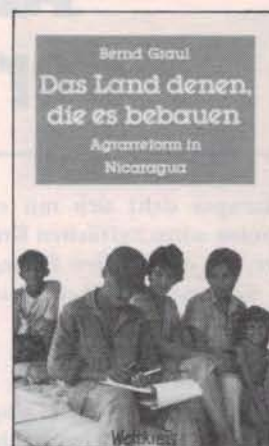
illustriert, 16,80 DM

Bernd Graul

DAS LAND DENEN, DIE ES BEBAUEN

Agrarreform in Nicaragua

Das Elend der Bauern brachte den in- und ausländischen Herren Nicaraguas reiche Ernte. Seit der sandinistischen Revolution hat sich ihr Leben grundlegend geändert.



illustriert, 14,80 DM

SACHBÜCHER



Mandela, Nelson
Der Kampf ist mein Leben
Gesammelte Reden und Schriften – mit zusätzlichen Dokumenten und Beiträgen zum Befreiungskampf in Südafrika
illustriert
18,- DM



Castro, Fidel
... wenn wir überleben wollen
16,80 DM



Jacobs, Peter
Yassir Arafat
Versuch einer Lebensbeschreibung
illustriert
12,80 DM



Che Guevara, Ernesto
Der neue Mensch
Entwürfe für das Leben in der Zukunft
12,80 DM

LITERATUR



Matthews, James
Schattentage
Roman
9,80 DM



Feid, Anatol
Chilenischer September
Roman
9,80 DM



Otero, Lisandro
Stadt im Feuer
Roman
16,80 DM



Otero, Lisandro
General zu Pferde
Roman
9,80 DM


Weltkreis

Weltkreis-Verlags-GmbH, Postfach 789, 4600 Dortmund 1

Stefan Flaig

Ausblutung der Wirtschaft

Nikaragua sieht sich mit einer zunehmenden wirtschaftlichen Krise konfrontiert, die die sozialen Errungenschaften für die armen Bevölkerungsschichten gefährdet.

Unzufriedenheit stellt sich ein bei den Campesinos auf dem Land. Die Bewohner ärmerer Stadtviertel klagen über die Rationierung der Grundnahrungsmittel und die Preissteigerung bei Basiskonsumgütern. Allerdings bleibt es bislang bei der lautstarken Artikulation ihrer aktuellen Sorgen und Nöte auf den Sitzungen der Dorf- und Stadtteilkomitees oder den „Cara al Pueblo“-Veranstaltungen, wo sich die Politiker in regelmäßigen Abständen „mit dem Gesicht zum Volk“ der Diskussion stellen.

Legitimitätsverlust blieb aus

Die Unzufriedenheit hat nicht zu einem Legitimitätsverlust der Regierung geführt, wie es die bürgerliche Opposition weismachen will und u.a. durch ihr unlängst verbotenes Sprachrohr, die Tageszeitung La Prensa erreichen wollte.

Dies hat auch die Propaganda der katholischen Kirchenhierarchie unter Führung des Kardinals Obando y Bravo zum Ziel. In seiner Hetze von der Kanzel ist der Vorwurf, die ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten seien hausgemacht, noch der harmloseste.

Sicherlich kann sich die Regierung von Fehlern in der Wirtschaftspolitik nicht freisprechen. Im Gegenteil, oft spricht sie von mangelnder Kompetenz einiger Entscheidungsträger in den staatlichen Betrieben oder der Verwaltung, die für Ineffizienz oder Produktivitätsdefizite verantwortlich sind. Doch Hauptursache für die sich verschärfenden Versorgungsengpässe in allen wirtschaftlichen Sektoren ist die imperialistische Aggressionspolitik der USA im wirtschaftlichen und militärischen Bereich.

Sie ist eingebettet in ein außenpolitisches Gesamtkonzept, das sich an den Eindämmungsansatz Trumans und Kennedys anlehnt.

Die Regierung Reagan dämmt mit ihrer Politik jedoch nicht nur ein, sondern sie

möchte Länder zurückholen, die sich ihrer Einflußsphäre entzogen haben. Im Mittelpunkt der sog. Reagan-Doktrin steht der Versuch, antiimperialistische Regierungen, wie die nikaraguanische, vornehmlich mittels US-Unterstützung und US-geleiteter Contras, durch Wirtschaftssanktionen und Geheimdienstoperationen zu entmachten.

Die Kriegführungsstrategie wird im Pentagon und beim CIA unter dem Titel „low intensity conflict“ (Konflikt auf unterer Stufe) geführt. Direkte militärische Operationen in der Dritten Welt werden wie im Falle Grenadas und Libyens bevorzugt dort durchgeführt, wo die innen- und außenpolitischen Kosten gering gehalten werden können.

Im Verlaufe dieses schmutzigen US-Krieges gegen Nicaragua mußten bis zu Anfang des Jahres 1986 über 4.000 nikaraguanische Bürger sterben.

Nach den Niederlagen im vergangenen Jahr meidet die Contra direkte Auseinandersetzungen mit der Armee. Sie konzentriert sich auf Überfälle auf grenznahe, schwer zu beschützende Bergdörfer, auf Landwirtschaftskooperativen, legt Minen und greift Personentransporte an. Mittlerweile mußte die Regie-

rung 120.000 Menschen umsiedeln, deren Sicherheit nicht mehr zu garantieren war.

Der Contraterror richtet sich gezielt gegen Menschen und Einrichtungen, die die sozialen Errungenschaften der sandinistischen Revolution symbolisieren. Lehrer und Ärzte werden entführt und ermordet, 173 Schulen und 50 Gesundheitsstationen wurden zerstört oder mußten geschlossen werden. Landwirtschaftliche Versuchsprojekte, die großen Erfolg versprachen, wie die Kakaopflanzung der Kooperative in Jacinto Baca, wurden schon mehrere Male dem Boden gleichgemacht und die Genossenschaftsmitglieder zum großen Teil getötet.

Derartige Aktionen wirken sich erheblich auf die Produktivität im Agrarsektor aus. Die Exporte verringern sich und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln leidet darunter. Allein 70% des gesamten Ertrages an Mais und Bohnen wurden in den Kriegsgebieten des Nordens angebaute. Die US-Aggression führte zum Verlust von 1/3 der in diesen Gebieten von Kleinproduzenten angebaute Kaffee- und Getreideproduktion.

Neben den Ernteverlusten bewirkt die Auflösung der Handelsinfrastruktur einen Multiplikatoreffekt des wirtschaftlichen Schadens, da Händler oder staatliche Einrichtungen, die die Ernte abnehmen, Kredite vermitteln und industrielle Produkte verkaufen, nicht mehr in den Kriegsgebieten arbeiten können.

Demzufolge entsteht für die Campesinos in den Bergen eine oft ausweglose Situation. Sie meinen ihre Existenz nur durch die Flucht in die Städte retten zu können.

In Managua wachsen in rasantem Tempo die Bretter- und Blechbuden aus dem Boden. Die Einwohnerzahl der Haupt-

Durch Contras zerstörte Tabakfarm bei Jalapa



stadt verdoppelte sich in den letzten 7 Jahren auf nunmehr 1 Mio.

Da 40% der industriellen Produktionsanlagen in Managua wegen des mit dem Handelsembargo und der Finanzblockade zusammenhängendem Ersatzteilmangels brach liegen, gibt es keine Möglichkeit, den Arbeitskräfteüberschuß aufzufangen. Den Landarbeitern bleibt keine andere Wahl, als in den informellen Sektor (meist Handels- und Dienstleistungsbereich) zu drängen, der bereits die Hälfte des Bruttozialprodukts Nikaraguas bestreitet.

Obige Schilderungen sind lediglich Teilaspekte jener wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen sich Nikaragua, aufgrund der andauernden US-Aggression gegenüber sieht. Inzwischen beträgt der Anteil des Verteidigungsbudgets fast 60% des Staatshaushaltes gegenüber 7% 1981. Die Gesamtkosten des Krieges belaufen sich auf 1,7 Mrd. Dollar.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß das Bruttoinlandprodukt pro Kopf von 1980-85 um 11,6% abnahm. Die Inflationsrate liegt gegenwärtig bei 210%, während die Reallöhne auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren zurückfielen.

Die Verfassung entsteht nicht im Parlament

Obwohl die wirtschaftliche Depression erdrückend erscheint, führt sie nicht zu einer Lähmung der Regierung und des Volkes in anderen politischen Bereichen. Manche Analytiker meinen zwar ein rückläufiges politisches Bewußtsein der Bevölkerung, speziell der Massenorganisationen wie der Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) konstatieren zu können. Jedoch sollte man die emanzipatorische Euphorie eines gerade befreiten Volkes, in den ersten 2 oder 3 Jahren nach der Revolution nicht mit politischem Bewußtsein verwechseln.

Gerade die Schulung des politischen Bewußtseins sollte eine der Hauptaufgaben der CDS werden.

Denn von einem bis vor 7 Jahren brutal unterdrückten Volk, konnte man innerhalb einer kurzen Zeitspanne nicht die politische Reife erwarten, die für ein Regierungssystem der partizipatorischen Demokratie, das ein Grundpfeiler der neuen Verfassung des nikaraguanischen Staates werden soll, erforderlich ist. Durch den Krieg konnten diese Pläne nicht in die Praxis umgesetzt werden, da sich die Arbeit an den direkten oder indirekten Folgen der US-Aggression orientierte, sei es durch Ernteeinsätze oder Grundnahrungsmittelverteilung.

Die nikaraguanische Realität erscheint aber immer noch in einem hoffnungsvolleren Licht. Der Vorentwurf der Verfas-



Auswirkungen der Wirtschaftskrise: Warenknappheit führt zu Käuferschlängen (oben); die Hälfte der Bevölkerung ist im Handel tätig (unten)



sung beispielsweise, an dessen vorbereitenden Arbeiten sich die Mehrheit der politischen Parteien beteiligte, und der mit breitem Konsens im Parlament verabschiedet wurde, hatte sich in den letzten 3 Monaten in 75 „cabildos abiertos“ (offene Bürgerversammlungen) der Diskussion und Kritik der einzelnen Bevölkerungsgruppen zu stellen.

Hier fordern sich das Volk und seine Repräsentanten zur langwierigen Konsensfindung.

Diese Versammlungen als Form der direkten Teilnahme und politischen Bildung und Mobilisierung stellen ein Schulbeispiel für ein radikales Demokratiemodell dar.

Es ist augenscheinlich eine Verfassung, die vor allem außerhalb des Parlaments erarbeitet werden soll. Und dies obwohl die Sandinistas durch die angespannte Kriegssituation oder mittels der Notstandsgesetzgebung die Möglichkeit hätten, das Projekt zu verzögern bzw.

auf unabsehbare Zeit ad acta zu legen.

Die durchschnittlich 1.000 Teilnehmer pro „cabildo abierto“ sind ein Beweis für die Bereitschaft des nikaraguanischen Volkes seine Zukunft selbst gestalten zu wollen. Sicherlich dürfte der starke Drang der Sandinistas nach einer schnellen Verabschiedung der Verfassung des revolutionären Staates ein Bestandteil ihrer Strategie sein, den Staat nach innen und außen zu stabilisieren.

Die sandinistische Armee brachte der Contra 1985 eine an die Substanz gehende Niederlage bei und schreckt mittlerweile auch nicht mehr davor zurück, Contralager auf honduranischem Gebiet anzugreifen. Die Regierung nimmt bewußt eventuelle kurzzeitige diplomatische Konflikte in Kauf.

Natürlich steht nach der Bewilligung der 100 Mio. Dollar für die Contra, die mit diesen Mitteln unter anderem ihre Schlagkraft auf 30.000 Kämpfer verdoppeln möchte und der Übernahme der logistischen und strategischen Planung durch den CIA eine schwierige Phase bevor. Doch gilt dies weniger für den militärischen Bereich als für die aus den wachsenden Kriegskosten entstehenden wirtschaftlichen Probleme.

Gratwanderung in der Wirtschaftspolitik

Hier steht der Regierung eine Gratwanderung bevor, die dazu führen kann, daß alle sozialen Schichten, vor allem aber die der Arbeiter und Bauern ihre Interessen und Bedürfnisse nicht mehr im gewünschten Maße berücksichtigt sehen. Der Staat ist gezwungen, in einem Spannungsfeld zu arbeiten, das einerseits der Verteidigungswirtschaft absolute Priorität einräumt und trotzdem noch Spiel-

AIB-Sonderhefte



4/1985: Weltraumrüstung
28 Seiten, 2 DM



1/1986: Südafrika
40 Seiten, 2,50 DM



Hintergrund: Libyen-Krise
20 Seiten, 2 DM

Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht; zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). 33% Rabatt ab 10 Expl. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen!

raum zur Sicherung der Produktion und notwendiger Sozialprogramme hat.

Die Eckpfeiler des zukünftigen wirtschaftlichen Kurses der Sandinistas sind die Sicherstellung der Produktion und die Verminderung des Haushaltsdefizits. Um Erstgenanntes zu erreichen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen bzw. wurden bereits in Angriff genommen:

- Erhöhung der Abnahmepreise für die Produzenten, insbesondere im Agrarbereich;
- staatlich garantierte Abnahmen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu festen Preisen oder im Austausch zu schwer zugänglichen Produktionsmitteln oder Gebrauchsgütern. Diese Strategie ist auch ein Bestandteil des Kampfes gegen den Schwarzmarkt;
- Einschränkung der expandierenden städtischen Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Schulen, Wohnungsbau, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Parallel dazu sollen auf dem Land infrastrukturelle Maßnahmen ergriffen werden, um der verstärkten Landflucht Einhalt zu gebieten;
- zunehmende finanzielle Kontrolle der staatlichen Betriebe verbunden mit einer Rationalisierung der Mittel;
- Anreize für die mittelständischen und kleinen Produzenten durch die Ausweitung der finanziellen Mittel;
- Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Löhne, die der Arbeitsleistung entsprechen.

Das Haushaltsdefizit soll verkleinert werden durch

- die Einstellung der Subventionen von Grundnahrungsmitteln, um der Gefahr zu begegnen, daß die Bauern billige Lebensmittel einkaufen, statt selbst zu produzieren. Außerdem ist durch diesen Beschluß beabsichtigt, profitgierigen Händlern, die mit subventionierten Lebensmitteln spekulieren, die Suppe zu versalzen;
- die Kürzung der öffentlichen Investitionen in allen Bereichen außer jenen, die direkt mit dem Gesundheitssystem und der Verteidigung zusammenhängen;
- Die Abwertung der nationalen Währung;
- den Abbau der staatlichen Verwaltung durch einen Einstellungsstopp für noch offene Stellen und Versetzung von Beamten in produktive staatliche Bereiche.

Radikalisierte Agrarreform

Die bereits erfolgten oder beabsichtigten Schritte, um die Wirtschaftskraft zu stärken, gehen einher mit der Wende in der Agrarpolitik.

Die Flucht der Bauern aus dem kriegserschütterten Norden und die Forderung immer noch landloser Campesinos nach

kultivierbarem Land, ließ die Regierung handeln. Sie revidierte im Januar d.J. das Agrarreformgesetz.

Bislang wurden Landbesitzer gegen Entschädigung enteignet, wenn sie mehr als 75% der nutzbaren Fläche ihres Besitzes brach liegen ließen. Jetzt kann jeder Grundbesitz über 35 ha, ob er brach liegt oder bestellt und/oder effizient genutzt wird, aus sozialem Interesse oder zu öffentlichem Gebrauch enteignet werden. Eine strukturelle Änderung wird es auch in der Beziehung zwischen den Einzelbauern auf der einen und den Kooperativen und Staatsbetrieben auf der anderen Seite geben. Wie der Kongreß des Verbandes der kleinen und mittleren Farmer (UNAG) feststellte, sei die Bedeutung der Einzelbauern zu spät erkannt worden. Als Konsequenz öffnete der Verband die Türen für Großbauern und lockte mit Investitionsanreizen 25.000 Farmer, ganze Regionalverbände des COSEP (Unternehmerverband, der mit der Contra nicht nur sympathisiert), an.

Dieses Phänomen bedeutet auf jeden Fall, eine Reduzierung des Agitationsfeldes für die Konterrevolutionäre im Landesinnern. Unterstützung findet die UNAG bei Agrarminister Jaime Wheelock, der in seiner Rede auf dem Kongreß meinte, es gehe jetzt darum, das Konzept einer vertikalen sozialen Organisation zugunsten einer horizontalen, territorialen Organisation zu überwinden. Das heiße, die Bevorzugung der Staatsbetriebe abzuschaffen.

Rückhalt auf dem Land

Obwohl die eben skizzierten Tendenzen vielen linken Kritikern des nikaraguanischen revolutionären Prozesses widersprüchlich erscheinen mögen, hat sich der Agrarsektor in den letzten Jahren am meisten revolutionär verändert.

Dies steht im Gegensatz zu vielen anderen Sektoren, wo innerhalb des Systems der gemischten Wirtschaft nach pragmatischen und weniger revolutionären Lösungen gesucht wird. Da sich Nicaragua hauptsächlich durch die Landwirtschaft politisch und wirtschaftlich definiert, dürfte der soziale Konsens in der Gruppe der Bauern und Landarbeiter von großer Bedeutung für die Stärkung der nationalen Identität sein.

Vergleichbare historische Situationen, in denen andere Länder mit einem von außen aufgezwungenen Krieg konfrontiert waren, haben gezeigt, daß durch die Bedrohung der nationalen Identität die Bereitschaft zum kollektiven Widerstand steigt. Dies ist ein Faktor, der es den USA und ihren Söldnerbanden erheblich schwerer machen wird, das Land zu destabilisieren.

Nach der Ermordung Berndt Kobersteins

Am Montag, dem 28. Juli d.J., starben auf der Straße von Jinotega nach Wiwili, in der Region wo in den 30er Jahren Sandino seine landwirtschaftlichen Kooperativen aufgebaut hatte, fünf Menschen in einem Hinterhalt der Contra: die beiden Nikaraguaner William Blandon und Mario Acevedo, der Schweizer Yvan Claude Leyvraz, der Franzose Joel Fieux und der Bundesdeutsche Berndt Koberstein.

Alltag in Nicaragua könnte man sagen, seit die Contra sich immer mehr auf die Ermordung von Zivilisten verlegt. In diesem Fall jedoch dürften die Opfer nicht zufällig ausgewählt worden sein, handelte es sich bei den drei Ausländern doch um Internationalisten, die in verschiedenen Projekten tätig waren. Berndt Koberstein arbeitete an einem Trinkwasserprojekt in Wiwili das von der Partnerstadt Freiburg und der EG zu gleichen Teilen finanziert wird. Hier war bereits 1983 der Freiburger Arzt Tonio Pflaum von den Contras ermordet worden. Brigadisten sind in den letzten Monaten zu bevorzugten Zielen der Contra geworden, da sie nicht nur die politische, sondern auch die materielle Solidarität mit der nikaraguanischen Revolution symbolisieren. Ohne sie könnten bestimmte wirtschaftliche und soziale Projekte nicht durchgeführt werden, da Nicaragua sowohl die finanziellen Mittel als auch oft die nötigen Fachkräfte fehlen.

Um diese Projekte zum Stillstand zu bringen und um gleichzeitig die internationale Solidarität mit der nikaraguanischen Revolution zu schwächen, wollen die Contra und das Weiße Haus den Abzug der Internationalisten. Unterstützung fand diese Absicht bei der Bundesregierung, die im gemeinsamen Chor mit der Rechtspresse, wie bereits bei der Entführung von acht bundesdeutschen Brigadisten im April d.J., die Opfer der Contra für ihr Schicksal selbst verantwortlich machte. Die nikaraguanische Regierung hat die ausländischen Aufbauhelfer inzwischen aus den Kriegsgebieten abgezogen. Doch werden sie in anderen Gebieten ihre Arbeit fortsetzen.

In einer gemeinsamen Erklärung aus Managua rufen über 60 Organisationen und Gruppen (durch ihre Vertreter in Nicaragua) und Einzelpersonen dazu auf, die Unterstützung für Nicaragua und die Arbeit der Internationalisten zu verstärken. Zu den Unterzeichnern gehören eine große Anzahl Brigaden und Städtepartnerschaftsinitiativen, Gruppen von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten, Medico International und das Informationsbüro Nicaragua. Weitere Unterschriften unter den Aufruf werden vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1 gesammelt. Hier sind auch Informationen über Arbeitseinsätze in Nicaragua und über finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten erhältlich.



Die Arbeitsbrigaden müssen weitergehen!

Am 28. Juli d.J. ist der deutsche Bundesbürger Berndt Koberstein aus Freiburg zusammen mit zwei nicaraguanischen, einem schweizer und einem französischen Begleiter ermordet worden. Berndt Koberstein kam nach Nicaragua, um im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Wiwili die Trinkwasserversorgung in der nicaraguanischen Stadt zu verbessern. Die Panzerfaust, die das Auto traf, in dem er saß, war auf alle gerichtet, die für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des nicaraguanischen Volkes eintreten.

Voller Trauer und Wut klagen wir die Regierung der Vereinigten Staaten an, die die

direkte Verantwortung für diesen Mord trägt, der einer unter tausenden im Krieg gegen Nicaragua ist. Trotz des Urteils des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, der die Contra-Hilfe als völkerrechtswidrig bezeichnet hat, finanziert die USA die Contra durch nochmalige Zahlungen in Höhe von 100 Millionen US-Dollar.

Wir klagen die Bundesregierung an, keinerlei Versuch zu unternehmen, der völker- und menschenrechtsverletzenden Politik ihres Bündnispartners Einhalt zu gebieten.

Vielmehr deckt die Bundesregierung, indem sie die Opfer selber für die erlittenen Greuel verantwortlich macht, die Kriegspolitik der

USA. Sie macht sich zum Komplizen der US-Regierung, indem sie ein politisches Klima schafft, das die Internationalisten zum Abschuß freigibt. Wir klagen die Regierungsparteien CDU/CSU an, Terroristenfreunde, die Contras unterstützen, in ihren Reihen zu haben.

Auch wenn wir nicht alle in Gebieten arbeiten, die vom US-finanzierten Contra-Terror bedroht sind, steht für uns die Notwendigkeit der Fortsetzung der internationalen Aufbauarbeit auch in diesen Bereichen außer Zweifel. Gerade dort ist der Bedarf für den Wiederaufbau der von der Contra verursachten Zerstörung am größten. Gerade dort bedürfen die Menschen, die unter dem Contra-Terror leiden, aktiver menschlicher Solidarität.

Die Rechnung der US-Administration, durch den Contra-Terror die internationale Hilfe zu stoppen, darf nicht aufgehen. Sich dem Contra-Terror zu beugen, hieße, ein Volk, das um seine Freiheit und sein Überleben kämpft, in den Stunden der größten Not alleine zu lassen.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen alle Versuche, unseren Organisationen der Solidaritätsbewegung oder der nicaraguanischen Regierung die Verantwortung für die Verbrechen der Contra zuzuschreiben, die niemand anderes trägt als die US-Regierung.

In unserer Arbeit hier in Nicaragua sind wir täglich Zeuge davon, wie ein kleines Volk in einem gnadenlosen Krieg militärisch, ökonomisch und politisch niedergekämpft werden soll, weil es seinen eigenen Weg gehen will.

Wir stellen uns auf die Seite der Opfer und rufen unsere Organisationen, die Solidaritätsbewegung und die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf, die Unterstützung für Nicaragua und die Arbeit der Internationalisten zu verstärken.

Managua/Nicaragua, den 14. August 1986

Demonstration in Managua anlässlich der Ermordung Berndt Kobersteins



Peter Garcia

Anfang vom Ende der Stroessner-Diktatur



Antidiktatorische Demonstration in der paraguayischen Hauptstadt Asunción

Stroessners Diktatur hat 32 Jahre überdauert. Ob sie auch das Ende des 33. Jahres erleben wird, ist fraglich.

Die Regierungspartei Republikanische Nationale Vereinigung (ANR) – besser bekannt unter der Bezeichnung Colorado-Partei – ist von Flügelkämpfen erschüttert. Fast täglich demonstrieren in irgend einem Teil Paraguays Bauern, Studenten, Arbeiter oder Beschäftigte des Dienstleistungssektors auf den Straßen. Die verbotenen Parteien sind längst aus dem Untergrund aufgetaucht. Die politische Opposition formiert sich – seit kurzem auch mit Unterstützung der katholischen Kirche. Selbst die halb-offizielle Tagespresse hat ihr Schweigen über die Protestaktionen gebrochen.

Flügelkämpfe bei den Colorados

Die Flügelkämpfe innerhalb der Colorado-Partei haben zwei Ursachen. Einmal geht es darum, wer sich nach Auslaufen der Amtszeit Stroessners 1988 als nächster die Taschen füllen darf. Haupteinnahmequelle ist das Schmuggelgeschäft, das dem Land bis zu 60% seiner Devisen bringt. Geschmuggelt wird alles. Aber nicht alle profitieren davon.

Großverdiener sind die Mitglieder der Regierung und die höchsten Offiziere

der Streitkräfte Paraguays. Um welche Beträge es dabei geht, kam mit der Verhaftung des Präsidenten der Zentralbank ans Licht der Öffentlichkeit: Er und 50 weitere Colorado-Komplizen aus Banken und Privatunternehmen werden beschuldigt, 1 Mrd Dollar illegal ins Ausland gebracht zu haben.¹ Das entspricht etwa 1/3 der Auslandsverschuldung des Landes!

Kein Wunder also, daß der Stroessner-Clan weiter die Zügel in der Hand behalten möchte. Dieser Flügel der Colorado-Partei, die Militantes, hat inzwischen Stroessners 43jährigen Sohn, Oberstleutnant Gustavo, zum Nachfolger erkoren. An der Spitze der Militantes steht Stroessners Privatsekretär Mario Abdo Benítez. Wie es heißt, unterstützt die Mehrzahl der 225 lokalen Parteigruppenvorstände die Kandidatur des Stroessner-Sohns.

Gegen den Stroessner-Clan kämpft der Parteiflügel der Tradicionalistas. Die Motive sind hier unterschiedlich. Einige wollen lediglich die Gunst der Stunde nutzen, um selbst an die Pfründe heranzukommen. Bei den meisten Tradicionalistas setzt sich jedoch immer stärker die Erkenntnis durch, daß die Tage der Diktatur in Paraguay gezählt sind.

Sie wollen einen friedlichen Übergang zu einem – politisch gemäßigten – demo-

kratischen Regime. Die führenden Köpfe dieser Strömung sind Carlos Romero Arza und der Abgeordnete Angel Roberto Seifart Centurión.

Die Tradicionalistas verfügen über die Mehrheit im paraguayischen Scheinparlament und über zunehmende Unterstützung aus den Reihen der einfachen Parteimitglieder.

Damit sind wir bei der zweiten Ursache für die zunehmenden Spannungen innerhalb der Regierungspartei.

Paraguay hat derzeit etwa 3,3 Mio Einwohner. Davon sind mehr als 1,2 Mio bei den Colorados organisiert, denn nur als Parteimitglied kann man dort etwas werden. Das bedeutet gleichzeitig, daß viele der Mitglieder den unteren und mittleren Einkommensschichten angehören. Und die sind – wie die meisten Paraguayer – immer mehr von den Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise betroffen. Seit der Fertigstellung des Itaipú-Wasserkraftwerks 1982 ging es mit Paraguays Wirtschaft radikal abwärts. Als Folge davon sind heute 30% der Bevölkerung arbeitslos.

Viele Menschen ziehen vom Land in die Städte, da die auf den Export ausgerichteten Agrarunternehmen immer weniger Landarbeiter brauchen und immer mehr Kleinbauern und Indios enteignet werden. Ihr geraubtes Land wird (u.a. auch über 50 BRD-Immobilienmakler) an potente ausländische Käufer verschleibt. 1.500 Großgrundbesitzer sind heute Herren von über 75% des landwirtschaftlich genutzten Bodens.

Volksorganisationen vorne

Als Folge der wirtschaftlichen Misere und der politischen Unterdrückung gibt es fast täglich Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Regime, streiken Arbeiter und Angestellte. Manchmal sind es nur ein paar Hundert, die nicht vor der Konfrontation mit der Polizei zurückschrecken – ein anderes Mal 10.000.

Die Parteien, ob zugelassen oder illegal, spielen bei diesen Kämpfen – zumindest offiziell – noch keine große Rolle. Domingo Laíno, Führer der Authentischen Radikal-Liberalen Partei (PLRA) mußte feststellen: „Wegen der politischen Verbote ist ein beträchtlicher Teil der Opposition, die im Lande wirklich aktiv ist, nicht in einer Partei organisiert.“²

Die Hauptlast des Kampfes wird gegenwärtig von den Organisationen der Bauern, Studenten, Arbeiter und der Bevölkerung in Kirchengemeinden und Stadtteilen getragen.

Die 1980 gegründete Paraguaysche Bauernbewegung (MCP) kämpft mit Landbesetzungen und Demonstrationen

(Ende 1985 versammelten sich 10.000) für eine Landreform. Die verschiedenen Regionalorganisationen der landlosen Bauern sind in einer Ständigen Versammlung zusammengeschlossen. Die 1985 auch von Mitgliedern der verbotenen Kommunistischen Partei gegründete regierungsunabhängige Gewerkschaftszentrale Zwischengewerkschaftliche Bewegung der Werktätigen (MIT) dominiert inzwischen in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft.

Die Basisgruppen der Kirchen sind ein weiterer Schwerpunkt des Kampfes. Das wurde sichtbar, als im Juni d.J. 800 Priester und Nonnen einen Schweigemarsch von 3.000 Personen anführten.

Neben den Colorados gibt es nur zwei kleine legale Parteien mit Sitzen im „Parlament“: die Liberale und die Radikalliberale Partei. Ursprünglich dafür gedacht, eine Alibi-Funktion zu spielen, distanzieren sie sich heute immer mehr von Stroessner und nähern sich der Nationalen Übereinkunft (AN), einem Zusammenschluß von vier halblegalen Parteien. In der AN sind vertreten: die Christdemokraten (DC), die Revolutionäre Febristische Partei (PRF; Mitglied der Sozialistischen Internationale), die Authentische Radikalliberale Partei als größte der liberalen Gruppierungen und die Colorado Volksbewegung (MO-POCO), einer antidiktatorischen Abspaltung der Regierungspartei.

Die AN fordert den sofortigen Rücktritt Stroessners, freie Wahlen, die Abschaffung des Ausnahmezustands, allgemeine Amnestie und die Annullierung der Unterdrückungsgesetze. Was die Halblegalität dieser Parteien bedeutet, wurde deutlich, als der Vorsitzende der Authentischen Radikalliberalen im Juni d.J. aus dem Exil zurückkehren wollte: Er wurde

von der Polizei zu Boden geschlagen, verprügelt und ins Flugzeug zurückgeschleift.³

Inzwischen hat sich auch die Spitze der Kirchenhierarchie für einen „nationalen Dialog“ unter Einschluß der AN ausgesprochen.

Im April d.J. erklärte der Erzbischof von Asunción, Ismael Rolón, die katholische Kirche könne zu den „offenen Verstößen gegen die Menschenrechte, Gerechtigkeit und Wahrheit“ nicht mehr schweigen.⁴ Gemeint waren die Übergriffe von Polizei, Streitkräften und paramilitärischen Organisationen, wie der Antikommunistischen Aktionsgruppe (GAA) oder der „Macheteros von Santani“, auf Gegner des Regimes.

Sinneswandel der Bischöfe

In diesem Zusammenhang nennt die Opposition Zahlen von insgesamt 340.000 Gefolterten und Zehntausenden verschwundener oder ermordeter Paraguayer seit dem Machtantritt des Diktators. Außerdem bezogen sich die Worte des Erzbischofs auf die Zensur von Rundfunk und Fernsehen sowie die Schließung nicht genehmer Presseorgane.

Allerdings hätte der Erzbischof schon Jahre vorher Gelegenheit gehabt, seine Stimme gegen den Diktator zu erheben. Vielleicht trug dazu bei, daß sich mittlerweile auch das außenpolitische Umfeld zuungunsten der Diktatur verändert hat. In Argentinien, Brasilien, Bolivien und Uruguay mußten die Militärs bürgerlich-demokratischen Regierungen Platz machen, die eine Demokratisierung auch in Paraguay fordern.

Ausschlaggebend dürfte jedoch sein, daß in der Zwischenzeit Ronald Reagan selber zur Hatz auf Stroessner geblasen hat. Kurz nach seinem Amtsantritt hatte er das Folterregime in Asunción verständnisvoll noch „autoritär“ genannt – im Gegensatz zu den „totalitären kommunistischen Regimes“. Heute spricht Reagan dagegen von einer Diktatur, die schnellstens demokratischen Verhältnissen weichen müsse.

Der US-Botschafter in Asunción, Clyde Donald Taylor, erhielt die Aufgabe, durch die Förderung einer moderaten politischen Alternative den Massenkämpfen zuvorzukommen. Seine ständigen Kontakte zu den halblegalen Oppositionsparteien der AN, die offiziell immer noch verboten sind, werden vom Stroessner-Regime als „unerhörte Einmischung“ in die inneren Angelegenheiten des Landes bezeichnet.

Auch der Anti-Stroessner-Flügel der Colorados erhält Schützenhilfe aus Washington, wie die kürzliche Einladung ihres Führers Romero Arza beweist.

Schließlich nimmt der US-Druck auf die Streitkräfte – neben den Colorados die zweite Hauptstütze des Regimes – ständig zu. Dabei sitzen die USA als Geldgeber, u.a. beim kürzlichen Bau von zwei Militärflugplätzen, am längeren Hebel.⁵

Die Frage bleibt offen, wieso es zu dem plötzlichen Sinneswandel bei Reagan kam. Ähnlich wie bei Haiti und den Philippinen dürfte die Furcht der USA vor einer revolutionären Entwicklung wie im Falle Nikaraguas dabei an vorderster Stelle stehen. Mindestens ebenso wichtig wird für das Weiße Haus jedoch die Überlegung sein, langfristig nur dann seine Aggressionspolitik gegen Nikaragua, Kuba und andere Staaten vertreten zu können, wenn es offiziell keinen Unterschied mehr zwischen „rechts“ und „links“ macht.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Afrique-Asie, Paris, 15.6.1986 und AfricAsia, Paris, Nr. 7/1986
- 2) Bohemia, Havanna, 1.8.1986
- 3) Siehe: El Pais, Madrid, 25.6.1986
- 4) Frankfurter Rundschau, 28.4.1986
- 5) Siehe: AfricAsia, Nr. 7/1986 und International Herald Tribune, Paris/Zürich, 23.6.1986

LANDRAUB IN PARAGUAY

- "Starkes Wachstum in Paraguay"
- "Paraguay an der Schwelle einer neuen Zukunft"
- "Paraguay wird zum größten Stromerzeuger der Welt"
- "Paraguay - das Land der Sonne und des Friedens"
- "Paraguay - das Land der Perspektiven"

Mit diesen und vielen anderen Slogans werben deutsche Firmen für Landkäufe in Paraguay

Dies aber sind die Fakten:

- 70% des Landes für 2,6% der Landbesitzer
- 70% der Landbesitzer haben 3% des Landes
- 700.000 haben überhaupt kein Land
- 23.000 Familien sind bereits vertrieben

Und dies ist unsere Schlussfolgerung:

Werben über Landverkauf in Paraguay durch deutsche Firmen bedeuten:

LANDRAUB an der Bevölkerung Paraguays

Die PARAGUAY-ARBEITSGEMEINSCHAFT hat sich darum zum Ziel gesetzt:

- gegen die Machenschaften deutscher Landverkaufsfirmer vorzugehen
- über die politische und wirtschaftliche Lage in Paraguay zu informieren
- Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu veröffentlichen

* Unterstützen Sie unsere Menschenrechts- und Öffentlichkeitsarbeit!

* Abonnieren Sie unseren Rundbrief! (vierteljährlich erscheinen)

* Fordern Sie unsere Materialien an und sorgen Sie für deren Verbreitung!

* Werden Sie förderndes Mitglied!

(Mindestbeitrag/Monat DM 5,-)

* Helfen Sie uns durch Spenden!

(Spenden und Beiträge an unseren gemeinnützigen Verein sind steuerlich absetzbar. Quittungen werden zugesandt.)

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich werde förderndes Mitglied der PAG e.V.

Name Vorname

Anschrift

Datum Unterschrift

Informationsanforderungen an:
PARAGUAY-ARBEITSGEMEINSCHAFT e.V.
Wiedemannstr. 4, 4050 Mönchengladbach 3
Kto.: 352426-438, Postgiroamt Essen 16010043



Georg Diederichs

Folgenschwere Vernichtung der Regenwälder



Brandrodung in Brasilien

Den Wäldern droht weltweit der Garaus. Nicht nur durch sauren Regen und Autoabgase wie in Europa, sondern – und dies vor allem in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – durch landwirtschaftliche Erschließung, industriellen Holzeinschlag, Bergbau, Brandrodung und die Umwandlung von Wald in Viehweiden.

Die so hervorgerufenen Umweltschäden in der Dritten Welt haben mittlerweile eine solche Dimension erreicht, daß sie auch die ökonomische Entwicklung dieser Länder stark beeinträchtigen.

So hat sich die fortschreitende Vernichtung der Regenwälder für viele Entwicklungsländer zu einer ebenso ersten ökologischen wie ökonomischen Krise ausgeweitet.

Denn kein anderer Lebensraum der Erde wird so schnell und so brutal ausgebeutet und zerstört wie die tropischen Regenwaldgebiete. Die Welternährungsorganisation FAO schätzt, in Auswertung von Satellitenfotos, daß jährlich etwa 200.000 qkm tropischer Wald vernichtet

werden (das ist etwa die dreifache Fläche des gesamten Waldbestandes der Bundesrepublik).

In 40-50 Jahren, so Studien der Weltbank und der FAO, werden die tropischen Wälder der Dritten Welt, die heute immerhin noch 7% der Erdoberfläche bedecken, kahlgeschlagen sein. Der Regenwald, Lebensraum für 40-50% aller auf der Erde lebende Tier- und Pflanzenarten, wird dann nicht mehr existieren.

Kahlschlag am Amazonas

Besonders dramatisch hat sich der Raubbau an den Wäldern des Amazonas-Tieflandes in Brasilien entwickelt. Bis 1980 wurden hier etwa 850.000 qkm Regenwald vernichtet.

Es ist dies eine Zahl, die US-Wissenschaftler in der Umweltstudie „Global 2000“ nannten. Nach anderen Schätzungen hat das Amazonas-Gebiet jedoch mehr als 1,5 Mio qkm Urwald verloren.

Das wären etwa 1/5 der ursprünglichen Waldfläche.

Die brasilianischen Waldschutzbehörden behaupten dagegen, daß die Waldrodungen nur 1,2% des Dschungels am Amazonas erfaßt hätten. Unumstritten ist zwischenzeitlich allerdings, daß in Brasilien jährlich 100.000 qkm Regenwald durch Feuer und Axt, Dynamit und Entlaubungsmittel vernichtet werden.

Mit dem Bau der Transamazonica-Straßen, mit der Entdeckung riesiger Rohstoffvorkommen, mit dem Bau von Staudämmen und Kraftwerken, mit der Nutzung des Holzes für die Papierindustrie ist im Amazonasgebiet in den letzten 15 Jahren eine beispiellose Siedlungsoffensive ausgelöst worden. Doch gerade in Brasilien haben sich die Hoffnungen, die Regenwälder könnten zur Intensivierung der Landwirtschaft genutzt werden, grausam zerschlagen.

Für die meisten der aus dem verarmten Nordosten Brasiliens an die transamazonischen Pisten umgesiedelten Kleinbauern wurde der Landhunger ihrer Regierung zum menschlichen und wirtschaftlichen Fiasko. Mißernten und Bodenerosion trieben sie scharenweise in den Ruin. Die scheinbare Fruchtbarkeit der tropischen Wälder erwies sich für sie als böse optische Täuschung.

Neuere Untersuchungen haben denn auch ergeben, daß sich nur etwa 4% der amazonischen Waldböden für eine dauerhafte landwirtschaftliche Nutzung eignen.

Doch die brasilianische Regierung wird ihren postulierten „Krieg gegen den Urwald“ deshalb nicht aufgeben. Für das mit über 100 Mrd Dollar verschuldete Land geht es vor allem um den Abbau der Rohstoffvorkommen in dieser Region – Eisenerz, Kupfer, Mangan, Nickel, Bauxit, Zinn und Gold.

Doch gerade diese ehrgeizigen Bergbau- und Industrieprojekte mit der sie begleitenden Verschmutzung der Umwelt tragen zur weiteren Vernichtung des Regenwaldes bei (wie übrigens auch zur hohen Auslandsverschuldung des Landes, denn ausländische Konzerne, Banken, Regierungen und die Weltbank haben diese Entwicklung gefördert, indem sie Brasilien fortwährend Kredite für die Er-

schließungsprojekte bewilligt haben). Hinzu kommt, daß die brasilianische Regierung nach der mißlungenen Kleinbauernsiedlung eine mit staatlichen Subventionen geförderte Rinderzucht aufbauen ließ, wobei sich nicht nur Viehzüchter, sondern auch Versicherungen, Banken und Konzerne riesige Waldflächen aneigneten.

Wo sie mit Reißketten, Feuer und Entlaubungsmitteln ihre Weiden angelegt haben, ist die Vernichtung des Waldes total. Bis 1983 dürften den Viehzüchtern bereits etwa 110.000 qkm Regenwald zum Opfer gefallen sein. Ein Mehrfaches dieser Fläche befindet sich in ihrem Besitz.

Diese Entwicklung ist übrigens längst nicht nur auf Brasilien beschränkt. Auch im übrigen Lateinamerika müssen immer größere Waldgebiete den Weiden der Viehzüchter weichen.

So ist in Mittelamerika seit 1950 etwa die Hälfte aller tropischen Wälder niedergebrannt und abgeholzt worden, vor

allem für neue Viehzuchtunternehmen. Führende Ökologen der FAO und des UN-Umweltprogramms UNEP sehen die Verantwortung bei den Fleischkonzernen und Fast-food-Ketten in den USA und Westeuropa. Die Wälder müssen der billigen Produktion von Hot dogs, Hamburgern und Steaks weichen.

Vormarsch der Viehzüchter

Die Rinder auf den abgeholzten Böden Lateinamerikas liefern den Nachschub für die US-amerikanischen Imbißketten und eine auf vollen Touren laufende Hackfleischindustrie, die in den USA und Europa munter expandiert.

Wenn auch zum Teil aus anderen Gründen als in Lateinamerika, so hat auch die Vernichtung tropischer Wälder in Afrika ein bedrohliches Tempo angenommen.

Gemessen an der Waldfläche, hat Afrika sogar die höchsten Verluste an Regen-

wäldern. Bedingt ist dies vor allem durch den industriellen Holzeinschlag, einen hohen Verbrauch an Brennholz, den Landhunger einer schnell wachsenden Bevölkerung und die Ausbreitung von Exportkulturen in der Landwirtschaft wie Kakao, Kaffee, Kautschuk, Bananen, Ananas, Tabak, Tee und Zuckerrohr.

Von den ursprünglich 2 Mio qkm tropischen Waldes sind mittlerweile etwa 2/3 vernichtet worden. Allein zwischen 1930 und 1970 wurden 1/3 der afrikanischen Regenwälder abgeholzt. Staaten wie Äthiopien, Madagaskar, Ghana, Sierra Leone und Nigeria haben ca. 90% ihrer ursprünglichen Waldflächen kahlgeschlagen.

In der Republik Elfenbeinküste sind 3/4 der Regenwälder vernichtet worden, allein zwischen 1956 und 1976 eine Waldfläche von 75.000 qkm. Verantwortungsbewußte Ökologen sprechen denn auch von einem „Waldmassaker“ der Holzindustrie.

Klimakatastrophen durch Waldvernichtung

(...) Die Bäume und die Grünflächen reinigen die Luft des Planeten, indem sie Kohlendioxid absorbieren (in sich aufnehmen; d. Red.). Der galoppierende Vorgang der Vernichtung der Wälder läuft, zusammen mit der Zunahme von Kohlendioxid in der Atmosphäre, auf einen wahren Prozeß des kollektiven Selbstmords hinaus.

Die wiederholten Warnungen der Ökologen und der internationalen Organisationen wurden nicht gehört. Heutzutage berichten das Fernsehen und die Zeitungen ständig über allerlei Katastrophen, die mit dem Klima zusammenhängen, sowie über neue Temperaturrekorde. Die Klimatypen des Planeten sind völlig unregelmäßig geworden, seit das Kohlendioxid in der Atmosphäre bei 345 Teilen pro Mio angekommen ist (der normale Stand beträgt 280 Teile pro Mio).

Die bekannteste Theorie über die Auswirkungen der Zunahme von Kohlendioxid in der Atmosphäre behauptet, daß der Prozeß eine Aufheizung derselben oder einen

„Treibhauseffekt“ erzeugt.

Er läßt die Sonnenwärme die Atmosphäre durchdringen und die Erde erwärmen, behindert aber den Austritt der Wärmestrahlungen in den Weltraum. Nach Angaben der nordamerikanischen Regierung werden wir von 1990 an eine beträchtliche Aufheizung der Atmosphäre erleben, mit einem teilweisen Schmelzen der polaren Eiskappen. Manche Wissenschaftler sehen eine enorme Zunahme des Wasservolumens in den Ozeanen und eine Überflutung von Küstenstädten voraus. Eine andere Theorie jedoch gewinnt an Glaubwürdigkeit. Ein Gedanke, der zu Beginn der 70er Jahre von einigen Klimatologen geäußert worden war, hat eine vollendete Formulierung durch John Hamaker und Don Weaver in dem Buch „The Survival of Civilisation“ (1982) erhalten.

Die Verfasser behaupten, der „Treibhauseffekt“ finde tatsächlich nur in den tropischen und subtropischen Gebieten statt. Das Endresultat des Übermaßes an Kohlendioxid sei

daher die Abkühlung des Klimas und der Eintritt der Erde in eine neue Eiszeit.

Infolge der übermäßigen Hitze des anfänglichen „Treibhauseffekts“ hat sich, nach der Theorie von Hamaker und Weaver, die Verdunstung der Ozeane, Seen und Flüsse beschleunigt. Die Luft erwärmt sich, und ihr Feuchtigkeitsgrad ist gestiegen. Die erwärmte Luft steigt auf, dehnt sich aus und fließt in Richtung der Pole. Währenddessen strömt durch die untere Atmosphäre kalte und trockene Luft zu den tropischen und subtropischen Regionen.

Der „Treibhauseffekt“

Durch dieses Kreislaufsystem wird ständig das Wasser von den Ozeanen zu den Polen transportiert, wo es in Form von Schnee herunterkommt. Die Polregion empfängt mehr Eis und wächst. Die Pole werden schwerer, und die Ozeane, mit weniger Wasser, werden leichter. Die geologisch sensiblen Punkte der Erdkruste geraten in Aktivität, wobei sich die Zahl der Erdbeben und Vulkanausbrüche vervielfacht. (...)

Nach John Hamaker bewirkt das Übermaß an Kohlendioxid auch eine Vermehrung der Wolken. Zusammen mit der Vermehrung des Eises an den Polen lenkt dieses Phänomen eine große Menge Sonnenwärme in den Weltraum ab, was zum Auftreten einer neuen Eiszeit führen wird, die Tausende von Jahren dauern wird.

Während des Übergangsprozesses – sagt Hamaker – wird die Landwirtschaft einen allgemeinen Zusammenbruch erleiden. Die Alternative wäre eine Anstrengung im Weltmaßstab, um den Boden wieder mit Mineralien anzureichern und die Oberfläche des Planeten wieder aufzuforsten, während versucht wird, den Ausstoß an Kohlendioxid in die Atmosphäre drastisch zu vermindern. (...)
(Quelle: Cadernos do Terceiro Mundo, Lissabon, Nr. 88/April 1986)

Klimakatastrophen: schlimmste Dürre seit den dreißiger Jahren in den USA



Was ist Regenwald?

Regenwald ist auf der ganzen Erde entlang des Äquators verbreitet. Er ist das an Pflanzen und Tieren artenreichste und bis heute am wenigsten erforschte Ökosystem (Form von Lebensgemeinschaften, die an spezielle Umweltbedingungen angepaßt sind; d. Red.) der Erde.

Voraussetzung für sein Wachstum ist ein jährlicher Niederschlag von mindestens 1.600 mm, der keinen ausgeprägten jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen darf, und eine das ganze Jahr hindurch gleichbleibende Temperatur von 24-28 Grad C.

Etwa 3/4 der Böden, die vom Regenwald bedeckt werden, sind so gut wie unfruchtbar. Daß dennoch ein so üppiges Pflanzenwachstum herrscht, liegt daran, daß alle abgestorbene Materie von Mikroorganismen (Pilzen, Bakterien), die in dem gleichmäßig feuchtwarmen Klima ideale Lebensbedingungen finden, rasch zersetzt wird. Die freigeordneten Nährstoffe werden von den Pflanzenwurzeln sofort wieder aufgenommen. In diesem ständigen Kreislauf von Zersetzung und Wiederverwertung kommt es also nie zur Ausbildung einer größeren Humusschicht. (...)

Der tropische Regenwald ist derjenige Wald, von dem es heute die größten geschlossenen Bestände gibt. Er ist durch die massive Einwirkung der letzten Jahre und durch sein empfindliches Ökosystem extrem bedroht; einmal abgeholzt, wächst auf seinen Böden so gut wie nichts mehr.

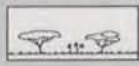
Je weiter man sich vom Äquator in Richtung auf die Wendekreise entfernt, umso ausgeprägter werden die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede und die Verteilung der Niederschläge auf Regen- und Trockenzeiten. Das wirkt sich auch auf die Wälder aus, die je nachdem für kürzere oder längere Zeit ihr Laub abwerfen (regengrüne Laubwälder; d. Red.). (...)

Diese Wälder sind fast überall stark gelichtet oder degradiert. Sei es durch intensive Nutzung der einheimischen Bauern (Afrika, Indien), durch Agrarkolonisation (Brasilien) oder durch kommerzielle Holzausbeute, die gerade in diesen Wäldern sehr intensiv stattgefunden hat bzw. noch stattfindet, z.B. in den Teakholzwäldern von Thailand und Indien.

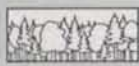
(Quelle: J. Gerds, Die Zerstörung der tropischen Wälder, in: BUKO-Materialien „Ökologie und Dritte Welt“, Hamburg 1985, S.13)



Tropischer Regenwald



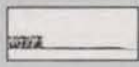
Grasland, Savanne



Wälder in gemäßigter Zone



Nördliche Wälder



Kultiviertes Land (Acker, Weiden)



Moore, Wüste, Tundra, alpine Weiden



Erzeugung von pflanzlicher Biomasse und Sauerstoff auf der Landoberfläche der Erde

© Strohahn, Peter Hammer Verlag

Hauptabnehmer afrikanischer Hölzer sind, wegen der Verkehrsnähe, vor allem westeuropäische Länder wie Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und Spanien. Doch im Gegensatz zu den holzexportierenden Ländern Südostasiens (Indonesien, Malaysia, Philippinen) wird fast das gesamte Holz in Form von Stämmen verfrachtet. Die afrikanischen Holzexportländer (Elfenbeinküste, Gabun, Ghana, Kamerun, Liberia, VR Kongo, Zaire) können also noch nicht einmal von einheimischer Verarbeitung profitieren.

Verödung abgeholzter Böden

Die fortgeschrittene Waldausbeutung hat dazu geführt, daß ein Land wie Nigeria inzwischen selbst Harthölzer einführen muß und die Regierung Ghanas für 14 der 33 genutzten Baumarten ein Exportverbot ausgesprochen hat.

Schon heute sind die noch verbliebenen Edelhölzer der tropischen Wälder Westafrikas verplant. Dabei wird die Jagd nach neuen Konzessionsgebieten der Holzgesellschaften nicht selten mit hohen Schmiergeldern und Bestechung ausgetragen.

Obwohl sie nur etwa 5-10% aller Baumarten ausmachen, schädigt auch das Schlagen von Edelhölzern das Ökosystem des Regenwaldes schwer. Da in den Wäldern meist nur wenige Stämme pro ha nutzbar sind, wird hier ein sog. „selective cutting“ betrieben. Dies wäre angesichts der geringen Holznahmenge ökologisch unbedenklich, würden nicht die für die Erschließung der Wälder, das Fällen und den Abtransport der Bäume notwendigen Maßnahmen umfangreiche Verwüstungen hinterlassen. Selbst beim „selective cutting“ werden bis zu 65% der umgebenden Waldfläche beschädigt oder zerstört. Darüber hinaus wird so die Öffnung der Wälder für Siedler, Landbau und Verkehrswege eingeleitet. Selbst der dichte Urwald im Kongo-Becken von Zaire ist so bereits zur Hälfte zerstört worden.

Besonders in den bevölkerungsreichen Ländern Asiens hat die rücksichtslose Ausplünderung der Wälder ökologische und ökonomische Folgeschäden angerichtet: In Thailand sind seit 1963 3/4 der Regenwälder abgeholzt worden, in Pakistan seit 1965 2/3, in Sri Lanka seit 1956 mehr als die Hälfte.

Nach einer Studie des US-Ökologen P. Richards wird der tropische Regenwald Asiens um die Jahrtausendwende völlig verschwunden sein. Allein Malaysia exportierte zeitweise so viele tropische Hölzer wie alle afrikanischen Staaten zusammen.

Auch der Kahlschlag des Waldes in Asien zeigt, daß die abgeholzten Böden des



Tropenwaldes kaum Chancen für eine landwirtschaftliche Dauernutzung zulassen.

Entstanden sind riesige versteppte Ödländer, die auf 20 Jahre und länger nicht mehr bebaut werden können. In Indien und Indonesien sind dies allein Flächen von ca. 600.000 qkm, die so der landwirtschaftlichen Nutzung und damit der Versorgung der Bevölkerung dieser Länder verloren gegangen sind.

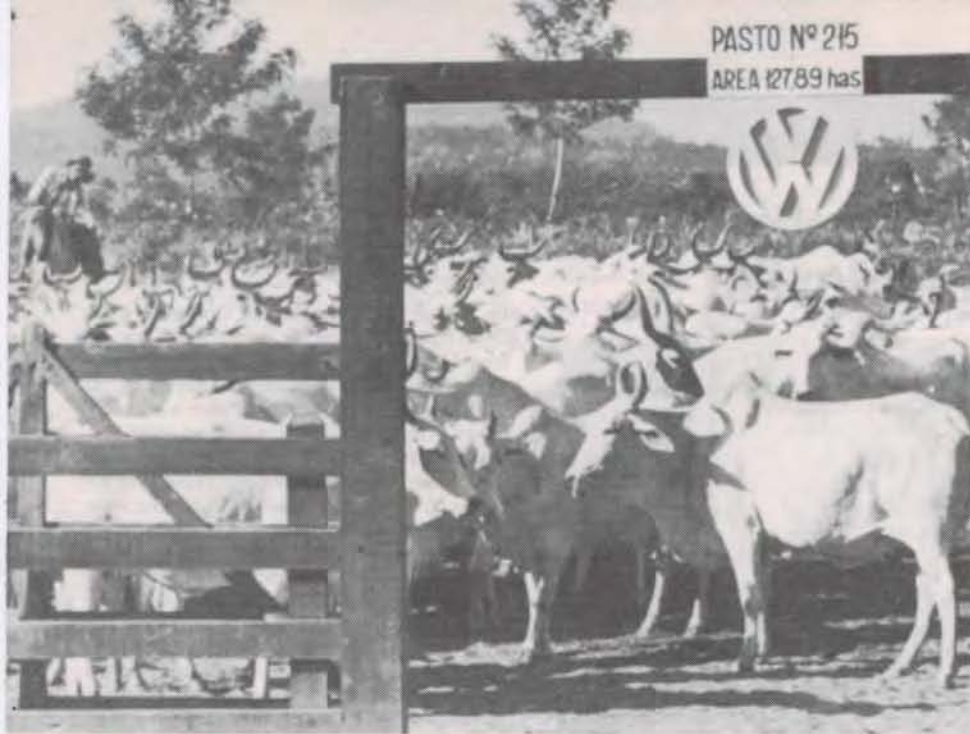
Darüber hinaus hat die ökologische Zerstörung der Wälder in Asien schon Zehntausenden von Menschen das Leben gekostet. Vor allem bei heftigen Überschwemmungen an den großen Flüssen Indiens, Bangladeshs, Burmas, Thailands, Vietnams und im Süden der VR China. Im indischen Vorland des Himalaya sind nur noch etwa 10% der Flächen bewaldet und in den Quellgebieten der großen Flüsse Indiens sind in den letzten 30 Jahren über 40% der Wälder verschwunden.

Rettung der Regenwälder – eine Schicksalsfrage

Die Folgen für die Bevölkerung sind Erdbeben, Überschwemmungen in den Flußebenen, Absinken des Grundwasserspiegels, Bodenerosion, Verschlammung der Stauseen, starkes Absinken der Flüsse in Trockenzeiten und abnehmende Fruchtbarkeit der Böden.

So wird die Rettung der tropischen Regenwälder zur ökologischen (und ökonomischen) Schicksalsfrage vieler Länder der Dritten Welt. Auf dem Spiel stehen das landwirtschaftliche Potential der Böden, der Erhalt von Anbauflächen und Siedlungsräumen.

Zwar hatten die Vereinten Nationen das



In Brasilien müssen ganze Wälder riesigen Rinderfarmen wie denen von VW weichen

Jahr 1985 zum „Jahr des Waldes“ erklärt, aber vor Ort geht die Vernichtung der Regenwälder unvermindert weiter. Doch solange selbst bei uns Umweltschäden nur allzu häufig als lästige, aber kontrollierbare Begleiterscheinung industriellen Wachstums gedeutet werden, ist es durchaus nachvollziehbar, wenn in den herrschenden Kreisen vieler Länder der Dritten Welt eine ökologische Politik

als bestenfalls kosmetischer Luxus angesehen wird.

Ein rasches Umdenken ist deshalb dringend notwendig – hier wie dort! Denn beim Schutz des Regenwaldes geht es längst nicht mehr nur um einen abstrakten Naturbegriff, um seltene Tier- und Pflanzenarten, sondern um das Leben von Mio Menschen, denen Hungersnöte, Dürre, Überschwemmungen, Boden-

erosion und Verwüstung ihrer Landwirtschaften und Lebensgrundlagen drohen. Mancherorts wird das Problem denn auch schon angegangen. So hat z.B. Madagaskar, der ökologisch schwer geschädigte Inselstaat vor der Ostküste Afrikas, die Aufforstung der Wälder per Gesetz verordnet. Jeder männliche Einwohner zwischen 18 und 80 Jahren ist gehalten, jedes Jahr hundert Bäume zu pflanzen. Und in Tansania wirbt eine Aufforstungsinitiative mit dem Slogan „Schlage einen Baum – pflanze viele Bäume“.

Doch werden – so notwendig sie auch sein mögen – massive Aufforstungen und mit dem Wald kombinierte, auf Schonung des Ökosystems bedachte Anbaumethoden allein nicht mehr ausreichen. Nur durch Einsicht in die Zusammenhänge, durch radikales Umdenken und konsequente politische Entscheidungen kann die ökologische Katastrophe der gänzlichen Vernichtung tropischer Wälder verhindert werden.

Dazu gehört allerdings auch, daß denjenigen, die sich – gleich welcher Art – an der Ausbeutung und Vernichtung der Regenwälder goldene Nasen verdienen, das Handwerk gelegt wird (für Konzessionäre in den südostasiatischen Wäldern sind z.B. Gewinne von bis zu 50% des investierten Kapitals pro Jahr keine Seltenheit).

Chipko Andolan – Beispiel einer Ökologiebewegung

Die Proteste der indischen Bergbauern im Himalaya gegen den Raubbau an ihren Wäldern sind nicht neu. Schon in den 20er Jahren gab es Aufstände, die von der Regierung zum Teil gewaltsam unterdrückt wurden. (...)

Der „Indian Forest Act“ von 1927 hat alles Waldland zum Staatsbesitz erklärt und den Gemeinden die Eigenverantwortung für die Nutzung ihres Waldes entzogen. Aber die Zentralregierungen haben weder Verständnis noch Verantwortungsbewußtsein erkennen lassen.

Die Bergbauern verweisen auf die zunehmende Entwaldung durch Holz- und Holzkohlehändler, auf das Fehlen von ernsthaften Aufforstungsprogrammen, auf Erosion, Erd-

rutsche und Überflutungen. Sie registrieren Straßen, die zu militärischen Zwecken (indisch-chinesischer Grenzkonflikt) gebaut werden, Bergwerke und Steinbrüche, die nur auswärtige Firmen bereichern, und Staudämme, von denen nur die Tieflandbewohner Nutzen haben.

Den Bauern dagegen geht Anbauland verloren, und es wird immer schwieriger, den Wald für Brennholz, Viehfutter und Baumaterial nutzen.

Zur meistbeachteten dieser Protestbewegungen ist Chipko geworden, eine Bewegung, die aus den Dörfern hervorgegangen ist und vor allem von Frauen getragen wird. Chipko entstand 1973 im Distrikt Chamoli.

Vorausgegangen waren auch in dieser Region

über Jahre hinweg Straßenbau, Bergbau, Militärbungen und kommerzieller Holzschlag. Die Auswirkungen wurden in ihrer ganzen Zerstörung sichtbar, als während des Monsuns 1970 der Alaknanda, ein Nebenfluß des Ganges, heftige Fluten mit sich brachte.

Innerhalb von zwei Stunden stieg das Wasser um 60 m, der Fluß brach über seine Ufer und riß Dörfer, Straßen, Brücken und Vieh hinweg, Menschen ertranken, Felder und Ernte wurden vernichtet. Ähnliche Katastrophen folgten in anderen Himalaya-Tälern.

Der Groll der Bevölkerung wuchs, als die Regierung das Fällen von Bäumen durch die Anwohner für den Eigenbedarf verbot bzw. drastisch einschränkte, aber gleichzeitig auswärtigen Firmen die Genehmigung zum Holzschlag erteilte.

Chipkos Stunde kam, als Unterhändler einer im Tiefland ansässigen Firma ins Gebirge kamen, die die Erlaubnis hatten, im Chamoli-Distrikt Eschen zu fällen. Die Eschen, deren Nutzung den Dorfbewohnern untersagt war, sollten zu Tennisschlägern verarbeitet werden. Frauen klammerten sich an die Bäume, um die Holzfäller an ihrer Arbeit zu hindern, die schließlich unverrichteter Dinge wieder abzogen.

Aus dem Erfolg dieser Aktion erwuchs eine organisierte Umweltschutzbewegung mit Trainingslagern, Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Forderungen an die Regierung. (Quelle: J. Gerds, Die Zerstörung der tropischen Wälder, in: BUKO-Materialien „Ökologie und Dritte Welt“, Hamburg 1985, S.17)

Frauen müssen meilenweit für Brennholz laufen (links); Baumpflanzung der Chipko-Bewegung



Sechs-Staaten-Gipfeltreffen Deklaration von Mexiko



Gipfeltteilnehmer (vorn links): I. Carlsson, A. Papandreou, M. de la Madrid, R. Alfonsín, R. Gandhi, J. Nyerere

Am 6./7. August d.J. fand in der mexikanischen Pazifikstadt Ixtapa das II. Sechs-Staaten-Gipfeltreffen für Frieden und Abrüstung statt. Auf Einladung des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid nahmen an der zweitägigen Konferenz der argentinische Präsident Raul Alfonsín, Griechenlands Ministerpräsident Andreas Papandreou, Indiens Premierminister Rajiv Gandhi, Schwedens Ministerpräsident Ingvar Carlsson sowie Tansanias Ex-Präsident Julius Nyerere teil.

Mit der Annahme der hier dokumentierten „Deklaration von Mexiko“ sowie einer Entschliebung über Maßnahmen zur Kontrolle von Nukleartests setzten die führenden Repräsentanten der Unterzeichnerstaaten der „Deklaration von Delhi“ (Wortlaut in: AIB-SH 4/1985, S. XXIV f.) in Ixtapa ihre international anerkannten Friedensbemühungen fort. Beide in Mexiko verabschiedeten Dokumente zielen darauf, das atomare Wettrüsten weltweit zu beenden, einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests durchzusetzen und die Militarisierung des Weltraums zu verhindern. Hervorgehoben wird ferner die Verpflichtung aller Länder, sich aktiv an Abrüstungsschritten zu beteiligen.

An die Regierung der UdSSR richteten die Konferenzteilnehmer den Appell, die Wirkungsdauer des einseitig verkündeten Moratoriums für einen Teststopp von Kernexplosionen zu verlängern. An die Regierung der USA appellierten sie, bis zum bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffen ebenfalls auf Atomwaffentests zu verzichten. Die UdSSR reagierte prompt: Am 18. August d.J. gab KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow die Verlängerung des einseitigen Teststoppmoratoriums bis zum 1. Januar 1987 bekannt. Die Reagan-Administration hingegen ließ verlauten, daß „ein Teststoppmoratorium nicht den Sicherheitsinteressen der USA und ihrer Verbündeten entspreche“, und zuvor erst einmal das Problem der Kontrolle zu klären sei.

Wir sind heute zusammgekommen, um das Menschenrecht auf Leben zu verkünden und unsere Verpflichtung zum Schutz dieses Rechts zu bekräftigen, damit die Menschheit fortbestehen kann.

Genau vor 41 Jahren brachen Tod und Schrecken über Hiroshima herein. Der furchtbarste Krieg in der Geschichte neigte sich dem Ende zu, und der nukleare Alptraum der Welt begann. Seitdem leben wir von Zeitkredit. Alles, was schön und kostbar ist, alles, was die menschliche Zivilisation vollbracht hat, könnte in kurzer Zeit zu radioaktivem Staub zerfallen.

Seit vier Jahrzehnten tragen die kernwaffenbesitzenden Staaten beinahe allein die Verantwortung für die Beendigung des nuklearen Wettrüstens, während die übrige Welt gezwungen ist, angst erfüllt abseits zu stehen. Das nukleare Wettrüsten ist weitergegangen und intensiver geworden.

Angesichts der daraus erwachsenden Gefahr gemeinsamer Vernichtung ist der Unterschied zwischen Mächtigen und Schwachen bedeu-

tungslos geworden. Wir sind deshalb entschlossen darauf bedacht, daß Länder wie die unsrigen, die keine Kernwaffenarsenale besitzen, aktiv in alle Aspekte der Abrüstung einbezogen werden.

Der Schutz dieses Planeten ist Sache aller Völker, die auf ihm leben, und wir können uns nicht damit abfinden, daß wenige Länder allein über das Schicksal der gesamten Welt entscheiden.

Warnungen Tschernobyl, Challenger

Die jüngsten tragischen Unfälle im Kernkraftwerk Tschernobyl und beim Start der Raumfähre Challenger haben erneut veranschaulicht, wie labil jede nur auf komplizierte Technologie basierende Sicherheit ist. Und wenn eine Havarie in einem friedlichen Kernkraftwerk so große internationale Auswirkungen hat, kann sich jeder sehr klar die schrecklichen Folgen vorstellen, falls auch nur ein kleiner Bruchteil der heute in der Welt vorhandenen

Kernwaffen zum Einsatz käme.

Wenn eine Wiederholung des Unheils in Hiroshima im Weltmaßstab verhindert werden soll, ist nicht nur mehr Wissen oder neue Technologie, sondern auch mehr Weisheit nötig. Wir fordern ein bindendes internationales Abkommen, das jeden Einsatz von Kernwaffen verbietet.

Im Januar 1985 trat unsere Gruppe in Neu-Delhi zusammen, um die gefährliche Entwicklung des Wettrüstens zu erörtern. Wir forderten einen unverzüglichen Stopp der Kerntests zur Vorbereitung eines Vertrages über ein umfassendes Testverbot, die Einstellung jeder Produktion und Entwicklung von Kernwaffen und Trägersystemen sowie ein Verbot der Erprobung, Produktion und Stationierung weltraumgestützter Waffen.

Wir brachten auch unsere Hoffnung zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in ihren bilateralen Verhandlungen rasche Fortschritte auf dem Wege zur Abschaffung sämtlicher Kernwaffen erzielen mögen. Wir haben die Erklärung Präsident Reagans und Generalsekretär Gorbatschows begrüßt, daß „ein Kernwaffenkrieg nicht entfesselt werden darf und daß es in ihm keine Sieger geben kann“.

Nun ist es an der Zeit, dafür zu sorgen, daß ein solcher Krieg nicht stattfindet. Wir sind daher tief besorgt, daß in diesen Verhandlungen sichtbare Fortschritte bis jetzt ausgeblieben sind.

Wir wissen jedoch, daß beide Mächte kürzlich verschiedene Schritte unternommen haben, die zur Überwindung einiger Hindernisse beitragen und als neuer Rahmen für die Erreichung von Abkommen dienen könnten. Wir sind überzeugt, daß man nicht mehr Sicherheit durch die Erhöhung der destruktiven Kapazität mit Hilfe von mehr Waffen erreichen kann. Im Gegenteil, wirkliche Sicherheit kann nur durch einen Abbau der Rüstungen erzielt werden.

Nukleare Abrüstung und schließlich die völlige Abschaffung der Kernwaffen haben absoluten Vorrang. In diesem Zusammenhang muß jedoch auch dem Problem einer ausgewogenen Reduzierung der konventionellen Waffen gebührende Beachtung geschenkt werden.

Vorrang für Atomteststopp!

Wir bleiben bei der Überzeugung, daß heute keine Frage dringlicher und entscheidender ist als die Herbeiführung einer Beendigung aller Kerntests. Sowohl die qualitative als auch die quantitative Entwicklung der Kernwaffen verschlimmert das Wettrüsten, und beides würde die völlige Einstellung der Kernwaffenversuche verhindern.

Außerdem ist klar, daß die fortgesetzte Entwicklung von Kernwaffen durch jene, die bereits welche besitzen, den Bemühungen schadet, den Erwerb von Kernwaffen durch andere Staaten zu verhindern, die sich bis jetzt ihrer Anschaffung enthalten haben. Wir müssen erkennen, daß ebenso wie ein Drogensüchtiger nicht durch immer mehr Injektionen geheilt werden kann, auch eine rüstungssüchtige Welt nicht durch eine endlose Anhäufung von Waffen von Krieg verschont werden kann. Es ist jetzt an der Zeit, diesen Gang zu stoppen.

Im Oktober 1985 und im Februar 1986 und erneut im April d.J. haben wir mit Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow Korrespondenzen ausgetauscht. Wir forderten sie eindringlich zu einer vollständig verifizierbaren Einstellung der Kerntests auf, zumindest bis zu ihrem nächsten Gipfeltreffen.

Wir schlugen außerdem vor, daß dem unverzüglich Verhandlungen über den Abschluß eines

umfassenden Testverbotsvertrages folgen sollten. Wir boten unsere Unterstützung an, um eine entsprechende Verifizierung eines solchen Teststopps sichern zu helfen.

Wir werden ermutigt durch die Beachtung unseres Vorgehens und die internationale Aufmerksamkeit, die dem Kerntestproblem geschenkt wird. Wir fordern weiterhin dazu auf, daß das einseitige Moratorium einer der beiden Nuklearmächte in ein bilaterales Moratorium verwandelt wird.

Um eine unverzügliche Einstellung der Kerntests zu erleichtern, bieten wir in einem gesonderten Dokument konkrete Unterstützung für die Erreichung angemessener Verifizierungsvereinbarungen an. Wir sind bereit, uns zusammen mit den USA und der UdSSR um zeitweilige Maßnahmen zu bemühen.

Diese könnten das Vertrauen in ein Moratorium der USA und der UdSSR wesentlich erhöhen und wichtige Schritte zur Schaffung eines angemessenen Verifizierungssystems für einen Vertrag über ein umfassendes Testverbot darstellen.

Solche Maßnahmen könnten die Errichtung zeitweiliger Überwachungsstationen auf bestehenden Testgeländen, Vereinbarungen über die Nutzung vorhandener Stationen in den USA und der UdSSR zur Überwachung ihrer Territorien außerhalb der Testgelände sowie Inspektionen bei großen chemischen Explosionen einschließen.

Weltraumrüstung nicht zulassen!

Wir würden ein Treffen zwischen Experten aus unseren sechs Ländern und sowjetischen und amerikanischen Spezialisten begrüßen. Der Zweck sollte darin bestehen, unsere Vorschläge ausführlich zu erläutern, ihre Verwirklichung zu erörtern und andere Möglichkeiten zu prüfen, wie unsere sechs Staaten die Verifizierung eines Testverbots erleichtern könnten. Wir sind im Begriff, unsere gegenseitige Zusammenarbeit weiter zu verstärken mit dem Ziel, Testaktivitäten zu überwachen und darüber zu informieren. Unsere sechs Staaten werden auch Schritte erwägen, mit denen die Staaten ohne Kernwaffen an internationalen Verifizierungsvorkehrungen für künftige Abkommen über die nukleare Abrüstung mitwirken könnten.

Wir bekräftigen unsere Forderung, daß ein Wettrüsten im Weltraum verhindert werden muß.

Der Weltraum gehört der gesamten Menschheit, und als Teilhaber dieses gemeinsamen Erbes lehnen wir es ab, daß der Weltraum für Vernichtungszwecke mißbraucht wird. Besonders dringlich ist es, die Entwicklung von Satellitenabwehrwaffen zu stoppen, die die friedliche Nutzung des Weltraums vieler Nationen bedrohen würden.

Wir drängen die Führer der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, sich auf eine Einstellung der weiteren Erprobung von Satellitenabwehrwaffen zu einigen, um den Abschluß eines internationalen Vertrages über ihr Verbot zu erleichtern. Unsere Warnung aus Neu-Delhi, daß die Entwicklung von Weltraumwaffen eine Reihe von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsabkommen gefährden würde, erweist sich bereits als gerechtfertigt.

Wir betonen, daß die bestehenden Verträge zur Sicherung der friedlichen Nutzung des Weltraums sowie der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme von 1972 vollständig eingehalten, gestärkt und angesichts jüngster technologischer Fortschritte notwendigerweise erweitert werden müssen.

Bedauerlicherweise hat der Respekt vor dem internationalen Recht in letzter Zeit einen seiner tiefsten Punkte erreicht. Auf den Rechten

schwächerer Staaten wird ungestraft herumgetrampelt. Verträge werden verletzt, um dem Vorteil von Staaten, insbesondere der mächtigsten, zu dienen.

Wenn die Bemühungen in Richtung auf nukleare Abrüstung Fortschritte machen sollen, ist es dringend erforderlich, daß die mit der Abrüstung verbundenen Verträge Fortschritte machen und daß die Vereinten Nationen gestärkt werden und ihre Charta sowie die mit der Abrüstung verbundenen Verträge nach Geist und Buchstaben befolgt werden.

Den Geist von Genf wiederbeleben

Die Vergeudung der begrenzten Naturschätze der Welt für Rüstungszwecke steht in ernüchterndem und drastischem Kontrast zur permanenten Unterernährung, die zu einem Leben im Elend und zu frühem Tod führt.

Abgesehen von der ständigen Drohung des Hungers, mit der Millionen von Menschen auf Erden belastet sind, sind Armut und wirtschaftliche Hoffnungslosigkeit auch eine Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit. Diese Bedrohung verschärft sich in vielen Entwicklungsländern, in denen das Problem der Auslandsschulden ihre Fähigkeit genügend Mittel für die dringenden und fundamentalen Bedürfnisse ihrer Bevölkerung bereitzustellen, noch mehr reduziert. Die Verwendung von Ressourcen für militärische Zwecke zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung ist deshalb ein grundlegendes Erfordernis unserer Zeit.

Unsere Botschaft aus Mexiko ergeht an die Führer der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, ihren im vergangenen

Jahr begonnenen Dialog fortzusetzen und zu verstärken und ein Datum für ein neues Treffen festzusetzen sowie eine Haltung gegenseitiger Kompromißbereitschaft und Konzilianz an den Tag zu legen, um zu gewährleisten, daß der Dialog zu praktischen Ergebnissen im Bereich der Abrüstung führt.

Jedes ihrer Länder hat die Kapazität, die Welt mehrfach zu zerstören. Niemand würde auf den Gedanken kommen, daß einer von ihnen Schwäche zeigen würde, wenn er zur Konzilianz bereit wäre.

Der Geist von Genf muß wiederbelebt und gestärkt werden, und wir betonen erneut unsere Entschlossenheit, ein Abkommen zwischen den Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, zu fördern und mit ihnen sowie mit allen anderen Staaten für die gemeinsame Sicherheit der Menschheit und für den Frieden zu wirken. Erneut rufen wir die Völker, die Parlamente und Regierungen der ganzen Welt auf, sich unserem Appell aktiv anzuschließen. Jeder einzelne hat ein Recht auf Frieden und die Verantwortung, danach zu streben. Weder zusammen noch allein können die Völker der Welt den Schrecken von Hiroshima und Nagasaki aus dem Gedächtnis der Menschheit löschen, aber zusammen können und müssen wir diesen sich abzeichnenden Schrecken für unsere Zukunft verbannen.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/Juni-Juli 1986

Schwerpunkt: **Jugend in Südafrika** ● Auseinandersetzung der Jugendlichen mit der Polizei ● Kongreß des Nationalen Komitees gegen die Bildungskrise ● Überblick über Jugend- und Studentenverbände des Widerstands ● Bildungspolitik ● Außerdem: Entwicklung der Gewerkschaften ● Abschaffung der Paßgesetze
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 2/1986

Thema: **Gezogen und geschoben. Weltweit auf der Suche nach Arbeit.** Beiträge über die Ursachen der Migration, die Lebensbedingungen von Arbeitsemigranten, die Wirkungen der Migration auf die Herkunftsländer und über übergreifende historische Zusammenhänge. Außerdem: Mexikanische Wanderarbeiter in den USA ● Asiaten in den Golfstaaten ● Ausweisung von Ghanaern aus Nigeria ● Abwanderung von Arbeitskräften aus dem Mittelmeerraum nach Nordwesteuropa ● Transmigrasiprojekt in Indonesien.
Einzelpreis 5 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

ila-info, Nr. 97/Juli-August 1986

Schwerpunkt: **Karibik** – Nicht nur Strände ● Analysen und Berichte zu Jamaica, Kuba und der Dominikanischen Republik ● Weitere Beiträge: Multis und Umweltzerstörung in Peru ● Der Kampf der Mütter von der Plaza de Mayo ● Nicolas Gullien und der Afrokubanismus ● Itaparica-Kampagne ● Fernsehworkshop Entwicklungspolitik ● Geiselnahme in Nicaragua ● Diskussionsbeiträge zum BUKO in Bremen
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 135/August 1986

Brasilien – Kirche mit dem Volk: Interview mit Bischof Rodriguez über die Theologie der Befreiung in der Praxis und über das Staudammprojekt in Itaparica ● Außerdem: **Französisch-Polynesien** – Frankreichs Kolonie im Südpazifik ● **Namibia** – Zehn Jahre illegaler Uranabbau ● **BRD-Kapitalhilfe** – Entwicklungsländer sanieren den Bundeshaushalt ● **Interview mit Noam Chomsky** über die US-Außenpolitik
Einzelpreis 5 DM; Abo 30 bzw. 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Peripherie, Nr. 22-23/Herbst-Winter 1985/86

Fordismus, Landwirtschaft, Modernisierung ● Entwicklungstheorie und Fordismus ● Agrarentwicklung und Agrarkultur: Brasilien, Elfenbeinküste, Mexico ● Internationale Arbeitsteilung und Frauenarbeit ● Diskussion: H. Elsenhans
Einzelpreis: 9 DM; Doppelheft 16 DM; Abo 30 DM
Bezug: Peripherie, c/o FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 151/August 1986

Peru: Hintergründe des Massakers ● Zwei Briefe aus Lima ● Interview mit Diaz Martinez, einem getöteten Senderista ● Stellungnahmen einer Peru-Gruppe und des Komitees der Angehörigen der politischen Gefangenen ● Außerdem in dieser Nummer: Nicaragua: Konflikte, Contra, Kirche ● El Salvador: Gefangen, verschwunden und ermordet ● Haiti: Drei Monate nach Duvalier – Reisebericht (2) ● Chile: „Alle zusammen zur gleichen Zeit“ ● Argentinien: „Alfonso will Modernisierung statt sozialer Gerechtigkeit“
Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM
Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Dialog von Juri N. Popow und Jean Ziegler Weltordnung – von der UdSSR reproduziert? (I)



Ein selten ausgedehntes Streitgespräch zwischen Jean Ziegler und Juri N. Popow erscheint dieser Tage unter dem Titel „Ändere die Welt: Sie braucht es! Ein Dialog zwischen Ost und West“ (231 S., 14,80 DM) im Kölner Pahl-Rugenstein Verlag. Der Genfer Soziologieprofessor J. Ziegler ist Führungsmittglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und deren Repräsentant im Büro der Sozialistischen Internationale. Der Moskauer Ökonomieprofessor J. Popow gehört der Akademie der Wissenschaften der UdSSR an, ist im Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften für Entwicklungsländerfragen zuständig und KPdSU-Mitglied.

Teils kontrovers, teils übereinstimmend diskutieren Ziegler und Popow über den Reagankurs, das Ost-West-Verhältnis, das Wettrüsten und die Probleme der Dritten Welt. Wir stellen Ausschnitte des Dialogs vor, in denen das Verhältnis der UdSSR bzw. des sozialistischen Lagers zur Dritten Welt thematisiert wird.

J. ZIEGLER: Zur sogenannten Dritten Welt gehören heute 122 Länder. (...) Ein solches Land kann in Afrika, Asien oder Lateinamerika liegen, es ist weniger industrialisiert oder hat überhaupt keine eigene nationale Industrie.

Eine kleine Schicht der Kompradoren-Bourgeoisie, die ein willfähiges Werkzeug des internationalen Kapitals und der transnationalen Konzerne ist, betreibt Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Anwerbung der Arbeitskräfte unter der einheimischen Bevölkerung.

Typisch für ein Land der Dritten Welt ist, daß es hauptsächlich Agrarrohstoffe produziert. Valuta werden im wesentlichen für den Export von ein oder zwei Warenarten eingenommen. Ein solches Land wird Opfer ungerechter Handelsbedingungen... (...)

J. POPOW: Folglich geben Sie die Exi-

stenz einer ungleichen Entwicklung in der Welt zu, d.h. die Existenz einer vom Kapitalismus hervorgebrachten sozialwirtschaftlichen Ordnung.

J. ZIEGLER: Ja, das ist eine universelle Ordnung der Ungleichheit, der mangelnden Freiheit. Sie wird von einer besonderen negativen Dynamik angetrieben und ist von einem künstlich geschaffenen Defizit gekennzeichnet.

Diese Ordnung führt zu einer raschen Bereicherung einzelner und zu einer ständigen Verelendung der Mehrheit als natürliche, universelle und unabdingbare Faktoren. Sie reproduziert sich durch Gewalt. (...)

J. POPOW: Ich möchte darauf hinweisen, daß sich in den Ländern der Dritten Welt trotz absoluter Armut eine nationale Elite von Neureichen herausgebildet hat, die übrigens ihr eigenes Volk rücksichtslos ausbeutet.

J. ZIEGLER: Ja, praktisch gibt es in je-

dem armen Land an der Peripherie ein „lokales“ Zentrum, das mit den „Chefs“ in Paris, New York oder Genf verbunden ist. Dieses Zentrum häuft für seinen eigenen übermäßigen Verbrauch immense Reichtümer an.

Gegenüber seinen Landsleuten betreibt es eine nicht weniger zynische Ausbeutungspolitik als die europäischen und amerikanischen transnationalen Konzerne. (...) Die Grausamkeit der Reichen in den armen Ländern kennt keine Grenzen.

Sie ist unumgänglich für eine rationelle Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Bodenschätze der armen Länder durch die herrschenden Klassen der reichen Länder. (...)

Die ungerechte, die Freiheit vernichtende Weltordnung hat einen universellen Charakter: Sie wird von allen Staaten, unabhängig von ihrer Produktionsweise (Staatskapitalismus, Privatkapitalismus), reproduziert. Sie ist das Produkt einer bestimmten (privatkapitalistischen) Produktionsweise, und ihre Rationalität wirkt heute als alles bestimmender Faktor der gesamten Wirtschaftsentwicklung.

J. POPOW: Ich möchte hier einiges präzisieren. Sie behaupten, die ungerechte Weltordnung werde „von allen Staaten, unabhängig von ihrer Produktionsweise, reproduziert“. Das stimmt nicht. In vielen Teilen der Welt wird sie bereits nicht mehr reproduziert. Dort, wo der Kapitalismus als Produktionsweise nicht mehr existiert. Sie waren selbst in Usbekistan, einer einstigen Kolonie des zaristischen Rußland, und werden mir recht geben, daß dort Probleme, die wir unter dem Oberbegriff „Unterentwicklung“ kennen, nicht existieren.

Doch stimme ich Ihnen natürlich darin zu, daß die außerordentlich schwere Lage der Entwicklungsländer durch die privatkapitalistische Produktionsweise entsteht. (...)

Ist die UdSSR mitschuldig am Hungertod in Afrika?

Während sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern verschiedener Kontinente zuvor hauptsächlich auf den Außenhandel beschränkt hatten, wurde der Prozeß der Internationalisierung des kapitalistischen Eigentums mit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems, insbesondere in der Epoche des Imperialismus, auf dem Wege des Kapitalexports und durch die Tätigkeit der internationalen Monopole realisiert. (...) Und schließlich die dritte Seite der Unterentwicklung – die Ausbeutung. (...) Auch im Kolonialsystem wurden weitgehend außerökonomische Ausbeutungsformen praktiziert: die unentgelt-

liche Besitzergreifung der besten Ländereien durch die Kolonisatoren, Zwangsarbeit, die Besteuerung der einheimischen Bevölkerung usw.

Beim Imperialismus entwickeln sich solche Methoden der Ausbeutung wie Außenhandel und Kapitalexport, die bestimmend werden. Die Ausbeutung vollzieht sich verhüllt, ist nicht so direkt. Doch das Ausmaß des imperialistischen Raubs wird bedeutend größer, die Ausbeutung erscheint in der Gestalt eines regelmäßigen Abflusses von gewaltigen materiellen und finanziellen Mitteln aus den Entwicklungsländern.

J. ZIEGLER: Sie vermischen zwei Realitätsebenen: die Diachronie und die Synchronie.

Historisch betrachtet, hat die kapitalistische Produktionsweise zur Entstehung der kolonialen und neokolonialen Systeme geführt. Es gibt eine Genesis der Unterentwicklung. Die Weltordnung hat eine Geschichte. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts sind die kapitalistischen Länder mit ihrer expansionistischen Dynamik der Hauptakteur dieser Geschichte.

Das Elend der afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Länder ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist das Produkt einer Weltordnung, einer internationalen Arbeitsteilung, ungleicher Terms of trade, deformierter Produk-



Ein Gutteil der zu geringen sowjetischen Getreideproduktion kommt aus Kasachstan – Selbstversorgung ist Planziel

tionsstrukturen in diesen Ländern selbst usw. Soweit sind wir uns einig.

Aber diese Weltordnung ist heute universell geworden. Die UdSSR und die anderen Länder mit staatlich-kollektivistischer Produktionsweise reproduzieren sie genauso wie die kapitalistischen Länder.

J. POPOW: Das stimmt nie und nimmer!

J. ZIEGLER: Wollen Sie ein Beispiel? Die Landwirtschaft der UdSSR befindet sich in einer Dauerkrise. Die UdSSR produziert nicht genug Nahrungsmittel, um ihre ganze Bevölkerung zu ernähren. Sie

importiert jedes Jahr einige zehn Millionen Tonnen Getreide.

Und wie? Indem sie sie auf dem Weltmarkt kauft. Die Preise für dieses Getreide sind jedoch Börsenpreise, spekulative Preise. (...) Die massiven Käufe der UdSSR hatten die Weltmarktpreise hochgetrieben.

Resultat: Mehrere Länder wie Tschad, Somalia, Burkina u.a. konnten sich nicht genügend Nahrungsmittel verschaffen. In Afrika sind wegen der sowjetischen Käufe Zehntausende von Menschen gestorben.

J. POPOW: Der 27. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 hat beschlossen, der Landwirtschaft Priorität einzuräumen, das Nahrungsmitteldefizit zu beseitigen, die Selbstversorgung mit Weizen sicherzustellen.

Außerdem ist der importierte Weizen nicht für die menschliche Ernährung bestimmt, sondern wird als Viehfutter verwendet. Zu behaupten, daß die Käufe der Sowjetunion am Tod von Menschen im Tschad schuld sind, erscheint mir völlig absurd. Dies ist eine Beleidigung der UdSSR.

J. ZIEGLER: Ich spreche von den Markt- und Börsenmechanismen und nicht von einer bewußten Politik der UdSSR, die darauf abzielt, die Menschen der Dritten Welt wissentlich auszuhungern.

Wird fortgesetzt

ZEITSCHRIFTEN AUS DER UdSSR

WISSENSCHAFT IN DER UdSSR

Herausgegeben v. der Akademie der Wissenschaften. Berichte u. Reportagen a. Wissenschaft und Forschung. 6 Hefte im Jahr. Erscheint in Deutsch, Russisch, Englisch und Spanisch. 132 Seiten, farbig. Jahresabo 60,00 DM.

SPUTNIK DIGEST

Reich illustriertes Monatsmagazin. Reportagen, Essays, Erzählungen, Beiträge über Mode, Wissenschaft und Kultur. Erscheint in Deutsch, Russisch, Englisch, Französisch, Spanisch. 180 Seiten in Farbe. Jahresabo 38,00 DM.



KULTUR UND LEBEN

Illustrierte Monatszeitschrift über das kulturelle Leben in der Sowjetunion und Neuigkeiten aus der Wissenschaft. Erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. 52 Seiten in Farbe. Jahresabo 30,00 DM.

SOWJET-LITERATUR

Monatszeitschrift mit Beiträgen sowjetischer Literatur, Kritik und Literaturwissenschaft. Mit zahlreichen Abb. von Werken der sowjetischen bildenden Kunst. (Zum Teil in Farbe). 192 Seiten pro Heft. Jahresabo 45,00 DM.



NEUE ZEIT

Wochenzeitschrift für aktuelle internationale Ereignisse und Grundprobleme der Gegenwart. Übersichten u. Kommentare. Ersch. in Dt., Russ., Engl., Frz., Span., Portug., Ital. 36 Seiten pro Woche. Jahresabo 36,00 DM.

SOZIALISMUS THEORIE U. PRAXIS

Illustrierte Monatszeitschrift für theoretische und praktische Fragen des Marxismus-Leninismus, sowie des Friedens und des Sozialismus. Ersch. in Dt., Engl., Franz. und Span. 128 Seiten pro Heft. Jahresabo 24,00 DM.



PROBELESEN KOSTENLOS

Telefon 0 21 01/59 03 70, Frau Lang.

Oder Coupon einsenden an:
Plambeck & Co, Postfach 10 10 53,
4040 Neuss 1.

Bitte schicken Sie mir von folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Bitte schicken Sie mir das Gesamtverzeichnis „Zeitungen und Zeitschriften aus der Sowjetunion“.

Absender:

03-03-02-AIB-010-86

ZEITSCHRIFTEN AUS DER UdSSR





Interview mit Che Lan Vien

Träume reflektieren das gesellschaftliche Leben

Che Lan Vien, das ist der im Ausland wohl bekannteste Schriftsteller Vietnams neben To Huu. Seine 66 Jahre sind dem vitalen, humorvoll-unkonventionellen Poeten wirklich nicht anzusehen. Geboren wurde er in Quang Tri, in Mittelvietnam, als Sohn einer armen Familie. Er gehört der ethnischen Minderheit der Cham an und hieß ursprünglich Phan Ngoc Hoan. Seinen Künstlernamen Che Lan Vien nahm er mit der Fertigstellung seines ersten Gedichtbands „Ruinen“ im Alter von 17 Jahren an. Über seine Absolvierung der französischen Kolonialschule kam er in Berührung mit der „modernen Poesie“ des Symbolismus, die die konfuzianische Enge überwand und resignative Züge trug: „Ich hoffe auf nichts, ich erwarte nichts. Es wächst meine Trauer im Frühling...“ (Gedichtband „Frühling“, 1937). Im Widerstandskrieg gegen Frankreich ergriff er Partei für die Befreiungsbewegung Viet Minh und arbeitete als Journalist und Essayist für dessen Untergrundpublikationen.

Während des Widerstandskriegs gegen die USA trat er u.a. mit den Gedichtsammlungen „An euch, meine Brüder“ (1956), „Licht und angeschwemmtes Land“ (1960) und „Hamlet sein in Vietnam“ (1969) hervor. Zunehmend rückte bei ihm die patriotische und gesellschaftliche Funktion seines Künstlertums in den Vordergrund: „Es gibt Zeiten, da braucht man die Kinder nur zu normalen Menschen zu erziehen. Es gibt aber auch Zeiten, da muß man mehr tun: man muß Helden aus ihnen machen.“ („Der Beruf der Mutter“, 1969) Heute wirbt Che Lan Vien als Mitglied des Präsidiums des Schriftstellerverbandes und der Nationalversammlung Sozialistischen Republik Vietnam für mehr Verständnis im Westen, so kürzlich bei einem BRD-Besuch, für die Schwierigkeiten und das verlangsamte Vorankommen Vietnams bei der Vergangenheitsbewältigung, beim sozialistischen Aufbau. Über seinen Werdegang und sein Selbstverständnis befragten ihn für das AIB Prof. Günter Giesenfeld und Wolfram Bröner.

AIB: Wie sind Sie zur Poesie gekommen? Und wie zur revolutionären Bewegung?

C.L. VIEN: Den ersten Gedichtband gab ich im Jahre 1937 im Alter von 17 Jahren heraus, er hieß „Ruinen“ (Verfall). Einige weitere Gedichte aus der damaligen Zeit drückten mystische und pessimistische Grundhaltungen aus.

Dann habe ich lange Zeit keine Lust mehr gehabt, Gedichte zu schreiben. (Che Lan Vien war beim Viet Minh und tätig als Kriegskorrespondent, Journalist und schrieb auch Essays; d. Red.). Ich war vor der Revolution stark von religiösen Themen geprägt, liebte metaphysische Gedanken. Davon war ich im Grunde bis zum Jahre 1945 geprägt.

In der Zeit des Widerstandskampfes und der Revolution habe ich mich sehr verändert, denn ich nahm am Leben des Volkes teil.

Das politische Engagement brachte mich dazu, auch wieder Gedichte zu schreiben. Dabei entstanden aber nicht nur politisch-revolutionäre Texte, sondern auch Liebesgedichte.

AIB: Wie haben sich diese Veränderungen in den Themen und Stoffen Ihrer Gedichte widerspiegelt?

C.L. VIEN: Vor der Befreiung 1945 waren Probleme der Metaphysik für mich die wichtigsten. Es entwickelte sich eine Liebe zur Bibel und zum Christentum (in evangelischer, katholischer und adventistischer Prägung), und zum Buddhismus; aber hier fand ich keine Antwort auf meine Fragen.

Nach der Befreiung 1945 traten die Probleme des Befreiungskampfes in den Mittelpunkt. Vorher war ich in der Dunkelheit, jetzt beschäftigten mich die Probleme der Menschen. In der Zeit bis 1975 stand stark die heroische Seite des Befreiungskampfes im Vordergrund, später, nach 1975, mehr die Probleme des täglichen Lebens.

Vietnam – keine Kulturnation?

AIB: Was sind diese Probleme?

C.L. VIEN: Ich schreibe auch immer noch Gedichte über die Liebe, oder über Blumen, überhaupt sind Gedichte über den Alltag sehr wichtig.

Früher waren die Gipfel der Berge, das heißt der Heroismus unseres Volkes, Hauptthema. Jetzt befinden wir uns in den Ebenen des täglichen Lebens, und auch da gibt es viele Themen für Gedichte.

AIB: Aber auch die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung muß doch nach der Befreiung des Südens und der Wiedervereinigung Vietnams weiterhin in Ihrem Schaffen eine Rolle spielen?

C.L. VIEN: Natürlich. Gesellschaft, Leben und Realität sind stets der Quell



Gesprächspartner Che Lan Vien und AIB-Mitherausgeber G. Giesenfeld (links)

meiner Dichtung.

Aber die Gedanken und Träume der Menschen, die Seele, darin reflektiert sich doch das gesellschaftliche Leben. Deswegen ist meine Dichtung nicht nur äußerliche Beschreibung des Alltags, sondern auch Wiedergabe der Gedanken und Sorgen der Menschen.

Trotzdem haben natürlich alle meine Texte einen philosophischen Hintergrund. Ich verwende die alten und die neuen Formen, schreibe mit Reimen oder ohne Reime. Ich versuche, mich auf die Gegenwart und die Realität zu beziehen.

Damit meine ich die aktuelle Situation und die heutigen Probleme unseres Landes. Was wir uns weiter fragen müssen: „Werden wir heute abend Reis haben oder nicht? Werden wir morgen Krieg haben oder nicht?“

AIB: Was sind aus Ihrer Sicht die Besonderheiten, die typischen Merkmale der vietnamesischen Kultur und Literatur?

C.L. VIEN: Unsere viertausendjährige Geschichte und die über 60 nationalen Minderheiten mit ihren eigenen Kulturen sind die Ursache für eine sehr verschiedenartige, reiche Kultur. Wir machen selbst täglich neue Entdeckungen dabei.

Die böswillige Propaganda der französischen Kolonialisten, dann der amerikanischen Imperialisten hat die Welt davon zu überzeugen versucht, daß es in Asien nur China, Japan und Indien als Kulturnationen gibt. Aber unser Vietnam ist auch ein asiatisches Kulturland eigener Prägung, ganz verschieden von den anderen.

Che Lan Vien Die praktische Wahrheit

Das Volk, ein Leben lang hat es den Reis gegessen. Das Volk, es setzt die zarten Pflänzchen heute neu. Wozu, wie Wasser, das da fließt, so viel verlorne Verse, die unserm Volke weniger genützt als eine Schale Reis?

Natürlich gibt es in Vietnam Dinge, die genauso auch in anderen Ländern existieren. Aber es gibt in Vietnam auch Dinge, die man nirgendwo anders findet. Wir haben ein orgelartiges Bambusrohr-Instrument, das „Klongput“, die einsaitige Gitarre „Monocord“, den Bambusstangentanz, die Wassermarionetten.

Ägypten hat seine Mumien, aber auch in Vietnam können Sie eine Buddhastatue besichtigen, die in Wirklichkeit eine Mumie ist. Und kürzlich wurde in Binh Dinh die vollständig erhaltene Mumie einer Prinzessin im Wasser entdeckt, die vor 200 Jahren gelebt hat. Aber glauben Sie nun nicht, daß ein Volk, das eine Vergangenheit von Grabstätten und Mumien hat, besonders zur Metaphysik neigt.

Kürzlich fand in dem Dorf Vinh Hoang ein großes Treffen über Witze statt, dessen Einwohner seit Generationen dafür bekannt sind, daß sie lustige Geschichten sammeln und sie einander erzählen!

In Paris erschien eine Sammlung von Gedichten surrealistischer Tendenz, geschrieben von Autoren, die den nationalen Minderheiten in den Bergen Mittelvietnams angehören. Das ist eine andere, sicher neue Facette im Bild Vietnams.

AIB: Welchen Einfluß hatte To Huu auf Sie?

C.L. VIEN: Er ist unser größter Dichter. To Huu reflektiert die Phasen der Geschichte, genauer, er reflektiert die Gefühlszustände des Menschen in diesen je-

Che Lan Vien Liebeslied am Morgen

Der Abend geht, du gehst mit ihm,
der Garten verliert seine Vögel.

Du kommst, es kommt das Morgenrot,
und öffnet die Kronen der Blumen.

Nun bist du da, die Sonne brennt.
Das Himmelsblau dämpft ihre Strahlen.

Die Liebe ist wie tausend Sterne,
goldene Körner am Himmel.

Die Vögel haben mich verlassen, doch
sie können das Licht mir nicht nehmen.

Ich liebe dich: Aufstehn
am Morgen die zärtlichen Knospen.

Doch wenn die Sonne mich verläßt,
bleiben mir übrig die Sterne,

das glänzende Gold des Glücks,
leuchtet hoch über mir.

Morgen wirst du wieder kommen
Ganz aus Blumen wirst du sein.

weiligen Etappen. Er schreibt über Kuba, über Polen so fesselnd wie über sein Land und dessen tägliche Probleme. Epische Gedichte, politische Gedichte,

Che Lan Vien Wie bei uns die Siege entstehen

Warum
hat der kleine Junge dort
vor der Kirche, wo die Engel
ihre Flügel öffnen,
nur ein Bein?

Seine Mutter wurde getötet.
Tausendmal ruft er nach ihr.
Niemand wir kommen
und dieses Bein wieder nachwachsen lassen,
das verlorene.

Für jetzt und für immer
wird ihm eine Krücke aus Bambus
seine Mutter ersetzen müssen,
ihn stützend, sein Leben lang.

So beginnen bei uns die Kämpfe.
So beginnen bei uns die Siege.

Nicht durch den Aufruf irgendeines Dichters
mit dem hitzigen Herzen eines Taifuns,
nicht auf Befehl irgendeines Generals,
der die Schlachten liebt,

sondern aus dem Schweigen jener Wunde,
die vernarbte,
und sich wieder öffnete,

unter dem Geräusch jener Krücken,
die hier auf die Erde pochen,
hier auf die Erde pochen und fern
in den Herzen der Menschen widerhallen,
Ganz leise pochen und
doch die großen Siege einleiten.

Hier, in einer Ecke Vietnams pochen,
und an diesem Morgen widerhallen,
bis nach Paris, bis nach New York.

revolutionäre Gedichte. Seine epischen und politischen Gedichte enthalten lyrische Elemente. Sie gefallen den Menschen sehr, denn sie sind harmonisch und musikalisch.

AIB: Welche zeitgenössischen vietnamesischen Schriftsteller muß man außerdem beachten?

C.L. VIEN: Es gibt sehr viele hochbegabte Schriftsteller in Vietnam. Ältere Generationen: Huy Can, Xuan Dieu, Te Hanh. Junge Generation und Frauen: Xuan Quynh.

AIB: Welche anderen Dichter, auch aus dem Westen, haben Sie beeinflusst?

C.L. VIEN: Ich mag natürlich vor allem Gedichte von asiatischen Autoren. Aber auch Dichter aus Europa, vor allem der 20er Jahre, haben mich schon früh beeindruckt.

Von den ersteren mag ich buddhistische Texte, dann die Poesie der Tang-Dynastie, von Ly Thai Peh, Tu Fuu. Von den westlichen Literaturen möchte ich vor allem nennen: Rainer Maria Rilke, Guillaume Apollinaire, Pablo Neruda, Paul Eluard und Iannis Ritsos.

Über deutsche Literatur weiß ich wenig. Ich mag Brecht, Hölderlin, und Goethes „Faust“...

Wir gehen weiter...

Zum Beispiel im
September:

Die neue Lehrergeneration

Pädagogische Freiberufler,
Spagatlehrer, Arbeitslose ...

Die pädagogischen Jobber.
Gespräche mit „Junglehrern“
von Angelika Hartzheim

Der Gefahr ins Auge sehen –
Thesen zur Lehrerausbildung
von Jürgen Burger

Heute für den Lehrerberuf
studieren! –
Prognosen von Klaus Klemm

Und außerdem:

■ Aktuelle Stunde: Die erste, die
dritte, gar keine Strophe?
Das Deutschlandlied.

■ Hauptschulschließungen –
Chancen für Sparpolitiker oder für
Schulreformer?

■ Theorie:
Warum Leont'ev?
Ein Gespräch mit Alfred Meßmann
und Georg Rückriem

■ Kindersolidarität mit Südafrika.
Bericht aus dem Hamburger
Kinderhaus.

Ich möchte die **Demokratische
Erziehung** kennenlernen. Bitte,
schicken Sie mir ein (kostenloses)
Probeheft.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Bitte ausschneiden und
abschicken an:

Pahl-Rugenstein Verlag GmbH
Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Pahl-Rugenstein



Ein Film von L. Ngakane
Nelson Mandela –
Der Kampf
ist mein Leben

Lionel Ngakane hat 1985 mit dem Film „Nelson Mandela – Der Kampf ist mein Leben“ nicht nur ein Porträt des eingekerkerten Führers des südafrikanischen Befreiungskampfes gezeichnet, sondern auch erstmals mit filmischen Mitteln die Formierung und Entwicklung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) dargestellt.

Lionel Ngakane wurde 1928 in Johannesburg geboren und lebt seit 1952 im Exil in London. Er arbeitete als Schauspieler, Theater- und Filmregisseur. Und er war Gründungsmitglied und erster Präsident der Panafrikanischen Föderation der Filmschaffenden (FEPACI). Von ihm stammen Filme wie „Vukani awake!“ (1964), „Hey, White Man!“ (1974) und „Children of Soweto“ (1974). Im folgenden Gespräch mit L. Ngakane geht es um Inhalt und Anliegen des Films.

FRAGE: Lionel Ngakane, Nelson Mandela spielt eine bedeutende Rolle für den Kampf des südafrikanischen Volkes und für die Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt, obwohl oder gerade weil er seit 23 Jahren in Kerkerhaft gehalten wird. Daher gibt es auch wenig Filmmaterial über ihn. Wie sind Sie trotzdem dazu gekommen, ein solches Werk zu machen?

L. NGAKANE: Im Jahre 1983, anlässlich des Geburtstages von Nelson Mandela, wurde in London ein Konzert aufgeführt. Man bat mich, das Konzert auf Video aufzuzeichnen.

Ich merkte dann aber, es ist nicht genug, die Persönlichkeit Mandelas zu würdigen, wenn einfach dieses Konzert wiedergegeben wird. Da hatte ich die Idee, einen Film über sein Leben zu machen. Denn mir war aufgefallen, daß ihn viele Menschen zwar kennen, aber wenig über die Umstände, unter denen er sich zum Führer des südafrikanischen Volkes entwickelte und wie opferreich dieser Kampf ist. Für mich ist wichtig herauszustellen, daß Nelson Mandela ein Symbol dieses Kampfes ist, nicht nur innerhalb des Landes, auch international. Im Film zeige ich nicht nur sein Leben, sondern es werden auch die Etappen des Kampfes des ANC dargestellt.

Ich möchte noch betonen, daß es nicht nur um Mandela geht, sondern auch um das Schicksal seiner sechs Mitkämpfer, die mit ihm vor mehr als 20 Jahren unter falschen Beschuldigungen eingekerkert wurden. Der Film endet mit der Forderung, alle politischen Gefangenen freizulassen.

FRAGE: Unter was für Umständen haben Sie in London diesen Film hergestellt?

L. NGAKANE: Den Film habe ich ganz allein produziert. Da der ANC kein Geld dafür ausgeben kann, blieb mir als einziger Weg, vom Londoner Stadtrat Geld anzunehmen, mit dem ich die Divemay Films Ltd. gründete, um den Film zu drehen.

An dieser Stelle möchte ich sagen, als einfaches Mitglied des ANC, nicht als offizieller Vertreter, daß der ANC Mittel braucht, damit wir selbst Filme machen können und nicht andere unsere Probleme darstellen. Es geht dabei nicht nur um Geld, auch um Unterstützung bei der Ausbildung von Filmemachern.

Das Material meines Films basiert hauptsächlich auf eigenen Nachforschungen. Ich war in Bibliotheken, habe Bücher über Nelson Man-



Lionel Ngakane

delas gelesen und habe im Fernsehen nach zeitgenössischem Material gesucht. Dabei war ich auch bereit, eine schlechtere Qualität des Materials in Kauf zu nehmen, weil ich denke, in erster Linie muß der Dokumentarfilm authentisch sein.

FRAGE: Was sind Ihre Hauptanliegen, die Sie mit dem Film verfolgen?

L. NGAKANE: Es ist wichtig für den Kampf des ANC, daß die Aktionen gegen die Apartheid im internationalen Maßstab verstärkt werden. Es genügt nicht, die Apartheid zu verurteilen, es ist Zeit für praktische Maßnahmen. Die westlichen Länder müssen endlich Sanktionen gegen Südafrika verhängen. Und was Mandela angeht, muß man über die Forderung nach seiner Freilassung hinausgehen.

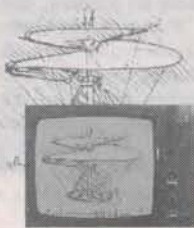
Natürlich ist mir nicht die finanzielle Seite das Wichtigste, sondern der politische Effekt. Aber sollte dieser Film jemals Profit einspielen, werde ich das Geld der ANC-Schule „Solomon Mahlangu“ in Tansania übergeben. (Quelle: Vorwärts, Zürich, 2.6.1986)

Nelson Mandela – Der Kampf ist mein Leben, Großbritannien 1985, 16 mm, Farbe und s-w, 40 Min., deutsche Tonfassung. Bezug: CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen und UNIDOC Film & Video, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund 1

Probelesen

Zeitschrift für engagierte Kunst. Hervorgegangen aus der Initiative „Künstler gegen den Atomtod“. 4 Hefte im Jahr, 84 Seiten, Zahlreiche Abbildungen. Jahresabo 32,00 DM, Studentenabo 27,00 DM, im Doppelabo mit dem Kürbiskern 54,00 DM.

Kunst und Medien



kürbiskern



Eine Plattform für Literatur, die kein Luxus ist, die das Leben und die Kämpfe unseres Landes widerspiegelt und Orientierung gibt. 4 Hefte im Jahr, 160 Seiten. Jahresabo 32,00 DM, Studentenabo 27,00 DM, Doppelabo mit Tendenzen 54,00 DM.

Das Jugendmagazin, das Mut macht, dabei ist, wenn's um die Rechte der Jugend geht. Sinnvolle Freizeit, Ausbildung und demokratische Rechte sind wichtiger als Puder, Schminke und Klamotten. 12 Hefte im Jahr, 44 Seiten, Jahresabo 24,00 DM.



Das linke Studentenmagazin. Aktuelles zur Hochschulpolitik, Vorschläge, Kritiken und Meinungen, die den Rechten ein Dorn im Auge sind. Für eine demokratische Hochschule. 12 Hefte im Jahr, 68 Seiten, Jahresabo 19,50 DM.

Gesellschaftspolitisch engagiert in frauenspezifischen Fragen. Herausgegeben von der Demokratischen Fraueninitiative. 6 Hefte im Jahr, 24 Seiten, Jahresabo 15,00 DM.



Die Zeitschrift über die rote Insel der Karibik. Wissenswertes aus Cuba. 4 Hefte im Jahr, 40 Seiten, Jahresabo 15,00 DM.

Argumente für die jugendpolitische Arbeit im Kampf um Frieden, Arbeitsplätze und Lehrstellen, Demokratie und Gleichberechtigung, für ein selbstbestimmtes Leben, das Spaß macht. 12 Hefte im Jahr, 36 Seiten, Jahresabo 48,00 DM.



KULTUR & GESELLSCHAFT



Aktuelle kulturpolitische Diskussionen. Kultur als Teil des gesellschaftlichen und politischen Lebens. 12 Hefte im Jahr, 20 Seiten, Jahresabo 24,00 DM.

Berichte und Analysen aus marxistischer Sicht zu Fragen unserer Zeit und des politischen Alltags der BRD. 6 Hefte im Jahr, 128 Seiten, Jahresabo 25,00 DM, Studentenabo 17,50 DM.



Diskussionsforum d. kommunistischen und Arbeiterparteien aus aller Welt. Informationen, Rezensionen, Dokumentationen. 12 Hefte im Jahr, 140 Seiten, Jahresabo 26,40 DM.

kostenlos

Schicken Sie mir bitte von den folgenden Zeitschriften ein kostenloses Probeexemplar:

Bitte schicken Sie mir Ihr Gesamtprogramm

Meine Anschrift:

04-02-02-AIB-010-86



plambeck & co

Druck und Verlag GmbH

Zeitschriftenprogramm

Postfach 10 10 53,

4040 Neuss 1, Telefon 02101-59030

Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns den Coupon:

„Umrüstung“?



Angesichts der Bedeutung des Mercedes-Benz-Konzerns an der Ausrüstung der faschistischen Blitzkriegstruppen des Botha-Regimes, ist eine internationale Ächtungskampagne gegen die „Nazi-Achse“ Deutsche Bank-Mercedes-Benz mehr als von Nöten! Eine Aufwertung, wie der geplante Ankauf eines Unimogs (siehe: AIB 7/1986, S.10), stellt an sich ein „Durchbrechen“ des international geführten Handelsembargos gegen das faschistische Botha-Regime dar!

Aber selbst unabhängig von der politisch aktuellen Position, der politischen und materiellen Isolierung des Botha-Faschismus, stellt sich bereits selbst aus der historischen Entwicklung der Anti-Apartheid-Bewegung ein bedeutender Widerspruch zum Mercedes-Benz-Konzern her! War es nicht dieser Konzern, der kaum wie ein anderer, neonazistische Gruppierungen und rassistische Hochschularbeit großzügig finanziell förderte, oder!? Sind es nicht gerade diese Neo-Nazis als Förderprodukte des Mercedes-Benz-Konzerns, die Büchertische von AAB-Gruppen umkippten und die Solidaritätsarbeit für die Unabhängigkeit Namibias auch mit brutaler Gewalt behinderten!? Ist ambulante, medizinische Hilfe nicht auch ohne das Symbol des bundesdeutschen Staatsterrorismus in vergleichbaren Klimazonen möglich gewesen!?

Natürlich war die gleiche Hilfe, die die Projektgruppe anstrebt, in der Westsahara, Algerien oder in der VR Mongolei möglich, ohne auf die Nazi-Zentrale Mercedes-Benz zurückzugreifen!

Insofern sollte Schaden von dem internationalen Handelsembargo abgewendet werden und dieser Konzern das Ziel unseres Protestes werden!

Uwe Wendt, Hamburg

Anmerkung der Redaktion: Natürlich sollte dieser Konzern das Ziel unseres Protestes werden. So fanden z.B. anlässlich der Hauptversammlung der Daimler-Benz AG am 2. Juni d.J. in Stuttgart Aktionen der AAB und anderer Organisationen statt.

Gerade die Aufdeckung der militärischen Kollaboration von Daimler-Benz mit dem Rassenregime ist eines der erklärten Ziele, die mit der Aktion UNIMOG-Umrüstung verfolgt werden. Bei unzähligen Veranstaltungen seit Mai d.J. wurde der UNIMOG eingesetzt, um auf diese Tatsache hinzuweisen. Nach dem

Katholikentag wird er zu einer fahrbaren Klinik für die Südwesafrikanische Volksorganisation (SWAPO) umgebaut.

Insofern meinen wir: Die Aktion ist ein Gegenstück zur Kollaboration Bonns und anderer Westmächte mit Pretoria! Man kann ja wohl kaum von einem Durchbrechen des Handelsembargos gegen Südafrika reden, wenn dieser UNIMOG an dessen erbitterteste Gegner, die Befreiungsbewegung SWAPO, geliefert wird, die für die Liquidierung des Apartheidregimes kämpft. Zudem stammt der UNIMOG nicht direkt von Daimler-Benz, sondern aus ausgemusterten Beständen der Bundeswehr.

Spenden für die „Aktion Umrüstung II“ die von der AAB, dem Service Civil International, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, der BUKO-Rüstungsexportkampagne, Medico International, Pax Christi und anderen getragen wird, können eingezahlt werden auf das Sonderkonto UNIMOG, c/o Trillitzsch, Kto. 20003590 Raiffeisenbank Georgensmünd, BLZ: 760 694 58

Ökoschäden durch Froschhandel

Daß sich das AIB jetzt auch dem Thema „Ökologie und 3. Welt“ annimmt, finde ich gut.

In diesem Zusammenhang möchte ich Euch auf einen Sachverhalt aufmerksam machen, der meiner Meinung nach in ganz eklatanter Weise verdeutlicht, wie das gedankenlose Konsum- und Luxusverhalten mancher Leute in den hochentwickelten Ländern verheerende ökologische Schäden in den Ländern der 3. Welt zur Folge hat. Ein Sachverhalt übrigens, der mir auch erst in der Diskussion mit engagierten Tierschützern bewußt gemacht wurde.

Jedes Jahr werden die Schenkel von über 200 Mio Fröschen von Menschen verzehrt. Bundesdeutsche „Feinschmecker“ sind daran besonders stark beteiligt. So wurden z.B. 1983 538.300 kg Froschschenkel, das sind mehr als 12 Mio gefangene Frösche, in die Bundesrepublik importiert. Da die Fanggründe in Europa längst erschöpft sind, wird der Froschschenkelmarkt schon seit Jahren aus Asien beliefert. Vor allem Indien und Bangladesh exportieren jährlich Schenkel von ca. 150 Mio Fröschen nach Europa, Australien und in die USA. Alle diese Tiere sind wildlebend. Versuche, die Frösche in Farmen bis zur Schlachtreife zu züchten, sind bisher gescheitert.

Nun haben diese Frösche allerdings eine äußerst wichtige ökologische Funktion, nämlich die Schädlingsbekämpfung. Untersuchungen in Bangladesh ergaben als Mageninhalt des Ochsenfrosches (Haupt„lieferant“ der Froschschenkel) überwiegend Insekten, die als Überträger von Krankheiten oder als Schädlinge in der Landwirtschaft auftreten. Folgen dieses Zusammenbruchs der Froschpopulation sind schlechtere Ernteerträge z.B. der Reisfelder, aus denen die Frösche weggefangen werden, und auch das sprunghafte Ansteigen von Krankheiten wie Malaria.

Da nun die Frösche fehlen und sich die Insekten stark vermehren, werden – ebenfalls mit verheerenden Folgen für Mensch und Umwelt – Pestizide eingesetzt, darunter auch das in Europa und den USA wegen seiner Gefährlichkeit verbotene DDT. So verwundert es denn auch nicht, daß der Leiter der Hautklinik in Dacca, der Hauptstadt von Bangladesh, die durch den Großbesatz von Pestiziden hervorgerufenen gesundheitlichen Schäden in der Be-

völkerung als „gigantisches Problem“ bezeichnet (Süddeutsche Zeitung, 18.10.1984).

Zur ökologischen Katastrophe kommt noch hinzu, daß das Ganze auch ökonomisch unsinnig ist: So hat Bangladesh 1983 rund 15 Mio DM für den Export von Froschschenkeln erhalten, während demgegenüber ca. 35 Mio DM für den Import von Pestiziden ausgegeben werden mußten. Wahrscheinlich ein schlechtes Geschäft für die froschschenkelexportierenden Länder, ein gutes dagegen für die Multis der Chemieindustrie.

Würden Länder wie Bangladesh und Indien auf den Export von Froschschenkeln verzichten, könnte die Anschaffung eines Großteils der Insektengifte und die daraus resultierenden immensen Kosten vermieden werden. Was spräche denn dagegen, diese so freigewordenen Mittel in sinnvolle Entwicklungsprojekte zu investieren, die z.B. dem Teil der einheimischen Bevölkerung, die heute noch vom Froschfang lebt, zugute kämen?

Und hier? Was könnten wir tun? Ich denke, daß vor allem die geschilderten Zusammenhänge verdeutlicht und somit auch ein Bewußtsein dafür geschaffen werden müßte, daß sich jeder Konsument von Froschschenkeln nicht nur an der Ausrottung einer weiteren Tierart beteiligt, sondern auch für die katastrophalen Schäden, die die Menschen in den genannten Fangländern zu erleiden haben, mitverantwortlich ist. Darüber hinaus wäre von der Bundesregierung zu fordern, daß die Bestimmungen des Washingtoner Artenschutzübereinkommen, nach denen – gemäß Anhang II – der Handel mit Froschprodukten drastisch einzuschränken ist, gegen die Profitinteressen der an diesem Handel beteiligten Firmen wirkungsvoll durchgesetzt werden. Tierschützer, Ökologie- und Solidaritätsbewegung könnten hier durch gemeinsame Anstrengungen einiges erreichen.

Gregor Dreieich, Kassel



Verein für Friedenspädagogik
Tübingen

PAZIFI (STI) SCHE TRÄUME

Über die Militarisierung der Südsee und den Widerstand der Bevölkerung

Verkaufspreis: 3,50 DM

Bezugsadresse: Verein für Friedenspädagogik, Bachgasse 22, 7400 Tübingen 1

Buchtip: Mein Sohn Che



So manche Facette des Lebenswerks Ernesto Che Guevaras, des legendären lateinamerikanischen Revolutionärs und Kampfgefährten Fidel Castros, war bislang noch im Dunkeln verblieben. Die jetzt in deutscher Sprache erschienenen Erinnerungen seines Vaters

Ernesto Guevara, Mein Sohn CHE, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1986, 409 S., 38 DM ergänzen die bisherigen Biographien, und zwar am ergiebigsten durch Schilderungen aus seinen Kindheits- und Jugendjahren. Sie enthalten aber auch eine ganze Reihe noch unveröffentlichter Briefe und Auszüge aus Reisetagebüchern des erwachsenen Che. Ernesto Guevara Lynch (86) hat in zehnjähriger Arbeit vor allem ein detailliertes Bild des familiären und sozialen Umfelds des in Argentinien aufgewachsenen Che entworfen. Sehr interessant liest sich auch der vorgeschaltete Anfangsteil des Buches, der das Miterleben des kubanischen Revolutionsprozesses (Guerillakrieg 1956-59, Sturz Batistas, Che als Staatsmann usw.) wiedergibt.

Hilfe für Guatemalas Polizei?

Im Juli d.J. wurde bekannt, daß das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) 5 Mio DM für die Ausrüstung und Ausbildung der guatemaltekischen Polizei zur Verfügung stellen will.

Noch in diesem Jahr will zudem das Land Bayern 50 BMW-Motorräder und 20 Streifenwagen liefern. Diesen ungewöhnlichen Schritt – normalerweise ist das Auswärtige Amt für derartige „Hilfen“ zuständig – begründete das BMZ damit, daß eine funktionsfähige Polizei zur Verbesserung der Menschenrechtslage beitragen könne.

Abgeordnete der Grünen und der SPD protestierten gegen die Absicht des BMZ und verwiesen darauf, daß auch nach dem Regierungsantritt des christdemokratischen Präsidenten

Venicio Cerezo die Menschenrechtsverletzungen weitergehen. Mit einer Unterschriftensammlung protestiert Medico International gegen die Polizeihilfe und verweist darauf, daß allein vom 20.6.-22.7.1986 109 Menschen vermutlich von Sicherheitskräften ermordet wurden. Der Aufruf, der von mehreren Abgeordneten der SPD und der Grünen, von G. Wallraff, H.U. Klose, I. Drewitz, F.J. Degenhardt u.a.m. unterzeichnet wurde, kann bezogen werden bei Medico International, Hanauer Landstr. 147-149, 6000 Frankfurt/M.

ASK-Pazifikkommission

Seit Ende April d.J. bestehen beim Anti-imperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) mehrere Kommissionen zu bestimmten Themengebieten, darunter auch eine zum Pazifik. Arbeitsschwerpunkt dieser Kommission ist die Unterstützung der „Korea-Olympia-Kampagne 88“. Zu ihr haben sich bereits zahlreiche Organisationen in der Bundesrepublik zusammengefunden, um im Hinblick auf die 1988 in Südkorea stattfindenden Olympischen Spiele über die politische und soziale Situation in diesem diktatorisch regierten Land zu informieren. Desweiteren wird die ASK-Pazifik-Kommission eine umfangreichere Informationsbrochure zum Pazifik sowie zwei weitere zu Südkorea und den Philippinen erstellen. Für Mai/Juni 1987 ist ein Nordkorea-Seminar geplant.

Wer mitarbeiten möchte, kann sich an das ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/Main 90, Tel.: 069/709060, wenden.

BRD-Kamerun

Als schwarzafrikanisches „Musterlände“ priesen bundesdeutsche Medien Kamerun an, während Anfang September d.J. dessen Präsident Paul Biya Staatsvisite hielt. Bundeskanzler Kohl sprach in Bonn von „freundschaftlichen“, „ungewöhnlich erfolgreichen“ und von aufrichtiger Sympathie geprägten Beziehungen. Die Unterstützung für die deutsche Exkolonie solle verstärkt, BRD-Investoren durch erweiterte Sicherheitsgarantien ermuntert werden.

Bislang haben 33 BRD-Unternehmen (Reemtsma, Kühne und Nagel usw.) in dem westafrikanischen Land investiert, doch noch liegt man weit hinter dem vorherrschenden französischen Kapital zurück. Entwicklungshilfeminister Warnke sagte zu, daß Kamerun bundesdeutscher Entwicklungshilfeschwerpunkt bleibe – mit 55 Mio DM an zugesagter Kredit Hilfe und 23 Mio DM an Projekthilfe für die nächsten 2 Jahre.

Biya revanchierte sich mit Lobpreisungen für Warnkes sog. „Neuorientierung“ der Entwicklungspolitik und dem Bekenntnis, er erstrebe eine soziale und wirtschaftliche Ordnung nach dem Modell BRD an. Die Kritik der Grünen, SPD u.a. an seiner Diktatur und Repression suchte er zu entschärfen, indem er kurz zuvor 14 inhaftierte Repräsentanten der illegalen Oppositionspartei Union der Völker Kameruns (UPC, siehe Interview in AIB 8-9/1986) freiließ und versprach, Kamerun in die Demokratie zu führen.

Der stellvertretende Generalsekretär der UPC, Dr. Simeon Kuissu, forderte anlässlich des Biya-Besuchs in Hamburg die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen, die Abschaffung des Einparteiensystems und die

versprochene Demokratisierung. Dr. Kuissu sprach auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der GAL-Fraktion und des Kamerun-Komitees, die am selben Tag stattfand, als der Diktator Biya offiziell vom Hamburger Bürgermeister Dohnanyi (SPD) empfangen wurde. Komiteesprecher Pastor Dirk Römmer, der Schriftsteller Peter Schütt, Günter Hopfenmüller (Grüne) u.a. verurteilten einmütig die ökonomische und militärische Unterstützung des neokolonialen Regimes durch die Bundesregierung.

Plakate: Südafrika, Nicaragua



„Malibongwe“ heißt das Kunstplakat des Grafikers Hartmut Schröter (42 x 59,4 cm). Es ist erhältlich durch Vorauszahlung von 7 DM (+ 3 DM Versandkosten) auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 609 78-463 (Hartmut Schröter, Steinhammerstr. 111, 4600 Dortmund, Tel.: 0231/617246)

Das Nicaragua-Komitee Köln ruft dazu auf, das von ihm erstellte Schwarz-Weiß-Plakat (DIN A1) in der gesamten Bundesrepublik zu verbreiten und zu kleben, um gegen den Contra-Krieg der USA zu protestieren. Gegen Vorauszahlung und zzgl. Versandkosten bis zu 100 Stück je 0,60 DM. Über 100 Stück kosten 0,40 DM. Bestelladresse: Henry Schmahlfeldt, c/o „Der andere Buchladen“, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/416325



Südafrika

Am 18.8.1986 gab der Minister für Recht und Ordnung, Louis Le Grange, im südafrikanischen Parlament bekannt, daß unter dem landesweiten Ausnahmerecht bis dahin 8.501 Personen verhaftet worden seien. Vertreter des Widerstandes schätzten die Zahl wesentlich höher ein.

In den Townships, den schwarzen Wohngebieten, gingen indessen die Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Bewohnern weiter. In Soweto, der 2-Mio-Stadt am Rande von Johannesburg, führte die Polizei in der letzten Augustwoche Razzien gegen Mietboykotteure durch. Die Bewohner des Stadtteils „White City“ wehrten sich und lieferten der Polizei und den Vertretern der sog. Selbstverwaltung, die für die Eintreibung der Mieten zuständig ist, Barrikadenkämpfe. 20 Menschen starben – laut offiziellen Berichten – bei diesen Auseinandersetzungen.

Südafrikanische Richter ließen auf eine Klage der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) hin im Juli/August d.J. Häftlinge, die nach Verhängung des Ausnahmezustandes am 12.6.1986 verhaftet worden waren, frei. Ihrer Begründung nach haben die Regierung bzw. die Sicherheitskräfte den Ausnahmezustand zu weit ausgelegt und damit gegen geltendes Recht verstoßen.

Thailand

Am 27. Juli d.J. fanden in Thailand vorgezogene Unterhauswahlen statt. Sie waren notwendig geworden, nachdem der Parteilose Premierminister Prem Tinsulanond nach einer Abstimmungsniederlage im Parlament dieses am 1.5.1986 auflöste und Neuwahlen ausschreiben ließ. 38 Abgeordnete der Sozialen Aktionspartei (SAP) hatten nach Bestechung durch Armeechef Athrit Kamlang-ek gegen eine Regierungsvorlage gestimmt. Arthrit, der schon 1985 einen Putschversuch gegen Prem angestiftet hatte, wollte so seinen Rivalen ausschalten und selbst an politischem Einfluß gewinnen.

Thailand wird künftig von einer Vier-Parteien-Koalition unter Prem regiert, die über 232 von 347 Sitzen verfügt. Die liberale Demokratische Partei konnte ihre Sitzzahl auf 100 fast verdoppeln. Die SAP dagegen büßte Stimmen ein und verfügt nur noch über 51. Die rechtskonservative Chart-Thai-Partei kam auf 63 Sitze und die von General Tienchai – er schlug den Putsch von 1985 nieder – und General Mana Rattanakoset gegründete Rassodorn erreichte 18 Mandate.

Vietnam

Im Alter von 79 Jahren verstarb am 10. Juli d.J. in Hanoi Le Duan, Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV).

Am 7. April 1907 als Sohn eines Tischlers geboren, war Le Duan zusammen mit Ho Chi Minh einer der Mitbegründer der KP Indochinas im Jahr 1930. Zweimal wurde er von der französischen Kolonialpolizei verhaftet und mußte mehrere Jahre hinter Gefängnismauern verbringen. Nach der Augustrevolution von 1945, der Geburtsstunde der Demokratischen Republik Vietnam, wurde Le Duan 1. Sekretär der Parteileitung von Nam Bo. Auf dem II. Parteitag 1951 wurde er dann Mitglied



Le Duan

des Politbüros und des ZK der Partei der vietnamesischen Kommunisten.

Bis zu Präsident Ho Chi Minhs Tod im Jahr 1969 arbeitete Le Duan bei der Leitung der Partei- und Staatsangelegenheiten eng mit diesem zusammen. 1960 wurde er auf dem III. Parteitag zum 1. Sekretär des ZK, im Dezember 1976 anlässlich des IV. Parteitages schließlich zum Generalsekretär des ZK der KPV gewählt. Ein knappes halbes Jahr zuvor war die Sozialistische Republik Vietnam (SRV) unter Einschluß des im Mai 1975 endgültig von den US-Truppen befreiten Süden proklamiert worden.

Wenige Tage nach dem Tode Le Duans wählte das ZK den bis dahin amtierenden Staatsratsvorsitzenden der SRV, Truong Chinh, zum neuen Generalsekretär der Partei.

Korea

Am 25.8.1986 hat die in Südkorea regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei (DJP) des Diktators Chun Doo Hwan einen Verfassungsentwurf vorgelegt. Er sieht vor, daß der Präsident von der Nationalversammlung gewählt werden soll und der stärksten Partei angehören muß.

Mit diesem Vorschlag will die DJP der Kampagne der oppositionellen Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP) für eine neue Verfassung entgegenreten, die eine Direktwahl des Präsidenten für 1988 vorsieht. Bisher wurde der Präsident von einem undemokratisch zusammengesetzten Wahlmännergremium gewählt. Die Opposition lehnt eine Wahl durch das Parlament ab, da dort die DJP die Mehrheit hält, obwohl auf sie nur 35% der Stimmen entfielen.

Um den Oppositionspolitiker Kim Dae Jung von den nächsten Präsidentschaftswahlen auszuschließen, verlangt die DJP, daß der Kandidat 5 Jahre in Südkorea gelebt haben muß. Kim kehrte erst 1985 aus dem Exil zurück.

Malaysia

Bei den Parlamentswahlen am 2./3. August d.J. konnte die aus 13 Parteien bestehende regierende Nationale Front (NF) mit 148 von 177 Sitzen ihre 2/3-Mehrheit bewahren. Trotz Wahlfälschungen und -behinderungen ging ihr Stimmenanteil von 60,5 auf 57,4% zurück.

Nach mehreren Finanzskandalen, dem Rücktritt des stellvertretenden Ministerpräsidenten Musa Hitam und vor dem Hintergrund

einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise hatte Ministerpräsident Mahathir Mohamad die Parlamentswahlen um 1 Jahr vorgezogen.

Die Unzufriedenheit mit der Regierung hatte in letzter Zeit zugenommen, da sie seit 1970 eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die die Volksgruppen der Chinesen (33%) und der Inder (10%) diskriminiert, um die traditionell benachteiligten Malaien (fast 50%) besserzustellen. Jedoch ist dadurch eine ohnehin reiche malaische Oberschicht nur noch reicher geworden.

Bei den jetzigen Wahlen büßte die NF vor allem Stimmen bei den Chinesen ein, die mehrheitlich die sozialdemokratische Demokratische Aktionspartei (DAP) wählten. Die von ihrem Anspruch her multirassische Partei, die die Gleichstellung aller Bevölkerungsgruppen fordert, erhöhte ihre Sitzzahl von 9 auf 24. Überraschend schlecht schnitt mit nur einem Sitz die Islam-Partei Malaysias (PAS) ab, die sich den wachsenden islamischen Fundamentalismus unter den armen Malaien zunutze machen wollte.

Peru

Der Internationale Währungsfonds (IMF) erklärte Peru am 15. August d.J. für „kreditunwürdig“, da das Land von den bis zu diesem Zeitpunkt fälligen Zinsen- und Tilgungszahlungen an den IMF in Höhe von 186 Mio Dollar lediglich 35 Mio Dollar bezahlt hatte.

Der Beschluß des IMF, bei dem Peru mit 750 Mio Dollar verschuldet ist, bedeutet einmal, daß das Land keine Gelder mehr vom IMF erhält. Zum anderen sind fortan Kredite von anderen multilateralen Finanzinstitutionen und von Privatbanken nur noch schwer zu bekommen, da diese sich weitgehend der Politik des Fonds anschließen.

Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen IMF und Peru ist der Beschluß des Präsidenten Alan Garcia vom 28.7.1985, nur noch 10% der Exporterlöse für die Bedienung der Auslandsschulden in Höhe von 14 Mrd Dollar zu verwenden. Diese Regelung galt bisher jedoch nur für die öffentlichen mittel- und langfristigen Schulden, so daß für den Schuldendienst dennoch insgesamt 50% der Exporterlöse aufgewendet wurden.

Angesichts der Verschlechterung der Zahlungsbilanz hat die peruanische Regierung am 29. Juli d.J. beschlossen, die Überweisungen von Gewinnen und Dividenden ins Ausland zu verbieten. Am 8. August untersagte sie schließlich allen Privatunternehmen, ihre mittel- und langfristigen Auslandsschulden zu begleichen.

El Salvador

Ende August d.J. einigten sich die Regierung Duarte und die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN)/Demokratisch-Revolutionäre Front (FDR) in Mexiko-City darauf, am 19. September 1986 im ostsalvadorianischen Sesori ihren Dialog wieder aufzunehmen. Die letzte, die zweite Verhandlungsrunde hatte im November 1984 stattgefunden, wonach der Dialog vom christdemokratischen Präsidenten José Napoleon Duarte einseitig aufgekündigt worden war.

Vor Eröffnung der nun von Erzbischof Arturo Rivera y Damas vermittelten dritten Verhandlungsrunde sträubte sich die Regierungsseite gegen eine von der FMLN/FDR geforderte Waffenruhe während des Dialogs und gegen

eine Teilnahme von Beobachtern aus verschiedenen Bevölkerungskreisen.

Am 11. Juli d.J. hatte die FMLN/FDR einen 6-Punkte-Vorschlag für die Herstellung eines nationalen Konsenses, d.h. für eine umfassende politische Verhandlungslösung vorgelegt. „Wir fordern eine pluralistisch zusammengesetzte Regierung“, erläuterte FMLN-Commandante Nidia Diaz, „die alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert. Die FMLN wäre dabei nur eine von vielen Kräften... Diese Regierung hätte Übergangscharakter, würde freie Wahlen garantieren, die paramilitärischen Organisationen vernichten und die Rückkehr der Flüchtlinge an ihre Heimatorte organisieren. Mit der Regierungsbildung würde sofort ein Waffenstillstand in Kraft treten... Nach den ersten freien Wahlen würde dann über die Zukunft der zwei Armeen verhandelt werden.“

OPEC

Nach mehreren erfolglosen Konferenzen beschlossen die 13 Erdölminister der Organisation Erdöllexportierender Länder (OPEC) am 5. August d.J. einmütig, die Produktion von 20,3 Mio Barrel (159 l) im Juli d.J. auf 16,8 Mio Barrel in den Monaten September und Oktober d.J. zu senken.

Dadurch soll der Ölpreis, der auf 6-8 Dollar/Barrel gesunken war, auf bis zu 20 Dollar angehoben werden. Ende 1985 hatte er noch 30 Dollar betragen.

Einige Mitglieder der OPEC, allen voran Saudi Arabien und die Golfmonarchien, hatten durch eine massive Erhöhung ihrer Produktion und dem einhergehenden Preisverfall versucht, den Marktanteil der OPEC langfristig wieder auszudehnen, indem man Produzenten mit höheren Kosten (USA, Großbritannien und Norwegen) vom Markt zu verdrängen suchte und Erdöl anderen Energien wieder vorgezogen wird. Zudem sollten Erdölproduzenten, die nicht zur OPEC gehören, zu Produktionsbeschränkungen gezwungen und der Förderanteil der Golfstaaten erhöht werden.

Im Gegensatz zu den anderen Ölstaaten verfügen sie über umfangreiche Devisenbestände, eine geringe Bevölkerung, große Ölreserven und niedrige Produktionskosten. Leidtragende waren vor allem Algerien, Libyen und der Iran, die eine Rückkehr zu den Preisen von 1985 fordern. Der angenommene Vorschlag, zu den Förderquoten von 1984 zurückzukehren, geht auf den Iran zurück, der zudem akzeptierte, daß der Irak seine hohe Produktion beibehalten kann.

Alle Nicht-OPEC-Produzenten der Dritten Welt – darunter Mexiko, Venezuela und Angola – und die Sowjetunion haben sich bereit erklärt, ihre Produktion ebenfalls einzuschränken. Norwegen hat Verhandlungsbereitschaft angekündigt. Lediglich Großbritannien will sich keinen Beschränkungen unterwerfen.

Libyen

Die USA suchen erneut nach Vorwänden, um ihre Aktivitäten gegen die libysche Regierung zu verstärken. Ende August d.J. verlautete aus Regierungskreisen, dem CIA lägen Informationen über geplante Terroraktivitäten Libyens gegen US-Einrichtungen in aller Welt vor. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, Washington werde „alle Maßnahmen ergreifen, um Libyen zur Aufgabe seiner terroristischen Politik zu zwingen“. Welcher Art diese Maßnahmen sein werden, ist spätestens seit dem

Luftangriff vom 15. April d.J. bekannt (siehe AIB 7/1986).

Auf neue militärische Angriffe gegen Libyen deuten auch die Verlegung von 18 F-111-Bombern nach Großbritannien und der Vorschlag des NATO-Oberbefehlshabers General Rogers hin, B-52-Bomber gegen Libyen einzusetzen. Er sprach sich zudem dafür aus, Atomraketen gleichmäßiger über Europa zu verteilen, u.a. etliche aus der Bundesrepublik nach Südeuropa zu verlegen.

Zu den weiteren Druckmaßnahmen gegen Libyen gehörten die gemeinsamen Militärmanöver der USA und Ägyptens Ende August d.J. vor der libyschen Küste. Ende August/Anfang September besuchte der UN-Botschafter der USA, Vernon A. Walters, mehrere westeuropäische Hauptstädte, darunter Bonn, um die Verbündeten auf die antilibysche Politik der USA einzuschwören.

Anlässlich des 17. Jahrestages seiner Machtübernahme wies der libysche Staatschef Ghaddafi am 31. August die Vorwürfe der USA zurück und kündigte die Aufstellung einer „internationalen Armee“ zur Bekämpfung der USA an, falls sie Libyen angreifen sollten.

Türkei

Am 15. August d.J. kamen bei einem Überfall türkischer Kampfflugzeuge auf kurdische Dörfer im Irak 150-200 Personen ums Leben. Die Angriffe, die in den folgenden Tagen fortgesetzt wurden, wurden vom türkischen Regime als Vergeltung für einen Angriff kurdischer Guerilleros der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) auf eine Armeepatrouille am 11. August ausgegeben, bei dem 12 Soldaten ums Leben kamen. Alle 400 männlichen Einwohner eines in der Nähe gelegenen Dorfes sind daraufhin von der türkischen Armee deportiert und die Ernten verbrannt worden.

Der Angriff auf irakisches Gebiet erfolgte im Rahmen eines Vertrages von 1983, der es beiden Ländern erlaubt sog. „kurdische Separatisten“ bis zu 15 km tief auf dem Gelände des anderen Staates anzugreifen. Bereits 1983 waren türkische Truppen auf irakisches Gebiet vorgedrungen.

Der Iran hat sich bei der Türkei über den jüngsten Angriff beschwert und Neutralität im Golfkrieg verlangt. Das iranische Außenministerium forderte, die Türkei solle die Kurden nicht behindern, die die irakische Regierung bekämpfen. Im Grenzgebiet zur Türkei operieren u.a. Einheiten der Kurdischen Demokratischen Partei, die vom Iran unterstützt werden.

Nahostkonflikt

Anfang September d.J. erklärte Al-Fatah, die dominierende Kraft innerhalb der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), das vom PLO-Vorsitzenden Arafat und Jordaniens König Hussein im Februar 1985 vereinbarte Amman-Abkommen für „hinfällig“. „Das Abkommen von Amman ist kein Grundpfeiler der PLO-Politik mehr.“ So heißt es in einem gemeinsamen Kommuniqué, auf das sich Al-Fatah im Anschluß an dreiseitige Beratungen in Prag gemeinsam mit der Demokratischen Front (DFLP) und der palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) verständigte. Arafats seinerzeitige Sonderallianz mit Hussein und Anbindung an ein jordanisch-palästinensisches Konföderationsprojekt hatte die Spaltung innerhalb der Dachorganisation PLO

weiter vertieft. Jene Zusammenarbeit war aber im Frühjahr 1986 von Hussein einseitig eingefroren, dann im Juli d.J. mit der Ausweisung des Arafat-Stellvertreters Abu Jihad aus Jordanien und der dortigen Schließung der PLO-Büros vollends zunichte gemacht worden. Ihr übriges taten von Washington initiierte Versuche, den 1978 in Camp David eingeleiteten Nahost-Separatverhandlungsprozeß neu zu beleben: Am 22./23. Juli d.J. empfing Marokkos König Hassan II. in Ifrane Israels Premier Peres, um – laut US-Vizepräsident Bush – direkte israelisch-arabische Gespräche, mit Jordanien und ohne PLO, vorzubereiten. Bush und Peres trafen im Juli/August d.J. mit „gemäßigten“ Palästinensern der okkupierten Westbank und Gazas zusammen, um diese für die Beteiligung an einer „Selbstverwaltung“ unter der Obhut Israels zu gewinnen. Ähnliche Anstrengungen unternahm Hussein, um eine „alternative“ Führung zur PLO hochzuziehen.

Bei Wiedervereinigungs-Gesprächen zwischen Al-Fatah und vier palästinensischen Linksparteien war die zweitstärkste PLO-Gruppierung Volksfront (PFLP) ausgestiegen, weil sie und die mit ihr in der Nationalen Errettungsfront vereinten Organisationen (Saika, Generalkommando u.a.) die Aufkündigung des Amman-Abkommens als Vorbedingung für eine Aussöhnung ansahen. Der von Syrien unterstützten Front wird nun durch die Prager Dreiererklärung und deren Votum für die Wiederherstellung „brüderlicher Beziehungen“ zur syrischen Regierung Assad ein Anschluß an den PLO-Wiedervereinigungsprozeß wesentlich leichter gemacht.

Unsere
Heimat
ist das
Mehr!


team
reisen

Solidaritätsreise Nicaragua

18. Dezember 1986 - 03. Januar 1987
Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen ab- bis Berlin-Schönef., Doppelzimmer. Halbpens.

DM 3.279,-

Gemeinsam mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba bieten wir an:

Studienreisen nach Cuba

- Cuba für Anfänger 20.12.86 - 03.01.87
- Frauen in Cuba 13.12.86 - 27.12.86/03.01.87
- C... Modell für die 3.Welt 23.12. - 06.01.87

jeweils ab DM 2.800,-

Sonderreise nach Havanna zum 10. Internationalen BALLETTFESTIVAL

25. Oktober - 09. November 1986
Flug ab/bis Düsseldorf, Halbpension, Doppelzimmer, inclusive aller Transfers, etc.

DM 1.930,-

Fordern Sie unsere Infos an!

Tel. 040 / 491 60 66
Eppendorfer Weg 105
2000 Hamburg 20

D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM



Nelson Mandela
Der Kampf ist mein Leben
Weltkreis Verlag
384 Seiten, 18,00 DM



B. Graul
Das Land denen, die es bebauen
Agrarreform in Nicaragua
Weltkreis Verlag
224 Seiten, 14,80 DM